

MIT BEGEISTERUNG FÜR EIN
LEBENSWERTES GIEßEN!
PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2026



Gießen
gemeinsam
gestalten

Inhalt

VORWORT UND VORSTELLUNG VON GIGG.....	7
Genereller Hinweis zum vorgelegten Programm	8
Grundwerte von Gigg	9
Unsere Vision 2035Null	9
KLIMA-, NATUR- UND UMWELTSCHUTZ	10
Einleitung	10
Status quo in Gießen	10
Maßnahmen aus dem Kapitel „Energie“	11
Maßnahmen aus dem Kapitel „Mobilität“	12
Maßnahmen aus dem Kapitel „Stadtentwicklung“	13
Weitere Klimaschutz-Maßnahmen	14
Natur- und Umweltschutz	16
BÜRGERBETEILIGUNG	17
Bürgerbeteiligung als Teil der Gigg-DNA.....	17
Einwohnerbeteiligungssatzung – ein Instrument wird nicht genutzt	17
Ansätze von Gigg	18
Jährliche Bürgerversammlung zur Stadtplanung in jedem Stadt- und Ortsteil	18
Einrichtung einer Ombudsstelle	18
Anlassbezogenen repräsentative Befragungen durchführen	18
Stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Bürgerbeteiligung	18
Fortschrittliche Ansätze der Bürgerbeteiligung umsetzen	19
ENERGIE	20
Einleitung	20
Unsere energiepolitischen Forderungen im Überblick.....	21
Öffentlicher Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität bei der Energieversorgung der Stadt und bei den Stadtwerken Gießen	21
Fokussierter Fernwärme-Ausbau insbesondere im dichtbebauten Innenstadtbereich	21
Klimaneutrale Fernwärme vorantreiben	22
Geordneter Plan für und frühzeitige Kommunikation der Stilllegung des Gasnetzes.	23

Aufsuchende Energieberatung ausbauen	23
Beschleunigte Installation von intelligenten Stromzählern	23
Ausbau des Stromnetzes, um Elektrifizierung von Wärme und Mobilität zu ermöglichen	24
Weiterer Solar-Ausbau auf kommunalen Dächern und versiegelten Flächen	25
SWG zukunftsfähig aufstellen	25
Ausbau des stadteigenen Energiemonitorings und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften	26
Intensivierung der Bürgerberatung und Informationsveranstaltungen zur Energiewende	26
Mehr Bürgerbeteiligung zur Beschleunigung der Gießener Energiewende durch lokales Crowdfunding	26
MOBILITÄT	27
Einleitung	27
Erhalt unserer Lebensgrundlagen	27
Nachhaltige Mobilität für alle	27
Vision Zero	28
Unsere wichtigsten verkehrspolitischen Forderungen zusammengefasst	28
Fußverkehr	28
Radverkehr	29
Radnetzausbau	29
Sicherheit und Komfort für Radfahrende	30
Begleitende Radinfrastruktur	30
Öffentlicher Nah- und Fernverkehr	31
Systemisch denken	32
Emissionen senken	32
Lücken schließen	32
Zugang zum ÖPNV für alle sicherstellen – Barrierefreiheit, Sicherheit und Komfort	32
Stadt und Kreis gemeinsam: Verkehrspolitik für Stadt und Umland	33
Schienengebundenen ÖPNV ausbauen; Bahn und RegioTram vernetzen	33
Rolle im RMV-Aufsichtsrat, interkommunale Zusammenarbeit	34
Autoverkehr, motorisierter Individualverkehr	34
Alternativen zum eigenen Auto bieten	34
Stellplätze und Parken, Verkehrsberuhigung	34
Schulstraßen – Sicherheit vor der Schule	35
Verkehrsüberwachung	35
Umstellung auf E-Mobilität	36
Verkehrsflächen begrenzen, umwidmen und entsiegeln	36
Stellplatzsatzung	36
STADTENTWICKLUNG	37
Einleitung	37

Unsere wichtigsten Forderungen im Bereich der Stadtentwicklung im Überblick	38
Erarbeitung eines Masterplans zur Stadtentwicklung unter intensiver Einwohnerbeteiligung	38
Ungenutzten Wohnraum aktivieren	39
„Wohnen für Hilfe“ (Homeshare)	39
Sicheres Vermieten	39
Wohnungstausch / Wohnungsvermittlung	40
Umbau und Wohnungsteilung	40
Wohnraumagentur / Soziale Wohnraumvermittlung	40
Leerstandsmanagement	40
Sanieren statt abreißen	40
Verträgliche Nachverdichtung statt neuer Baugebiete im Außenbereich	41
Mehr Grünflächen, weniger Versiegelung	41
Bauvorgaben für Klimaschutz und sozialen Wohnungsbau nutzen	41
Wohnbau, Genossenschaften und alternative Wohnformen	42
Stärkung der Dorfgemeinschaften in den Stadtteilen	42
ABFALL UND SAUBERKEIT	44
Status Quo	44
Unsere Vision	44
Sauberkeit in der Stadt muss Priorität haben	45
Abfallvermeidung als strategisches Ziel	45
Machbarkeitsstudie für die Einführung des Verursacherprinzips	46
Modernisierung der Gießener Abfallwirtschaft	46
Verbesserung der Transparenz und Kommunikation / Bürgerbeteiligung	47
SPORT	48
Einleitung	48
Sportentwicklungsplan zügig umsetzen	48
Wohnortnahe Bewegungsorte ausbauen – besonders in unterversorgten Quartieren	48
Vereine gezielt stärken	48
Öffentliche Sportstätten besser zugänglich machen (Mehrfachnutzung)	48
Schulhöfe und Schulsportflächen gezielt öffnen	49

Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität stärken.....	49
Bewegungsförderung und Verkehr zusammen planen	49
Weitere wichtige Ansätze	49
DIGITALISIERUNG.....	50
Einleitung	50
Digitale Souveränität.....	50
IT-Sicherheit	51
IT-Dienstleistungen für alle und Beibehaltung von (analogen) Alternativen.....	52
Künstliche Intelligenz	52
Klima- und Umweltverträglichkeit.....	53
Weitere Gigg-Forderungen.....	53
BILDUNG.....	54
Einleitung	54
Status quo	55
Verkehrssicherheit rund um Schulen.....	55
Einrichtung von Schulstraßen	55
Konsequente Geschwindigkeitsreduzierung vor Schulen und Einrichtungen	55
Ausbau von überdachten Fahrradabstellanlagen.....	55
Digitalisierung	56
HOCHSCHULEN.....	57
Einleitung	57
Kooperationsvereinbarung und Einrichtung eines Koordinationsbüro	57
Gemeinsame Wohn-Initiativen	57
Gemeinsame Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität	58
Stärkere Verzahnung bei der Umsetzung einer nachhaltigen Stadtplanung	58
Verknüpfung von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Rahmen von Reallaboren.....	59
Stärkere Einbindung von Forschungsergebnissen für die lokalen Klimaschutzziele	59
Klimafreundliches Verkehrskonzept für die Angehörigen der Hochschulen.....	59

SICHERHEIT	60
Einleitung	60
Unser Ansatz	60
SOZIALES	62
Einleitung	62
Unsere wichtigsten Ansatzpunkte im Überblick	62
Einsamkeitsbekämpfung	62
Drogenkonsumraum	63
Verbraucherzentrale	63
Wärmebus	64
Abbau von Bürokratie in sozialen Berufen	64
Gießen-Pass	64
Jugendzentrum Holzwurm in der Gießener Nordstadt	64
Unterstützung sozialer Vereine und Institutionen	65
(Wieder-)Einrichtung eines Wohnungsamts	65
Besseres Controlling der Aufwendungen im Sozialbereich	65
WIRTSCHAFT UND INNENSTADTHANDEL.....	66
Einleitung	66
Klimaschutz als Wirtschaftsmotor	66
Belebung der Innenstadt.....	67
Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen unterstützen.....	68
Bürokratieabbau durch Digitalisierung vorantreiben	68
Stärkung der Klimaresilienz als Standortvorteil	69
Heimatschatz Gießen	69
Gießen Marketing Beirat wiederbeleben	69
HAUSHALT	70
Ausgangssituation	70

Unsere Grundsätze.....	72
1. Haushaltsklarheit und Transparenz	72
2. Bürgerbeteiligung auch im Gießener Haushalt.....	72
3. Nachhaltige und solide Finanzpolitik	72
4. Kontrolle und Rechenschaft.....	73
Stärkere Berücksichtigung des Klimaschutzes im Haushalt.....	73
KULTUR	74
Einführung	74
Mehr Räume/Platz für Kultur	74
Innenstadt als kulturelles Zentrum.....	74
Stadttheater Gießen.....	75
Bessere Vernetzung.....	75
Weitere Ansätze und Ideen	75

Vorwort und Vorstellung von Gigg

“In den Städten wird die Klimaschutz-Entscheidungsschlacht weitgehend gewonnen oder verloren ... Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind die Ersthelfer der Welt im Klimanotstand.”

(UN-Generalsekretär António Guterres)

„Kommunal angeführter Klimaschutz senkt nicht nur Emissionen, sondern treibt auch ein inklusives wirtschaftliches Wachstum voran und verbessert das Leben der Menschen.“

(Bericht „Good green jobs“ der C40 Städte aus dem Oktober 2025. C40 ist ein globales Netzwerk von fast 100 Bürgermeistern der weltweit führenden Städte.)

Liebe Gießenerinnen und Gießener,

wir als Kandidierende der Liste Gießen gemeinsam gestalten (Gigg) bitten Sie erneut um Ihre Stimmen und Ihre Unterstützung bei der bevorstehenden Kommunalwahl.

Wir möchten uns auch in den kommenden fünf Jahren für unsere Stadt einsetzen – mit unserem Knowhow, unserem Engagement und unserem Gigg-spezifischen Blick auf die Themen. Dabei verbinden wir mit unserem Einsatz keine primären politischen Karriereambitionen. Es geht uns ausschließlich um die Suche nach besseren Lösungen für Gießen und das faktenbasierte Hinterfragen von Entscheidungen. Deswegen haben wir Magistrat und Koalition in den letzten fünf Jahren auch gerne unterstützt, wenn sie gute Arbeit geleistet und richtige Entscheidungen getroffen haben. Wir waren in dieser Zeit nie Opposition um der Opposition willen, aber die Aussage „Mehrheit ist Wahrheit“ war und ist uns ein Graus.

Ein Parlament mit Gigg kommt einer seiner Hauptaufgaben, nämlich der **Überwachung von Magistrat und Verwaltung**, deutlich besser nach, entwickelt mehr Initiativen für Veränderungen und übt mehr Druck auf die Entscheidungsträger:innen aus, gute Arbeit zu machen. Viele Rückmeldungen, die wir von Gießener:innen, aber auch von einzelnen Stadtverordnetenkolleg:innen und selbst aus der Verwaltung erhalten, bestätigen uns in dieser Einschätzung.

Gigg ist dabei die einzige relevante parlamentarische Kraft in Gießen, die ausschließlich zu Gießener Themen arbeitet und nicht in übergeordnete Strukturen wie Kreis-, Landes- oder Bundesverbände eingebunden ist bzw. auf Beschlüsse dieser Strukturen Rücksicht nehmen muss.

Es ist eines unserer Hauptziele, die Menschen in unserer Stadt intensiver an den politischen Prozessen zur Entwicklung Gießens zu beteiligen – auf möglichst vielen Ebenen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dadurch auch die seit Langem immer weiter wachsende Politikverdrossenheit bekämpft werden kann.

Was das für Sie als Wählerin oder Wähler bedeutet?

Fragen Sie sich doch einfach, ob Sie mit der Gießener Politik der letzten Jahre zufrieden sind.

- Gibt es genug Bürgerbeteiligung, genug Klimaschutz, genug Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum, genug politische Transparenz?
- Ist unsere Stadt sauber genug?
- Sind Sie der Meinung, dass bei der über Monate leerstehenden Kita im Seltersweg alles korrekt abgelaufen ist?
- Denken Sie, dass es ohne Konsequenz bleiben sollte, wenn das Revisionsamt der Stadtverordnetenversammlung drei Jahre hintereinander die Entlastung des Magistrats **nicht** empfiehlt – u. a. aufgrund nicht ausreichender Nachvollziehbarkeit und Ordnungsmäßigkeit?
- Fühlen Sie sich als Bürgerin bzw. Bürger dieser Stadt gut informiert?

Falls nicht, geht es Ihnen wie uns. Dann könnte Gigg für Sie die Liste sein, mit deren Wahl Sie den Wandel in Gießen verstärken wollen. Damit wir gemeinsam Gießen gestalten können – bürgernäher, nachhaltiger, moderner, klima- und sozialgerechter, digitaler, sauberer, sicherer und transparenter!

Wir von Gigg tun dies **mit Begeisterung** – Begeisterung für die Möglichkeiten, die diese Stadt bietet, für die Möglichkeiten, sich an ihrer Gestaltung zu beteiligen, für die Zukunft, die Gießen vor sich hat bzw. haben könnte!

Genereller Hinweis zum vorgelegten Programm

Wir legen hiermit ein ausführliches Wahlprogramm vor, in das viel Arbeit von vielen Menschen bei Gigg eingeflossen ist.

Wir sind uns bewusst, dass viele Aspekte mehrfach im Programm vorkommen – so z. B. unsere Forderungen nach besserer Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz, die wir in den meisten Themenfeldern artikuliert haben. Uns war und ist es wichtig, dass wir den Leserinnen und Lesern in den einzelnen Kapiteln vermitteln, wie wir auf diese Themen schauen, was wir in den letzten Jahren im Parlament gelernt haben und welche Dinge wir gerne ändern würden.

Manche Kapitel sind sehr ausführlich und detailliert – so z. B. die Ausführungen zur Energiepolitik und zur Mobilität, weil wir hier über sehr viel Expertise verfügen, andere sind kürzer (z. B. zum Sport), weil wir hier bisher noch keinen Schwerpunkt setzen konnten. Als kleine Fraktion war es ehrenamtlich nicht möglich, alle Themen mit derselben Intensität zu bespielen – dafür reichen unsere Kapazitäten einfach nicht aus. Dies bedeutet nicht, dass uns die Themen weniger wichtig sind! Wir sind stets offen dafür und haben das auch in der auslaufenden Legislatur getan, uns auch in neue Bereiche einzuarbeiten – am liebsten durch direkte Kontakte mit Gießenerinnen und Gießenern, mit Vereinen, Organisationen etc.

Kommen Sie daher gerne jederzeit mit Ihren Anliegen auf uns zu – wir möchten Gießen gemeinsam gestalten!

Grundwerte von Gigg

Wenn Sie sich mit unseren im Folgenden genannten Grundwerten identifizieren und sich bei uns einbringen möchten, freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme per E-Mail an kontakt@gigg.jetzt:

- Grundlage unseres Handelns ist der Kampf gegen den Klimawandel und für die Einhaltung des Abkommens von Paris sowie des in Gießen beschlossenen Bürgerantrags "2035Null".
- Unser Ziel ist es, Gießen in eine klimaneutrale, sozial gerechte und lebenswerte Zukunft zu entwickeln.
- Wir möchten die dafür notwendigen Veränderungen positiv und zusammen mit den Bürger:innen unserer Stadt angehen.
- Wir sind gegen jede Form der Diskriminierung, sozialen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt und heißen Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder Religion, Hautfarbe, und sexueller Orientierung in unserer Organisation willkommen.
- Wir arbeiten explizit generations- und gesellschaftsübergreifend an Lösungen für die Klimakrise. Wir erkennen dabei die besondere Verantwortung an, die jüngeren Generationen darin zu unterstützen, unsere Gesellschaft und unsere Politik schon heute entscheidend und nach ihren Vorstellungen mitzugestalten.
- Transparenz von Entscheidungen und Prozessen ist uns wichtig. Die Gießenerinnen und Gießener haben einen Anspruch darauf zu erfahren, warum Entscheidungen getroffen werden, wie sie getroffen werden, wer in die Entscheidungsprozesse involviert war etc.
- Wir sind lernfähig und orientieren uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Unsere Vision 2035Null

Unser primäres Ziel - ein klimaneutrales Gießen bis 2035 - wird ein **gerechteres, saubereres** und vor allen Dingen **lebenswerteres Gießen** sein. Diese Vision ist ein wesentlicher Ansporn für uns! Wir sind davon überzeugt, dass wir es schaffen können, Gießen zu einer **Modellstadt für Klimaneutralität** zu entwickeln, in der

- weniger Verkehrsflächen für Autos vorgesehen sind, stattdessen deutlich mehr Platz für Fußgänger/innen und Radverkehr bereitgestellt und der ÖPNV ausgebaut und elektrifiziert wird
- dadurch die Luft- und Lärmbelastung deutlich geringer, der Straßenverkehr sicherer sein werden und die Entsiegelung von Flächen unseren Grundwasserressourcen zugutekommen wird
- die Stadt durch mehr Begrünung an Gebäuden und auf entsprechenden Flächen aufgewertet und hitzeresistenter wird,
- die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum der Stadt deutlich erhöht sein wird und sich dadurch auch die Kommunikation der Gießener:innen mit- und untereinander verbessert,
- die Hochschulen und die Stadtgesellschaft viel stärker miteinander vernetzt agieren werden,
- viel weniger Abfälle produziert und verbrannt werden,
- wir uns viel stärker als bisher lokal mit dem versorgen, was wir fürs Leben brauchen – von den Lebensmitteln bis hin zum Strom und zur Wärme

Klima-, Natur- und Umweltschutz

Einleitung

Auch wenn die Klimakrise in der Wahrnehmung vieler Menschen aktuell hinter andere akute Krisen gerückt ist, hat sie faktisch nichts an Dramatik verloren. Im Gegenteil, eskaliert die Erdüberhitzung doch gerade vor unseren Augen. Die 1,5°C-Marke des Pariser Klimaabkommens wurde bereits das zweite Jahr in Folge überschritten, und die immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse verursachen Leid und Milliarden Schäden. Allein im Jahr 2025 und nur in der EU haben Extremwetterereignisse, laut einer Studie der Uni Mannheim und der EZB, einen Schaden von 43 Milliarden Euro verursacht. Rückversicherer sprechen bereits davon, dass die Erdüberhitzung ihr Geschäftsmodell destabilisiert.

Auch Deutschland, das sich fälschlicherweise gerne als Klimavorreiter sieht, droht die Klimavorgaben der EU zu verpassen, was Ausgleichszahlungen von über 100 Mrd. Euro zzgl. möglicher Strafen nach sich ziehen könnte. Zu wenig Klimaschutz kostet daher mehr Geld als die erforderlichen Investitionen in die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

Dies gilt auch für Gießen. Wir werden daher in der kommenden Legislatur, auch unter der schwierigen Haushaltslage, dafür eintreten, nicht bei Klimaschutz, Klimaanpassung, Natur- und Umweltschutz zu sparen. Zu oft wurden in der Vergangenheit bereits finanzielle Gründe gegen den Schutz unserer Lebensgrundlagen ausgespielt. So beispielsweise bei der Entscheidung für die Rodung von über 45.000 m² Wald für die Betriebserweiterung von Bieber+Marburg oder bei der Kürzung von Mitteln für den Hitzeschutz an Schulen und Kitas.

Status quo in Gießen

2019 hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss gefasst, Gießen bis 2035 klimaneutral zu machen. Zahlreiche heute bei Gigg Aktive gehörten damals zu den Initiatoren des zugrunde liegenden Bürgerantrags.

Die anfängliche Euphorie wich schnell der Ernüchterung, da echte Konsequenzen aus dem Beschluss nicht in Sicht waren und sind. Diese Ernüchterung hält auch nach 5 Jahren mit einer sehr starken Grünen-Fraktion in Regierungsverantwortung und uns in der Opposition an. Auch wenn es hier und da durchaus Fortschritte gibt, sind diese gemessen an der enormen Herausforderung und der Bedrohung, um die es geht, viel zu gering. Dies lässt sich ganz objektiv an den Zahlen der jährlich erscheinenden Klimaberichte ableiten. 2019 wurden auf dem Stadtgebiet etwa 637.000 Tonnen CO₂-Emissionen ausgestoßen. Mangels eines detaillierten Reduktionspfads gehen die Berichte von einer linearen Reduktion von jährlich 42.000 Tonnen aus. 2024 (letzter vorliegender Berichtszeitraum) hätten so nur noch 427.000 Tonnen ausgestoßen werden dürfen. Tatsächlich lagen die Emissionen jedoch bei 588.000 Tonnen und sind von 2023 auf 2024 sogar wieder um 4,4% gestiegen. Und weiterhin hat der grün-geführte Magistrat keinen klaren Plan, wie die Emissionen in den kommenden Jahren deutlich reduziert werden sollen. Stattdessen wurden und werden zahlreiche Chancen verpasst, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen:

- Zwar wurde eine Wärmeplanung und ein Transformationsplan für die Fernwärme erstellt, die Koalition scheute jedoch davor zurück, sie auch rechtswirksam werden zu lassen. So wird die Wärmeplanung erst Mitte 2028 verbindlich und der Transformationsplan der SWG plant die Klimaneutralität erst 2045 zu erreichen, nicht, wie durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt, 2035.

- Es wurde kein klarer Stilllegungsplan für das Gasnetz vorgelegt, um den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Stadtwerken, eine verlässliche Planung zu ermöglichen.
- Zwar bauen die Stadtwerke eine Flusswärmepumpe für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes, doch im selben Projekt werden auch neue Gas-Blockheizkraftwerke in Betrieb genommen.
- Der Ausbau von Solaranlagen auf kommunalen Dächern wurde zu spät begonnen und geht zu langsam und mit zu klein dimensionierten Anlagen voran.
- Der Magistrat kauft selbst weiterhin Diesel-LKW ein und lässt die MIT.BUS neue Gas-Busse bestellen, anstatt endlich wie andere Kommunen den Einstieg in die E-Mobilität zu vollziehen.
- Der Verkehrsversuch wurde unzureichend (rechtlich) geplant und umgesetzt.
- Öffentlichkeitswirksam inszenierten Entsiegelungen von Kleinstflächen stehen die zunehmende Versiegelung der Stadt sowie der Verlust von hunderten Stadtbäumen an verschiedensten Stellen und die Rodung von über 45.000 m² Schutz- und Erholungswald entgegen.

In der nächsten Legislatur müssen die Anstrengungen daher umso größer werden, um diese Versäumnisse schnell aufzuarbeiten. Der Fokus muss auf Ansätze für große jährliche Emissionseinsparungen gelegt werden, anstatt sich hinter der Jahreszahl 2035 zu verstecken - wahlweise mit der Ausrede „Ist ja noch Zeit“ oder „Ist ohnehin nicht zu schaffen“.

Die größten Hebel liegen dabei in den Bereichen Energie und Mobilität, aber auch der Stadtentwicklung. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Querschnittsaufgaben, die sich daher durch unser komplettes Programm ziehen. Einige der wichtigsten Maßnahmen aus den anderen Kapiteln möchten wir im Folgenden bündeln und um einige weitere ergänzen.

Maßnahmen aus dem Kapitel „Energie“

Energie muss nicht die Welt kosten – Daher ist unser Ziel nicht nur eine günstige und verlässliche Strom- und Wärmeversorgung für alle Gießenerinnen und Gießener, sondern auch eine, die uns unabhängig von Autokraten macht und unsere Lebensgrundlagen schützt.

Der Wärmebedarf ist laut dem aktuellen Klimaschutzbericht der Stadt für ein Drittel der Emissionen Gießens verantwortlich. Der Strombedarf für ein weiteres Viertel. Durch die Elektrifizierung von Mobilität und Wärmeerzeugung wird der Strombedarf weiter steigen. Der Zubau von erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke (SWG) muss daher ab sofort hohe Priorität genießen. Darüber hinaus bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen, um unser Energiesystem von Grund auf und mit vollem Fokus auf die erneuerbaren Energien auszurichten. Nur so können wir all ihre Vorteile voll nutzen.

Die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich sind für uns daher die folgenden (Details dazu im Kapitel „Energie“):

1. Öffentlichen Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität bei der Energieversorgung der Stadt und bei den Stadtwerken Gießen entwickeln
2. Fernwärme-Ausbau insbesondere im dicht bebauten Innenstadtbereich beschleunigen
3. Klimaneutrale Fernwärme vorantreiben
 - a. Weitere Großwärmepumpen an der Kläranlage und der Lahn
 - b. Abwärme aus Gewerbe-/Industriebetrieben nutzen, z. B. Rechenzentrum „Katzenfeld“
 - c. Solarthermie und Wärmespeicher ausbauen

- d. Biogas als Saisonspeicher nutzen, nicht zum Dauerbetrieb
 - e. Vorlauftemperaturen absenken
- 4. Geordneten Plan für die Stilllegung des Gasnetzes entwickeln und diesen umgehend kommunizieren
- 5. Aufsuchende Energieberatung ausbauen
 - a. Kostenlose Beratungen von Immobilienbesitzern als Anstoß zur energetischen Sanierung in Quartieren
 - b. Erweiterung der Kampagnen um gebündelte Beschaffung/Auftragsvergabe
 - c. Stromspar-Check Angebote für Haushalte mit geringem Einkommen ausweiten
- 6. Installation von intelligenten Stromzählern beschleunigen
- 7. Stromnetz ausbauen, um Elektrifizierung von Wärme und Mobilität zu ermöglichen
- 8. Solar-Ausbau auf kommunalen Dächern und versiegelten Flächen forcieren
- 9. SWG zukunftsfähig aufstellen
 - a. Gas als Geschäftsmodell muss ersetzt werden.
 - b. Investitionen in erneuerbare Energien und Speichertechnologien verstärken
 - c. Aufsichtsrat durch ausgewiesene Fachexperten ergänzen
- 10. Städteigenes Energiemonitoring und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften ausbauen
- 11. Bürgerberatung intensivieren und Informationsveranstaltungen zur Energiewende durchführen
- 12. Bürgerbeteiligung zur Beschleunigung der Gießener Energiewende durch lokales Crowdfunding stärken

Maßnahmen aus dem Kapitel „Mobilität“

42% der Emissionen Gießens sind laut Klimaschutzbericht der Stadt auf den Bereich Verkehr zurückzuführen. Wir möchten daher Alternativen zum motorisierten Individualverkehr schaffen, indem wir Rad- und Fußverkehr fördern und Bus und Bahn attraktiver machen. Mobilität für alle – klimaneutral, barrierefrei und bezahlbar.

Die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich sind für uns daher die folgenden (Details dazu im Kapitel „Mobilität“):

- Busse und Bahnen attraktiver machen
 - Lücken im ÖPNV-Netz schließen: mehr Linien, dichtere Taktung
 - Barrierefreiheit, Sicherheit und Komfort gewährleisten
 - Vernetzung mit dem Umland verbessern
 - Umstieg von Gas- auf Elektro-Busse
 - RegioTram-Planungen vorantreiben
- Individuellen Autoverkehr reduzieren und elektrifizieren
 - Ausweitung öffentlicher E-Ladeinfrastruktur auch in Gebieten mit vielen Mietwohnungen
 - Unterstützung beim Aufbau eines flächendeckenden Carsharings mit mehr E-Fahrzeugen (z. B. als Dienstleistungsangebot der Wohnbau)
 - Prämienmodell bei Fahrzeugstilllegung prüfen
 - Parksuchverkehr innerhalb des Anlagenrings minimieren

- Tempo 30 überall einführen, wo es rechtlich möglich ist, insbesondere auf allen wichtigen Schulwegen
- Konsequente Verkehrsüberwachung (Verkehrskontrollen wurden seit fünf Jahren reduziert und infolgedessen wurde das Falschparken auf Flächen des Umweltverbundes immer weniger sanktioniert)
- Stellplatzsatzung überarbeiten, um alternative Mobilitätsangebote zu fördern
- Radverkehr fördern
 - Lücken im Radnetz schließen; Radwegweisung ausbauen
 - Fahrradschnellwege ins Umland
 - Winterdienst auf Radwegen priorisieren
 - Grünpfeile für rechts abbiegende Radfahrende
 - Weitere Fahrradstraßen
 - Sichere und überdachte Radabstellplätze
 - Rad-Verleihsystem weiter ausbauen
 - Microdepots zur sicheren Zwischenlagerung von Einkäufen und Gepäck
 - Dediziertes und angemessenes Budget zur Schaffung von Radinfrastruktur
- Bessere Infrastruktur für den Fußverkehr
 - neue Querungsmöglichkeiten
 - breite Gehwege
 - Gehwegparken beenden
 - Fußgänger-Leitsystem ausbauen
 - Sichere Schulwege durch Schulstraßen

Maßnahmen aus dem Kapitel „Stadtentwicklung“

Die CO₂-Emissionen aus dem Neubau von Gebäuden werden (methodisch bedingt) im Klimaschutzbericht der Stadt nicht einmal erfasst, obwohl dabei (i. d. R. außerhalb von Gießen) enorm hohe Emissionen entstehen, die ein Vielfaches der Emissionen bei der Nutzung der Gebäude betragen können. Zur Vermeidung dieser „Grauen Energie“ muss daher der Fokus viel stärker auf Sanierung statt Abriss, Nachverdichtung durch Dachausbau- und -aufstockung, Umbau/Aufteilung, etc. gelegt werden. Dadurch werden nicht nur Emissionen vermieden, sondern auch weniger Flächen versiegelt, die dann als Grünflächen zur Kühlung der Stadt dienen können.

Die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich sind für uns daher die folgenden (Details dazu im Kapitel „Stadtentwicklung“):

- Leerstände erfassen, wieder in die Nutzung bringen, andernfalls sanktionieren
- Ungenutzten Wohnraum aktivieren: Umbau, Wohnungstausch, sicheres Vermieten, „Wohnen für Hilfe“
- Sanieren statt abreißen und neu bauen
- Verträgliche Nachverdichtung statt neuer Baugebiete mit Versiegelungen im Außenbereich (Kein Baugebiet an den Hardthöfen)
- Bauvorgaben für Klimaschutz nutzen: PV-Pflicht; Mobilitätskonzepte; nachhaltige Baumaterialien; Energiestandards; Recyclingquoten; Regenwassernutzung
- Alternative Wohnformen fördern, die zu einer Reduktion bewohnter Fläche führen

- Grünflächen entwickeln und vernetzen und Versiegelung reduzieren - Gießen als Schwammstadt

Weitere Klimaschutz-Maßnahmen

Neben den bereits in anderen Kapiteln näher beschriebenen Maßnahmen, fordern wir:

- Wiederbelebung des eingestellten Klimabeirats

Nur durch eine Anfrage unserer Fraktion kam 2025 heraus, dass der Magistrat eigenständig entschieden hat, den 2020 eingeführten Klimabeirat aufzulösen. Bis heute wurden die Beiratsmitglieder über die Auflösung nicht informiert. Insgesamt tagte der Klimabeirat zwischen 2020 und Oktober 2023 nur neun Mal. Während wir die Einschätzung des Magistrats teilen, dass eine Fortführung in der ursprünglichen Form nicht sinnvoll ist, halten wir die Auflösung für die völlig falsche Konsequenz und ein fatales Signal. Wir möchten den Klimabeirat daher neu gründen und ihm mehr Einflussmöglichkeiten einräumen.

Der Klimabeirat soll als unabhängiges Gremium die Stadt bei klimaschutzrelevanten Entscheidungen und bei der Umsetzung des Beschlusses „2035Null“ fachlich beraten und Empfehlungen für Klimaschutzmaßnahmen erarbeiten. Darüber hinaus sehen wir einen starken Klimabeirat als ein wichtiges Bindeglied in die Stadtbevölkerung und zu Unternehmen und Institutionen, um den gesellschaftlichen Rückhalt für Klimaschutzmaßnahmen zu verbessern. Dazu sollen Persönlichkeiten und Fachleute aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen durch die Stadtverordnetenversammlung in den Beirat berufen werden. Dieser soll Stellungnahmen zu Vorlagen der Verwaltung und Anträgen von Fraktionen erarbeiten, um Verwaltungshandeln und kommunalpolitische Entscheidungen in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung konstruktiv und kritisch zu begleiten. Der Beirat erhält in den Ausschüssen zu klimarelevanten Tagesordnungspunkten Rederecht und kann eigene Anträge einbringen.

Wichtig ist zudem, dass ein öffentlich zugängliches Monitoring über die im bzw. vom Beirat entwickelten Maßnahmenvorschläge eingeführt wird.

- Wiedereinführung Klimacheck aller Magistratsvorlagen

Mit Hilfe eines Klimachecks sollen die Magistratsvorlagen, wie beispielsweise Bebauungspläne, auf ihre Auswirkungen auf das Klima, bzw. die Erreichung der Klimaneutralität, untersucht und diese deutlich gemacht werden.

Auf unseren Antrag hin wurde 2021 die Einführung eines solchen Klimachecks beschlossen, nach einer kurzen Textphase jedoch vom Magistrat eigenmächtig wieder eingestellt. Begründet wurde dies damit, dass ein Klimacheck eine „einseitige Betrachtung“ sei und andere wichtige Einflussfaktoren außeracht ließe. Diese Argumentation halten wir für falsch. Dem Magistrat steht es völlig frei, sämtliche aus seiner Sicht wichtigen Unterlagen den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen und macht von diesem Recht auch gebrauch. Die Verpflichtung des Magistrats einen Klimacheck vorzulegen, steht dem in keinsten Weise entgegen. Wir fordern daher die Wiedereinführung und Weiterentwicklung des Klimachecks.

- Klimaschutzbericht überarbeiten und zugänglicher machen

Der Klimaschutzbericht muss aus unserer Sicht dringend überarbeitet werden mit dem klaren Ziel, den Weg zur Klimaneutralität bis 2035 und die damit verbundenen notwendigen

Veränderungen und Verantwortlichkeiten aufzuzeigen. Die sehr kleinteilige Aufzählung einzelner Maßnahmen („Austausch von 126 Schreibtischlampen“), die zudem noch genauso ohne den Beschluss 2035Null durchgeführt worden wären, ist wenig zielführend.

Anstelle eines statischen PDFs fordern wir die Einrichtung eines „Klima-Dashboards“, das einen leichteren Einstieg in die Materie und einen schnellen Überblick bietet. Wichtige Maßnahmen sollen detaillierter vorgestellt werden, um der Bevölkerung ein besseres Verständnis über deren Ziele und Auswirkungen zu geben.

- Klimafonds zur Finanzierung von Sanierungen, EE-Projekten, etc.

Der Großteil aller Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen rechnet sich auch finanziell, dennoch muss das Kapital für ihre Umsetzung zunächst aufgebracht werden. Wir möchten dabei stärker die Stadtgesellschaft mit einbinden, z. B. durch die Einrichtung eines Klimafonds. Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen, können darüber Klimaprojekte in Gießen finanzieren und erhalten dadurch nicht nur eine Verzinsung, sondern sind aktive Gestalter ihrer Heimat. Aus dem Fonds können beispielsweise Sanierungen kommunaler Gebäude, die Errichtung von Solaranlagen oder der Ausbau des Fernwärmenetzes finanziert werden. Die Zinserträge fließen direkt wieder zurück in die Portemonnaies der Gießenerinnen und Gießener.

- Klimaschutz stärker in die Öffentlichkeit bringen

Seit dem ersten Klimaschutzbericht der Stadt im Jahr 2020 betont der Magistrat immer wieder, dass „eine gemeinsame Anstrengung jedes und jeder Einzelnen sowie der gesamten Stadtgesellschaft“ notwendig sei, um die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. So richtig diese Aussage auch ist, so wenig füllt sie der Magistrat mit Leben. Anstatt Gießen zur „2035Null-Stadt“ zu machen, wissen nur wenige Bürgerinnen und Bürger außerhalb der „Politik-Blase“ von dem Beschluss. Die Vorstellung des Klimaschutzberichts wird kaum öffentlich beworben und in den kleinstmöglichen Raum gelegt. Die ursprünglich eingeführten Beteiligungsformate wurden eingestellt, anstatt sie auf die Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten. Hier bedarf es einen Neustart in der kommenden Legislatur. Es müssen neue Formate gefunden und umgesetzt werden, die eine Wirkung in die breite der Gesellschaft entwickeln, wie z. B. die in unserem Energie-Programm vorgeschlagenen „Wärmepumpen-Infotage.“ Die Bewerbung für den von anderen Parteien geforderten Hessentag in Gießen könnte ebenfalls voll auf das Thema Klimaschutz ausgerichtet werden, um auch über die Stadtgrenzen hinweg zu wirken. Wichtig ist insgesamt jedoch eine intensive und verstetigte Kommunikation und nicht eine Beschränkung auf einzelne Termine.

- Wechselwirkung Klima und städtischer Haushalt

Die Haushaltslage Gießens hat sich zuletzt verschlechtert, ein Trend der voraussichtlich auch die nächsten Jahre anhält. Die Gefahr ist daher hoch, dass Klimaschutzinvestitionen zugunsten von sichtbareren Projekten gestrichen werden, oder Vorhaben, die eine klar negative Auswirkung haben, aufgrund ihrer vermeintlichen Wirtschaftlichkeit dennoch umgesetzt werden. Schon in den haushalterisch vergleichsweise guten letzten Jahren sind beispielsweise Mittel für den Hitzeschutz an Schulen und Kitas gekürzt und der Einstieg in die städtische E-Mobilität verzögert worden. Die Entscheidung, über 45.000 m² Schutz- und Erholungswald zugunsten der Betriebserweiterung von Bieber+Marburg roden zu lassen, ist ein weiteres Beispiel, dass kurzfristige finanzielle Anreize höher bewertet wurden als der Schutz unserer Lebensgrundlagen. Wir werden daher weiter darauf dringen, dass die

Folgekosten von Klimaschäden stärker bei finanziellen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Natur- und Umweltschutz

Neben der Klimakrise befinden wir uns auch in einer Biodiversitätskrise, die auch als sechstes Massenaussterben der Erdgeschichte bezeichnet wird. Schätzungen des Weltbiodiversitätsrates zufolge sind in den nächsten Jahrzehnten bis zu eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht – mit drastischen, unabsehbaren Folgen insbesondere auch für die Nahrungsmittelproduktion.

Die Wechselwirkungen zwischen Klima- und Biodiversitätskrise lassen sich auch in unserem Stadtwald beobachten. Hitze und Trockenheit haben diesem insbesondere in den letzten Jahren massiv zugesetzt und ihn nachhaltig geschädigt. Durch die weiter eskalierende Erdüberhitzung ist daher davon auszugehen, dass unser Wald weiter unter Druck gerät und wir daher mit starken Verlusten bei bisher heimischen Baumarten, wie z. B. Buchen, und damit auch Lebensräumen rechnen müssen. Dies wiederum wird erhebliche negative Auswirkungen auf die (lokal-)klimatischen Funktionen des Waldes haben.

Da Natur- und Umweltschutz darüber hinaus auch eng mit den Themen Klimaanpassung und der Sicherung bzw. Entwicklung von CO₂-Senken verbunden sind, müssen wir dem Natur- und Umweltschutz auch wieder eine höhere Priorität einräumen, nachdem er in den letzten Jahren aus unserer Sicht als nachrangiges Thema behandelt wurde.

Wichtige Maßnahmen in diesem Bereich sind daher aus unserer Sicht:

- Einführung einer echten Baumschutzsatzung
- Erhalt und Neuanpflanzung von Stadtbäumen, Grünflächen und Hecken
- Verbot von Schottergärten durchsetzen, um den Versiegelungsgrad privater Flächen zu reduzieren; Förderung naturnah gestalteter Gärten
- Nachhaltige Forstwirtschaft: Umbau zu klimaresilienteren Mischwäldern; Einschlag weiter reduzieren; Wasser im Wald halten
- Schutz von Streuobstwiesen
- Keine Waldrodungen für Betriebserweiterungen
- Nachhaltige Landwirtschaft und insbesondere Agroforst fördern
- Urban Gardening Projekte fördern
- Förderung der Artenvielfalt durch die Schaffung und Vernetzung von Biotoptypen

Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung als Teil der Gigg-DNA

Gigg wurde Ende 2020 von Gießenerinnen und Gießern gegründet, die sich vorher bereits intensiv und über viele Jahre lang u. a. im Bürgerverein Lebenswertes Gießen sowie in der Klimainitiative 2035Null, aber auch in Naturschutzverbänden, bei den verschiedenen „for future“-Organisationen sowie weiteren Vereinen engagiert hatten. Insofern sind bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung wesentlicher Bestandteil der „Gigg-DNA“.

Darüber hinaus ist es unsere Überzeugung, dass eine gelebte Bürgerbeteiligungskultur auch eine ganz zentrale Strategie gegen Politikverdrossenheit ist und vielfältige Vorteile für eine nachhaltige Stadtentwicklung bietet. Sie kann und soll es allen Gießenerinnen und Gießern ermöglichen, neben der Ausübung ihres kommunalen Wahlrechts auch aktiv auf politische Planungs- und Entscheidungsprozesse einwirken zu können. Wir sehen darin auch einen wesentlichen Beitrag zur **Förderung einer lebendigen und wehrhaften Demokratie** in unserer Stadt.

Natürlich gibt es in unserer Stadt viele Bereiche, in denen sich die Gießenerinnen und Giesener intensiv einbringen. Im Kulturbereich, im Sport, im Bereich der Städtepartnerschaften, im sozialen Bereich etc. Gießen ist eine Stadt, die von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen wird, auf das sie sehr stolz sein kann.

Aus Sicht von Gigg (und auf Basis eigener, vor der Wahl ins Parlament gemachter Erfahrungen) sieht es jedoch deutlich anders aus, wenn es um Prozesse im Zusammenhang mit der Stadtplanung und Stadtentwicklung geht. Hier gilt nach wie vor, dass die Bürgerbeteiligung viel eher ein formaler Akt, denn eine gelebte und gewünschte Kultur ist, die es frühzeitig in den Planungsprozessen ermöglichen würde, noch Veränderungen zu initiieren. Daher beschränkt sich Bürgerbeteiligung in den allermeisten Fällen auf die im Baugesetz und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften vorgesehenen Maßnahmen, die in erster Linie in einer frühzeitigen Information und in der Möglichkeit zur Formulierung von Einwendungen in den jeweiligen Planungsschritten besteht.

Einwohnerbeteiligungssatzung – ein Instrument wird nicht genutzt

Dabei bietet die Gießener Einwohnerbeteiligungssatzung allen Einwohnerinnen und Einwohnern (jeglichen Alters und jeglicher Herkunft) hervorragende Möglichkeiten der Partizipation. Allerdings werden diese viel zu selten genutzt und – von Seiten der Politik – auch nicht oder nur sehr defensiv propagiert.

Konkret bedeutet das für die folgenden fünf, in der Satzung explizit beschriebenen Beteiligungsinstrumente:

- **Einwohnerfragestunde:** Es wurden und werden vereinzelt Fragen an Magistrat und Verwaltung gestellt – vielfach von Personen, die selbst noch politisch verankert sind.
- **Vorhabenbegleitende Einwohnerbeteiligung:** Eine solche Form der Beteiligung (z. B. in Form konsultativer Wohnerräte, die im Losverfahren bestimmt werden), hat es in der ablaufenden Legislaturperiode nicht gegeben.
- **Einwohnerversammlung:** Eine solche Versammlung hat es in den vergangenen fünf Jahren unserer Kenntnis nach nur einmal gegeben – Ende 2025 zum Thema Wärmeplanung.

- die **Einwohnerpetition**: Hier gibt und gab es mehrere Ansätze – so z. B. zur Verhinderung der Fällung aller Bäume entlang des Schwanenteichs oder aktuell zum Thema RegioTram und zur Rodung für Bieber+Marburg.
- **Befragungen**: Anlassbezogene repräsentative Befragungen, wie in der Satzung beschrieben, hat es in der gesamten Legislaturperiode keine einzige gegeben.

Ansätze von Gigg

Wie oben bereits erwähnt ist es unsere feste Überzeugung, dass die Stadt viele Potenziale nicht nutzt, die durch Bürgerbeteiligung entstehen können. Gigg wird daher in der kommenden Legislatur versuchen, in diesem Bereich neue Impulse zu setzen.

Viele der bereits in unserem Programm von 2021 beschriebenen Ansätze haben dabei weiterhin Gültigkeit:

Jährliche Bürgerversammlung zur Stadtplanung in jedem Stadt- und Ortsteil

Im Parlament hatte unsere Fraktion beantragt, dass das Stadtplanungsamt **jedes Jahr in jedem Stadt- bzw. Ortsteil eine Bürgerversammlung** durchführen solle, um die kurz-, mittel- und langfristigen planerischen Vorhaben vor Ort zu erläutern und mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu diskutieren. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt – mit aus Sicht von Gigg wenig überzeugenden Argumenten. Wir werden diesen Antrag in der nächsten Legislatur in der Hoffnung auf andere Mehrheitsverhältnisse erneut stellen.

Einrichtung einer Ombudsstelle

Die Stadtverwaltung ist eine große Behörde, die viele Leistungen für Bürger:innen und Unternehmen erbringt. Daher ist es wichtig, eine **Ombudsstelle** einzurichten, an die sich Kund:innen wenden können, sofern sie mit den Dienstleistungen der Stadtverwaltung oder stadteigenen Betrieben nicht zufrieden sind bzw. einen Bedarf sehen, dass eine dritte Person bzw. Instanz auf einen Vorgang schaut.

Anlassbezogenen repräsentative Befragungen durchführen

Es gibt auch auf kommunaler Ebene immer wieder Entscheidungen, bei denen es für die politische Meinungsbildung hilfreich und wichtig wäre, sich ein Bild über die Meinung der Gießenerinnen und Gießener zu verschaffen. Ein konkretes Beispiel wäre der zukünftige Umgang mit dem E-Klo. Bei diesem und ähnlich gelagerten Fällen wäre daher die Durchführung von **repräsentativen Befragungen** wertvoll, wie sie in der Einwohnerbeteiligungssatzung vorgesehen sind.

Stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Bürgerbeteiligung

Der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in Gießen liegt inzwischen bei rund einem Viertel. Menschen aus über 150 Nationen leben in unserer Stadt und prägen diese mit. Auch wenn sich dieses Viertel der Einwohner über den Ausländerbeirat in politische Prozesse einbringen kann, ist ihre Repräsentanz in vielen Strukturen dieser Stadt unterdurchschnittlich. Für Gigg ist es daher eine wichtige Forderung, neue Beteiligungsformen zu entwickeln, die besonders diese Zielgruppe(n) ansprechen.

Fortschrittliche Ansätze der Bürgerbeteiligung umsetzen

Wichtig ist für uns zudem, dass Gießen im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung **fortschrittliche Ansätze** umsetzt, die in anderen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert wurden und werden. Dazu zählen z. B.

- die **Einberufung von Bürger:innenräten**, bei denen eine repräsentative Anzahl Gießener:innen ausgelost wird, die sich im Laufe eines Jahres mehrmals treffen, um mit Unterstützung von Fachexpert:innen Vorschläge für das Parlament zu konkreten Themen zu erarbeiten. Diese Sitzungen werden neutral moderiert und dokumentiert.
- die Durchführung von **Reallaboren** – dabei wird das Erfahrungs- und lokale Wissen von Bürger:innen gleichberechtigt zu dem von Expert:innen mit einbezogen. Gerade eine Hochschulstadt wie Gießen ist für die Durchführung von Reallaboren prädestiniert. Wichtig bei dieser Methodik ist es, dass es über den reinen Erkenntnisgewinn hinaus Bestandteil des Ansatzes ist, konkrete Veränderungsprozesse zu initiieren, zu moderieren und zu steuern. Die enge Verzahnung von Wissenschaft und Stadtgesellschaft in einem konkreten lokalen Thema ist ein hervorragender Ansatz, um robuste Lösungsansätze für Gießen zu erarbeiten.
- die Umsetzung von **Zukunftswerkstätten** – ein seit vielen Jahrzehnten etablierter methodischer Ansatz, die Vorstellungen und Bedürfnisse der Bewohner:innen für die Entwicklung ihrer Quartiere bzw. Ortsteile oder auch für die ganze Stadt Gießen in die städtischen Planungen zu integrieren. Dabei können z. B. Fragen im Vordergrund stehen, wie die Menschen nachhaltig leben und arbeiten wollen, wie sie sich ein Leitbild für unsere Stadt vorstellen etc. Gerade in Fragen der Stadtentwicklung mit all ihren Herausforderungen können Zukunftswerkstätten damit ein wichtiger Impulsgeber für gesellschaftlichen Entwicklungen sein – ein in Gießen bisher vernachlässigter Ansatz.

Energie

Einleitung

Energie muss nicht die Welt kosten – Daher ist unser Ziel nicht nur eine günstige und verlässliche Strom- und Wärmeversorgung für alle Gießenerinnen und Gießener, sondern auch eine die uns unabhängig von Autokraten macht und unsere Lebensgrundlagen schützt.

Der Zubau von erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke (SWG), muss daher hohe Priorität in der nächsten Legislatur ab 2026 genießen. Darüber hinaus bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen, um unser Energiesystem von Grund auf und mit vollem Fokus auf die erneuerbaren Energien auszurichten. Nur so können wir all ihre Vorteile voll nutzen.

Obwohl die grün-rot-rote Koalition vorgeblich sehr ähnliche klima- und energiepolitische Ziele wie wir verfolgt, war es für uns in der auslaufenden Legislaturperiode mehrfach vollkommen unverständlich, wie sie mit unseren Anträgen und Anfragen zum Thema umgegangen ist. So wurden mehrere unserer Initiativen zur Stärkung der erneuerbaren Energien abgelehnt, zu zahnlosen Prüfaufträgen umgewandelt oder beschlossen und dann nur halbherzig verfolgt:

- PV auf kommunalen Dächern: Abgelehnt, verzögert umgesetzt.
- Bürgerbeteiligung bei der Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien: Abgelehnt.
- Kampagne zur Stärkung von Balkonsolaranlagen: Abgelehnt.
- Stromspar-Check für und von prekären Haushalten: Abgelehnt, später dennoch in kleinem Umfang umgesetzt.
- PV auf versiegelten Flächen prüfen und Pilotprojekt umsetzen: Angenommen, doch bis heute kein Pilotprojekt umgesetzt, obwohl dies innerhalb von 6 Monaten nach dem Beschluss in 2022 erfolgen sollte.
- Ökostrom-Tarif der SWG: Angenommen, mit jahrelanger Verzögerung und nur zum Teil umgesetzt.
- Strombilanzkreis-Modell: Abgelehnt, weil bereits in Arbeit. Bisher nur Ankündigungen.
- Energiesparkarawane / Aufsuchende Energieberatung: Angenommen und in drei aufeinanderfolgenden Jahren erfolgreich umgesetzt.

Von Seiten der Koalition gab es keine eigenen Anträge zu Energiewende-Themen und kaum eine Beteiligung an Diskussionen. Bei den Antworten des Magistrats auf unsere energiepolitischen Anfragen wirkte es so, als kämen diese Antworten direkt von den Stadtwerken. Eine politische Führung des stadt eigenen Betriebs scheint es kaum zu geben. Die Stadtwerke drohen daher aus unserer Sicht den Anschluss an den Energiemarkt der Zukunft zu verlieren. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass sich die Stadtwerke nicht an Windprojekten in der Region beteiligen, nur geringfügig in Solar-Projekte investieren und neue Geschäftsbereiche, wie Ladesäulen im öffentlichen Raum, weitestgehend anderen Marktteilnehmern überlassen. Der vor allen Dingen mit Koalitionsvertretern besetzte Aufsichtsrat scheint nicht in der Lage, oder gewillt zu sein, sich gegenüber dem Vorstand durchzusetzen und darauf einzuwirken, dass die Stadtwerke all ihr Potential nutzen und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, um der Klimaneutralität bis 2035 entscheidend näher zu kommen.

Das bedeutet nicht, dass es nicht auch positive Entwicklungen seitens der Stadtwerke gegeben hätte. Der Bau einer Großwärmepumpe an der Lahn und der Wärmespeicher auf der Philosophenhöhe in Zusammenarbeit mit der THM sind Meilensteine in der Wärmeversorgung Gießens. Dass diese jedoch in Kombination mit neuen Erdgas-betriebenen Blockheizkraftwerken gebaut werden, zeigt

ebenso wie diverse öffentliche Äußerungen des Vorstands, dass das Ziel der Dekarbonisierung der Fernwärme bis 2035 nicht von den Stadtwerken geteilt wird.

Unsere energiepolitischen Forderungen im Überblick

- Öffentlichen Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität bei der Energieversorgung der Stadt und bei den Stadtwerken Gießen entwickeln
- Fokussierter Fernwärme-Ausbau insbesondere im dichtbebauten Innenstadtbereich
- Klimaneutrale Fernwärme vorantreiben
- Geordneter Plan für die Stilllegung des Gasnetzes entwickeln und diesen umgehend kommunizieren
- Aufsuchende Energieberatung ausbauen
- Installation von intelligenten Stromzählern beschleunigen
- Stromnetz ausbauen, um Elektrifizierung von Wärme und Mobilität zu ermöglichen
- Solar-Ausbau auf kommunalen Dächern und versiegelten Flächen forcieren
- SWG zukunftsfähig aufstellen
- Stadteigenes Energiemonitoring und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften ausbauen
- Bürgerberatung intensivieren und Informationsveranstaltungen zur Energiewende durchführen
- Bürgerbeteiligung zur Beschleunigung der Gießener Energiewende durch lokales Crowdfunding stärken

Öffentlicher Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität bei der Energieversorgung der Stadt und bei den Stadtwerken Gießen

Seit im Jahr 2019 der Beschluss zur Klimaneutralität bis 2035 gefasst wurde, fehlt ein klarer Masterplan der Stadtwerke, wie sie die Erzeugung von Strom und Wärme auf nachhaltige Alternativen umstellen wird. Zwar wurden verschiedene Projekte angekündigt und zum Teil gestartet, einen öffentlich diskutierten und belastbaren Projektplan, der einen klaren Pfad bis zur Klimaneutralität aufzeigt, gibt es hingegen nicht. Stattdessen wurden im Rahmen des Projekts „PowerLahn“ nicht nur eine Flusswärmepumpe gebaut, sondern auch neue Erdgas-betriebene Blockheizkraftwerke, die das Ziel der Klimaneutralität konterkarieren. Der Transformationsplan des Fernwärmenetzes zeigt lediglich einen vagen Weg zur Klimaneutralität bis 2045, der auch „Wundertechnologien“ wie Wasserstoff und CCS (Carbon Capture and Storage) vorsieht, deren Einsatzmöglichkeiten mehr als unsicher, bzw. ökologisch und ökonomisch sehr fragwürdig ist.

Fokussierter Fernwärme-Ausbau insbesondere im dichtbebauten Innenstadtbereich

Die Emissionsreduktion in der Wärmeversorgung ist die wohl schwierigste Aufgabe, die uns in Gießen und allgemein in Deutschland auf dem Weg zu Klimaneutralität erwartet. Sowohl die hohe Menge an Emissionen in diesem Bereich als auch die hohe Komplexität und die üblicherweise langen Investitionszyklen machen es erforderlich, besonders schnell und entschieden zu handeln. Gleichzeitig müssen die begrenzten Finanzmittel und Ressourcen effizient eingesetzt werden.

Die kommunale Wärmeplanung weist hier grundsätzlich in die richtige Richtung. Sie stellt klar, dass es in Gießen keine flächendeckende Versorgung mit Wasserstoff oder Biogas geben wird. Die einzige

leitungsgebundene Wärmeversorgung wird langfristig also die Fernwärme sein. Es gilt nun dieses Netz so auszubauen bzw. zu verdichten, dass insbesondere im dichtbebauten Innenstadtbereich, mit großen Mehrfamilienhäusern und wenig Außenflächen, eine klimaneutrale Wärmeversorgung möglich ist. In den klassischen Ein- und Zweifamilienhausgebieten ist der Aus- bzw. Neubau eines Fernwärmenetzes hingegen nicht zielführend. Die dafür anfallenden Kosten und damit sowohl die Kapitalbindung als auch die Risiken für die Stadtwerke sind zu hoch und die Alternativen zu stark. Würden die SWG ein neues Netz verlegen, die Hauseigentümer dann aber auf günstigere Wärmepumpen setzen, würden sich die Netzkosten auf die restlichen Fernwärmekunden verteilen und deren Heizkosten ansteigen lassen. Darüber hinaus macht der Ausbau die Dekarbonisierung, also die Umstellung auf erneuerbare Energien, des Fernwärmenetzes umso schwieriger. Der Fernwärmeausbau muss daher die maximale Effizienz der eingesetzten Mittel aus einer gesellschaftlichen Perspektive als Ziel haben. Dies lässt dann auch mehr finanziellen Spielraum, um in einzelnen Härtefällen gezielt helfen zu können.

Klimaneutrale Fernwärme vorantreiben

Um die Fernwärme klimaneutral zu gestalten, muss die vorhandene auf Erdgas und Müllverbrennung basierende Wärmeerzeugung auf eine Kombination aus nachhaltigen Alternativen umgestellt werden. Ein erster Schritt wurde mit dem Bau einer Wärmepumpe an der Lahn bereits gemacht. Die Nutzung von Flusswärme stellt aber ein noch viel größeres Potential dar. Daher müssen weitere Flusswärmepumpen ebenso folgen, wie der schnelle Bau einer Wärmepumpe im Auslauf der Kläranlage. Diese ist den Wärmepumpen an der Lahn zeitlich vorzuziehen, da sie ganzjährig unabhängig von der Flusstemperatur sehr konstant arbeiten kann.

Zudem sollte die Nutzung von Abwärme noch stärker in den Fokus genommen werden. Vor diesem Hintergrund ist der Bau eines Rechenzentrums am „Katzenfeld“ zu erwähnen. Hier soll nach den aktuellen Planungen jedoch lediglich ein Bruchteil der anfallenden Wärme auch tatsächlich genutzt werden. Der Rest entweicht in die Umgebung und wärmt diese auf. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Rechenzentrum nur so groß dimensioniert wird, dass die Abwärme an normalen Wintertagen vollständig genutzt werden kann.

Im Transformationsplan der SWG kommt aus unserer Sicht auch die Nutzung von Solarthermie und die Errichtung von saisonalen Wärmespeichern zu kurz, obwohl die kommunale Wärmeplanung deren Potential aufzeigt.

Ziel muss die klimaneutrale Erzeugung der Wärmegrundlast sein. Für die stärksten Spitzen im Wärmebedarf sollte die vorhandene Biogasinfrasturktur genutzt werden. Biogas ist ein zu wertvoller Saisonspeicher, als dass die aktuelle Nutzung im Dauerbetrieb sinnvoll wäre. Wasserstoff und synthetisch hergestelltes Methan können aufgrund der hohen Preise und der noch völlig unsicheren Verfügbarkeit relevanter Mengen kaum eine Rolle spielen.

Für ausgewählte Fernwärmeabschnitte muss eine Absenkung der Vorlauftemperatur geprüft werden, um den Energiebedarf und die Energieverluste so weit wie möglich zu reduzieren. Die entsprechenden Netznutzenden müssen bei der möglicherweise notwendigen Ergänzung von technischen Einrichtungen und der zielgerichteten Gebäudesanierung ggf. unterstützt werden.

Geordneter Plan für und frühzeitige Kommunikation der Stilllegung des Gasnetzes.

Aus der kommunalen Wärmeplanung geht klar hervor, dass das Gasnetz in Gießen keine Zukunft hat und eine Umrüstung auf Wasserstoff ausgeschlossen ist. Während andere Kommunen und Stadtwerke bereits frühzeitig die perspektivische Stilllegung des Gasnetzes offensiv kommunizieren, schreckt der Magistrat davor zurück. Dabei wäre diese klare Kommunikation im Interesse aller. Fehlinvestitionen in neue Gasheizungen könnten so vermieden werden und bestehende Gaskunden wüssten, bis wann sie sich spätestens um eine Alternative kümmern müssen. Auch für die Kommune wäre ein klarer stufenweiser Stilllegungsplan von Vorteil, um Instandhaltungskosten, die sich nicht mehr amortisieren werden, zu minimieren. Es bedarf daher einer detaillierten Prüfung und anschließende Kommunikation, wann in welchem Gebiet das Gasnetz stillgelegt werden wird. Dabei sollte auch ermittelt werden, ob die abgeschalteten Gasleitungen als Leerrohre für andere Zwecke, wie z.B. den Glasfaserausbau genutzt werden kann.

Aufsuchende Energieberatung ausbauen

Für eine klimaneutrale und möglichst effiziente Wärmeversorgung ist es unabdingbar, den Wärmebedarf durch die Sanierung der Gebäude zu senken. Auf unseren Antrag hin beschloss die Stadtverordnetenversammlung 2022 die Durchführung einer Kampagne unter dem Titel „[aufsuchende Energieberatung](#)“. Dabei werden quartiersweise kostenlose Energieberatungen für Hauseigentümer angeboten. Die Beratungen geben einen ersten Anstoß dazu, sich mit den Potentialen einer energetischen Sanierung im Eigenheim auseinanderzusetzen und zeigen einen klaren Weg auf, wie dabei unter zur Hilfenahme von Förderangeboten vorgegangen werden kann. Die Kampagne wurde inzwischen drei Jahre in Folge in verschiedenen Quartieren sehr erfolgreich umgesetzt. Wir möchten, dass dieses Angebot in den nächsten Jahren auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt und intensiviert wird.

Zudem schlagen wir vor, die Kampagne nicht mit einer Beratung enden zu lassen, sondern weitere Angebote, z.B. einer gebündelten Beschaffung, zu entwickeln. Dies hätte sowohl für lokale Handwerksbetriebe als auch für die Eigenheimbesitzer Vorteile, da sich Doppelarbeiten und Wege vermeiden, Material gemeinschaftlich zu günstigeren Konditionen beschaffen und Prozesse in Logistik, Lagerung und Installation erheblich verschlanken ließen.

Nachdem ein entsprechender Antrag von uns zunächst abgelehnt wurde, bietet inzwischen die ZAUG gGmbH mit Unterstützung der Stadt einen [Stromspar-Check](#) für Haushalte mit geringem Einkommen an. Wir möchten dieses Angebot weiter ausbauen und bekannter machen.

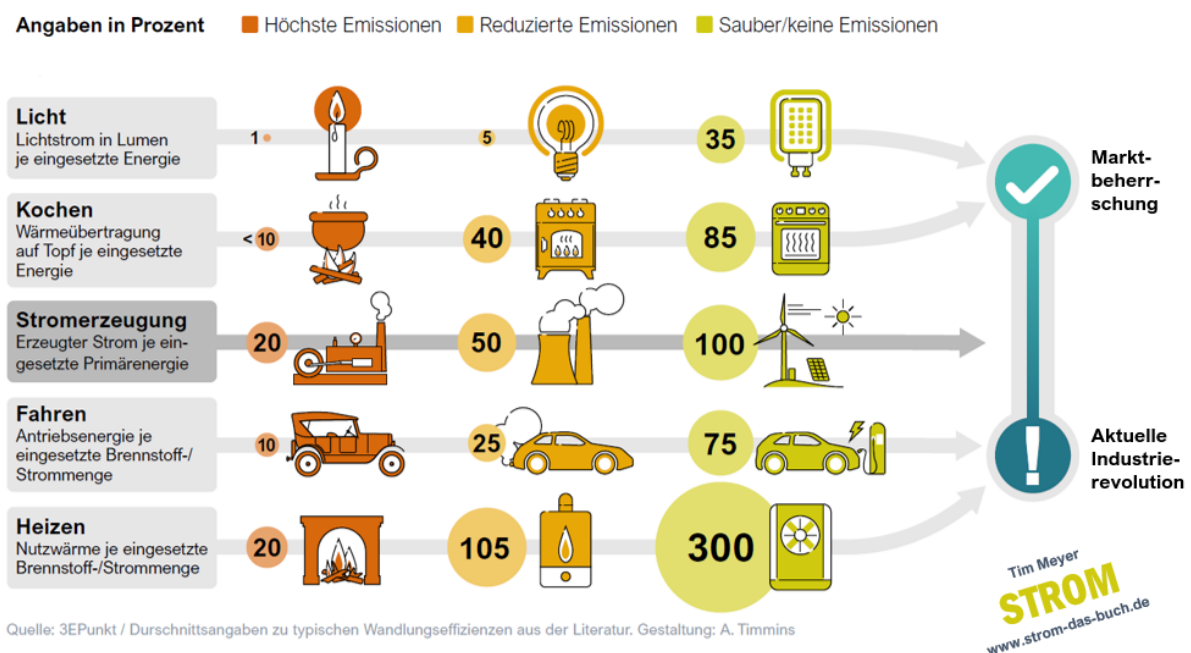
Beschleunigte Installation von intelligenten Stromzählern

Intelligente Stromzähler, sogenannte Smart Meter, sind ein entscheidender Baustein für eine verlässliche, klimafreundliche und günstige Energieversorgung. Mit ihnen kann das Zusammenspiel aus dezentralen Stromerzeugern wie Solaranlagen und -verbrauchern wie Wärmepumpen, E-Fahrzeugen, und Heimspeichern optimiert werden. Das ermöglicht nicht nur den Stromkund:innen direkt von den günstigen Preisen erneuerbarer Energien zu profitieren, sondern dient auch dazu den teuren Netzausbau auf das Nötige zu begrenzen, was allen Stromkund:innen zugutekommt. Jede Verzögerung beim Einbau bremst nicht nur den Kampf gegen die eskalierende Erdüberhitzung, sondern verschenkt zudem das enorme Einsparpotential der Energiewende für Haushalte, Gewerbebetriebe und die Gesellschaft im Allgemeinen. Die SWG, bzw. deren Tochterunternehmen Mittelhessen Netz GmbH (MIT.N), müssen daher die flächendeckende Installation von Smart Metern

auf dem Stadtgebiet deutlich beschleunigen. Bisher haben nur 0,5% der Stromkunden, die gesetzlich zur Smart-Meter-Nutzung verpflichtet wären, einen solchen von der MIT.N installiert bekommen, obwohl der Gesetzgeber bis Ende 2025 eine Quote von mindestens 20% eingefordert hat. Die Bundesnetzagentur droht daher mit Zwangsgeldern, sollte der Roll-out nicht deutlich an Fahrt aufnehmen.

Ausbau des Stromnetzes, um Elektrifizierung von Wärme und Mobilität zu ermöglichen

Die direkte Nutzung von Strom stellt in vielen Lebensbereichen die effizienteste Form der Energienutzung dar, wie die folgende Grafik eindrücklich belegt:



Während bei Verbrennungsmotoren 75% der Energie als Wärme verloren geht, nutzen Elektrofahrzeuge 75% der Energie zur Fortbewegung. Und Wärmepumpen sind wahre Effizienzwunder, verdreifachen sie doch die eingesetzte elektrische Energie. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis sich auch in Deutschland diese Technologien vollständig durchgesetzt haben, denn der Wirkungsgrad ist nicht politisch. Effizienz setzt sich immer durch, da sie Kosten senkt und die Leistungsfähigkeit steigert.

Es ist daher absehbar, dass zwar unsere Primärenergieverbräuche sinken, der Stromverbrauch durch den Technologiewechsel jedoch steigen wird. Um diese Elektrifizierung und die dezentrale Stromerzeugung durch PV-Anlagen nicht auszubremsen, muss auf den Ausbau des Stromnetzes eine hohe Priorität liegen. Auch hier braucht es eine klare Roadmap.

Weiterer Solar-Ausbau auf kommunalen Dächern und versiegelten Flächen

Um die Stadt zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgen zu können, müssen auf möglichst vielen Gießener Dächern von Privathäusern, kommunalen oder gewerblichen Gebäuden, Photovoltaik- (PV) und/oder Solarthermie-Anlagen entstehen. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf den Anteil sauberer Energien aus, sondern sorgt auch für lokale Wertschöpfung im finanziellen Sinn, inkl. steigender Steuereinnahmen für die Stadt.

Dennoch ist in diesem Bereich in der vergangenen Legislatur viel zu wenig passiert. Trotz eines entsprechenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurden bisher z.B. keine kommunalen Parkplätze mit PV-Anlagen überdacht. Auf den kommunalen Dächern gab es zuletzt zwar Fortschritte, aber auch hier sind Jahre ohne nennenswerte Zubauraten ins Land gezogen, da die Stadt alle Anlagen über die SWG, bzw. das gemeinsame Unternehmen MIT.GIESSEN GmbH, bauen lässt, anstatt z.B. Energiegenossenschaften miteinzubeziehen. Dadurch wurde auch darauf verzichtet, die Gießenerinnen und Gießener an der Finanzierung und damit auch an den Erträgen der Solaranlagen zu beteiligen. Das verteuert nicht nur den erzeugten Strom, sondern es bleibt auch eine Chance ungenutzt, die Vorteile der Energiewende in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Auch bei der Dimensionierung der Solaranlagen blieb die Stadt hinter dem Möglichen zurück und errichtete Anlagen, die nur einen Teil der Dachflächen ausnutzen. Künftig müssen die Anlagen auf maximale Stromproduktion und damit Emissionseinsparung ausgelegt werden. Durch ein Strombilanzkreismodell kann dieser Strom in allen kommunalen Einrichtungen und nicht nur dort genutzt werden, wo er produziert wird. So lassen sich die Stromkosten der Stadt senken und der Anteil der erneuerbaren Energien am Verbrauch deutlich steigern.

Zur Unterstützung des Baus von Solaranlagen auf privaten Dächern sollen Initiativen wie die [Solarlotsen Gießen](#) weiter unterstützt und gefördert werden und durch proaktive Unterstützung des Energy Sharing- Modells die Nutzung von PV-Strom in Mehrfamilienhäusern und Quartieren gefördert werden.

SWG zukunftsfähig aufstellen

Das Geschäftsmodell von Energieversorgern mit einer weitgehend zentralisierten Energieerzeugung wandelt sich durch die Energiewende bereits sehr stark. Die hohen Umsätze und Margen durch den Verkauf von Gas werden wegfallen. Diesen Wandel müssen die SWG viel aktiver für sich gestalten. Dazu bedarf es Investitionen in erneuerbare Energien, Stromspeicher und neue Geschäftsbereiche. Diese umfassen beispielsweise Energiemanagementsysteme für Haushalte (HEMS) und Unternehmen sowie Ladeinfrastruktur.

Die Stadt muss darauf über den Aufsichtsrat verstärkt Einfluss nehmen mittels klaren Zielvorgaben. Daher ist es wichtig, dass dieser nicht allein mit Vertretern der Parteien, sondern auch ausgewiesenen Experten besetzt wird. Die in der Wirtschaft üblichen variablen Gehaltsbestandteile von Vorständen sollten an den Fortschritt der Erreichung der Klimaneutralitätsziele ausgerichtet werden.

Ausbau des stadt eigenen Energiemonitorings und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen in kommunalen Liegenschaften

Die sauberste Energie ist die, die nicht verbraucht wurde. Gießen muss daher seine Anstrengungen zur Energieeinsparung ausbauen, mit den eigenen Gebäuden als Vorbild vorangehen und diese systematisch sanieren. Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Haushaltssituation möchten wir prüfen, wie die Stadt zur Finanzierung dieser Sanierungen, auf das Potential der Gießener:innen zurückgreifen und einen Sanierungsfonds auflegen könnte.

Das Energiemanagement der Stadt muss zudem mit einem größeren Budget als „Anschubfinanzierung“ ausgestattet werden, da sich diese durch die erzielten Energiekosteneinsparungen sehr schnell amortisieren werden.

Intensivierung der Bürgerberatung und Informationsveranstaltungen zur Energiewende

Da die Energiewende einen direkten Angriff auf die Geschäftsmodelle der Fossilindustrie darstellt und damit deren Gewinne von drei Milliarden Dollar pro Tag (!) gefährdet, wurden und werden viele Desinformationen über erneuerbare Energien in Umlauf gebracht. Dies führt zu einer hohen Skepsis innerhalb der Bevölkerung, der die Stadt energisch entgegenreten muss, um die Gießenerinnen und Gießener von den immensen Vorteilen einer konsequenten Energiewende zu überzeugen und sie auf dem Stadtgebiet umsetzen zu können.

Die bisherigen Bemühungen dazu blieben weit hinter dem Notwendigen zurück. Veranstaltungen wie die Vorstellung der Wärmeplanung werden nur halbherzig über wenige Kanäle beworben. Die jährliche Vorstellung des Klima- und Energieberichts wird nicht gemäß den Vorgaben eines Stadtverordnetenbeschlusses umgesetzt, wonach sie auch per Livestream im Internet übertragen werden muss. Und Beteiligungsformate werden eingestellt, anstatt die Ausgestaltung zu hinterfragen und an die Interessen der Bürger:innen anzupassen.

Ein Beispiel für gelungene Informationsangebote sind die „[Wärmepumpen-Infotage](#)“, wie sie z.B. in Hannover und Stuttgart stattgefunden haben.

Mehr Bürgerbeteiligung zur Beschleunigung der Gießener Energiewende durch lokales Crowdfunding

Auch eine finanzielle Bürgerbeteiligung am Ausbau der erneuerbaren Energien halten wir für ein wichtiges Werkzeug, um eine stärkere Identifikation mit den Zielen der Energiewende zu erreichen. Andere Kommunen, wie z.B. München, Konstanz oder auch Marburg sehen, setzen dieses Werkzeug daher auch schon sehr erfolgreich ein. In all diesen Kommunen konnten erneuerbare Energieprojekte sehr schnell und zu günstigen Konditionen durch die Beteiligung der Bürger finanziert werden. Die Kommunen profitieren dabei nicht nur von den günstigen Konditionen, sondern lenken mehr Aufmerksamkeit auf ihre Klimaschutzmaßnahmen, unterstreichen die Bedeutung der erneuerbaren Energien und halten auch noch mehr Wertschöpfung in der Region, denn die Zinserträge fließen direkt wieder zurück in die Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger.

Mobilität

Einleitung

Unser Ziel: Mobilität für alle – klimaneutral, barrierefrei und bezahlbar. Dafür schaffen wir Alternativen zum Auto, indem wir Rad- und Fußverkehr fördern und Bus und Bahn attraktiver machen.

Gießen soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen sicher, bequem und gerne bewegen – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn und auch mit dem Auto.

Gießen ist in den letzten Jahrzehnten enorm gewachsen und damit auch der Verkehr. Die Verkehrsinfrastruktur konnte und kann nicht in gleichem Maße mitwachsen. Daher ist die Verkehrswende nicht nur als Beitrag zum Klimaschutz nötig, sondern auch, um den Verkehr für alle wieder flüssig zu gestalten. Sie erhöht auch die Sicherheit auf Gießens Straßen, indem sie Unfälle reduziert und besonders gefährdete Gruppen besser schützt. Sie macht Straßen und Plätze wieder zu lebendigen Orten, erhöht die Aufenthaltsqualität und schafft Raum zum Verweilen, Begegnen und Erleben. Sie fördert die Gesundheit, durch weniger Lärm und Abgase und mehr aktive Fortbewegung im Alltag.

Mit unseren Vorschlägen nehmen wir alle Arten von Mobilität – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn und mit dem Auto – in den Blick, damit die Verkehrswende fair, verständlich und für alle gut nachvollziehbar gestaltet ist.

Erhalt unserer Lebensgrundlagen

Trotz großer Widerstände und erheblicher Anstrengungen derer es bedarf: Im Interesse der kommenden Generationen dürfen wir das Ziel der Klimaneutralität und insgesamt des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht aufgeben. Hierzu muss auch der Mobilitätssektor seinen Beitrag leisten: der Autoverkehr muss deutlich abnehmen, auf umweltverträglichere Verkehrsmittel verlagert und notwendiger Kfz-Verkehr muss auf E-Mobilität umgestellt werden, denn der Verkehr ist weltweit einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen und trägt auch in Gießen mit rund 35 % zu den entsprechenden Emissionen bei.

Zwar ist der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) an den zurück gelegten Wegen in Gießen von 40 % im Jahr 2018 auf knapp 35 % im Jahr 2023 gesunken, doch steckt in der Verlagerung auf andere Verkehrsmittel und das Zufußgehen noch ganz erhebliches Potenzial. 70% aller Wege bis 10 km werden noch immer mit dem Auto zurückgelegt. Selbst bei Entfernungen zwischen 1 und 3 km sind es noch 25%, die weitgehend mit dem Fahrrad oder zu Fuß bewältigt werden könnten. So wird das Auto allzu häufig aus Gewohnheit und nicht aus Notwendigkeit genutzt. Hier gilt es anzusetzen und die Handlungsspielräume, die Gießen hat, zu nutzen.

Nachhaltige Mobilität für alle

Nachhaltige Mobilität braucht **Vernetzung**: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), Rad- und Fußverkehr sind als System zu verstehen und zu betreiben („Umweltverbund“). Unsere Stadt bringt hierfür gute Voraussetzungen mit: **Gießen ist eine Stadt der kurzen Wege**, in der alle Ziele leicht erreichbar sind – auch ohne Auto und auch in den Ortsteilen und aus dem und in das Umland. Dies weiter zu fördern, ist **sinnvolle Strukturpolitik**, die Ressourcen schont.

Lokale Akteure wie Schulen und Hochschulen, Wirtschaft, Handel, Behörden, Verbände und Initiativen müssen einbezogen werden: mit ihrem Bedarf, ihren Ideen und ihrer Expertise.

Für alle Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten gilt: **barrierefrei** müssen sie sein.

Vision Zero

Unser Ziel ist **Vision Zero: keine tödlichen und keine schweren Unfälle im Straßenverkehr**. Dafür setzen wir auf gute Infrastruktur, klare Regeln und mehr Rücksicht im Miteinander. Wenn Rad-, Fuß- und Autoverkehr harmonisch aufeinander abgestimmt sind, profitieren alle – durch weniger Stress, mehr Sicherheit und eine lebenswertere Stadt.

Regelmäßige, leicht **verständliche Informationskampagnen** und **gezielte Verkehrssicherheitsaktionen** sollen ein Bewusstsein für die Bedeutung der Regeln schaffen. Wir wollen damit alle Verkehrsteilnehmenden – egal, ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, Auto oder Bus – nachhaltig motivieren, Verantwortung für die eigene und die Sicherheit anderer zu übernehmen.

Gleichzeitig braucht es **verstärkte, faire Kontrollen im Straßenverkehr**, sowohl durch sichtbare Präsenz als auch durch moderne Überwachungstechnik. So können Verstöße wie zu hohe Geschwindigkeit, fehlende Rücksichtnahme oder Ablenkung am Steuer wirksam eingedämmt werden.

Unsere wichtigsten verkehrspolitischen Forderungen zusammengefasst

- Vision Zero: Keine tödlichen oder schweren Unfälle im Straßenverkehr – durch bessere Infrastruktur, klare Regeln und mehr Rücksicht.
- Gießen läuft: Fußwege sicher, direkt und komfortabel gestalten – Gehwegparken beenden und konsequent ahnden.
- Gießen radelt: Lücken im Radwegenetz schließen, sichere Kreuzungen und mehr Fahrradstraßen schaffen. Abstellplätze ausbauen – auch für E-Bikes und Lastenräder.
- Gießen fährt gemeinsam: Bus und Bahn enger takten, barrierefrei ausbauen und eng mit dem Rad- und Fußverkehr („Umweltverbund“) und dem Umland vernetzen.
- Weniger Auto. Mehr Raum: Straßenparkplätze in der Innenstadt reduzieren und Raum gewinnen für Menschen. Carsharing fördern. E-Mobilität ermöglichen.

Fußverkehr

Die meisten unserer Wege legen wir zu Fuß zurück. Das gilt auch bei Nutzung von Auto, Bahn oder Bus, denn stets sind Wege zu und von diesen Verkehrsmitteln erforderlich.

Die Bedingungen für den Fußverkehr sind daher auch bei längeren Gesamtdistanzen mitentscheidend für die Verkehrsmittelwahl. Ist der **Fußweg zu Haltestelle oder Bahnhof** zu lang, macht das auch Busse und Bahnen unattraktiv.

Umwege und Wartezeiten treffen den Fußverkehr wegen seiner geringen Geschwindigkeit stärker als andere Verkehrsarten. Diese Wirkung ist zu reduzieren: bessere **Querungsmöglichkeiten an Knotenpunkten, kurze Wartezeiten an Ampeln**, „Schleichwege“ öffnen. Abkürzungen und Wege, die sich die Menschen „inoffiziell“ und teils ungesichert suchen, signalisieren einen Bedarf.

Wir wollen daher zahlreiche neue Zebrastreifen errichten. Beispielhaft seien hier die folgenden Querungen genannt:

- Wißmarer Weg/Sudetenlandstraße

- Hardtallee/Kropbacher Weg
- Krofdorfer Straße/Dünsbergstraße
- Bahnhofstraße/Johanette-Lein-Gasse.
- Stephanstraße / Bleichstraße

Wir wollen Ampelkreuzungen modernisieren und dabei fehlende Fußgängerquerungen an allen Kreuzungsarmen schaffen. Hohe Priorität haben dabei u.a. diese Kreuzungen:

- Rodheimer Straße / Hardtallee
- Oswaldsgarten / Rodheimer Straße
- Nordanlage / Steinstraße
- Nordanlage / Dammstraße
- John-F-Kennedy-Platz / Marburger Straße
- Marburger Straße / Sudetenlandstraße
- Marburger Straße / Wiesecker Weg
- Ostanlage / Wiesenstraße
- Ludwigsplatz / Ludwigstraße
- Schiffenberger Weg/Nahrungsberg.

Wir wollen, dass Gehwege im Neubau mindestens 2,5 m breit sind. Im Bestand soll bei Unterschreitung einer Restbreite von 2,5 m das Parken auf die Fahrbahn verlagert werden.

Gehwegparken ist konsequent zu ahnden und zu unterbinden, wo es nicht ausdrücklich zugelassen ist.

Das Fußgänger-Leitsystem möchten wir weiter ausbauen.

Radverkehr

Das Fahrrad ist **auf kurzen und mittleren Strecken**, nicht nur innerstädtisch, die **wichtigste Alternative zum Auto**. Technische Entwicklungen wie E-Bike und Lastenrad haben zusammen mit mancher sinnvollen städtischen Maßnahme - trotz des gescheiterten Verkehrsversuchs auf dem Anlagenring – dazu beigetragen, das Radfahren in kleinen Schritten sicherer und attraktiver zu machen. In den kommenden Jahren gilt es, das Radwegenetz zu komplettieren und Sicherheit und Komfort zu steigern.

Radnetzausbau

Um bestehende **Lücken im Radnetz zu schließen** und zügiges Vorankommen zu ermöglichen, kann das Netz nicht auf Nebenstraßen beschränkt bleiben und ist – wo bisher nicht vorhanden - grundsätzlich auf **alle Hauptverkehrsachsen** auszuweiten. Das schließt eine umfassende Lösung auch für den Anlagenring ein, die nach Scheitern des Verkehrsversuchs keineswegs hinfällig ist. Beispiele für den Lückenschluss:

Fortführung der Fahrradachse in Verlängerung der Goethestraße über Altenfeldsweg/Heegstrauchweg

Fahrradstraße entlang des Klingelbachwegs mit Durchstich zum Erdkauterweg und Fortführung über Wilhelmstraße und Ohlebergsweg.

Wir wollen kurzfristig den **Grünpfil für das Radfahren an allen geeigneten Ampelkreuzungen** einführen.

Wir wollen Planungen für **Fahrradschnellwege ins Umland und in die Nachbarstädte** beschleunigen, um vor allem für Pendlerinnen und Pendler auf mittleren Entfernungen bessere Alternativen zum Auto zu schaffen.

Sicherheit und Komfort für Radfahrende

Hauptfaktoren für ein **sicheres Radwegenetz** sind die **räumliche Trennung vom Autoverkehr** und die **fahrradfreundliche Gestaltung von Knotenpunkten**, an denen es zur Berührung mit dem motorisierten Verkehr kommt.

Weiter ausgebaut werden sollen **Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen**, in denen das Rad bevorzugt ist und/oder die reduzierte Geschwindigkeit des Autoverkehrs das Unfallrisiko deutlich senkt.

Ältere und **auf dem Rad unsichere Menschen**, vor allem **auch Kinder und Jugendliche** müssen sich im innerstädtischen Verkehr sicher mit dem Rad bewegen können. Ein Hauptaugenmerk muss daher weiterhin auf den **Schulwegen** liegen. Aus dem direkten **Umfeld der Schulen** sind Autos, vor allem die so genannten „Elterntaxis“, möglichst auszuschließen, da sie ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen.

Winterdienst auf Radwegen darf kein „Nice-to-have“ sein. Wer auch im Winter sein Rad nutzt, z.B. um zur Arbeit, zur (Hoch-)Schule oder zum Einkaufen zu kommen, darf nicht benachteiligt, sondern muss geschützt werden. Die Prioritäten im Winterdienst müssen auf die schwächsten Verkehrsteilnehmenden ausgerichtet sein, auch wenn das nicht immer flächendeckend in kürzester Zeit gelingt. Im finnischen Oulu beispielsweise werden Radwege auf den Hauptrouten zuerst freigeräumt. Auf der **Website der Stadt kann zudem in Echtzeit eingesehen werden, welche Wege wann geräumt wurden.**

Sicherheit und Komfort des Radfahrens verbieten es, zusätzliche Hürden zu schaffen: Es ist unsinnig und teuer, die **oberirdische Querung des Bahnübergangs** am Erdkauter Weg / Wilhelmstraße wie bisher geplant durch einen Tunnel mit jeweils einer langen Rampe in beide Richtungen zu ersetzen. Bei Dunkelheit sind Unterführungen unnötige „Angsträume“. Die Rad- und Fußgängerunterführung an der Ostanlage wurde aus gutem Grund beseitigt.

Begleitende Radinfrastruktur

Wir wollen eine Radwegweisung für Alltagsziele auf allen Hauptradrouten installieren.

Wir setzen uns für diebstahlsichere und komfortable Fahrradabstellplätze ein, auch in Wohngebieten mit hoher Wohndichte, je nach Standort überdacht, mit e-Ladestruktur für Pedelecs, geeignet auch für Lastenräder.

Wir wollen im öffentlichen Straßenraum jährlich 300 zusätzliche Fahrradabstellplätze schaffen. An allen Schulen und anderen kommunalen Gebäuden sollen bis 2030 mindestens 80% der Rad-Abstellplätze überdacht sein.

Das bestehende Fahrrad- und Lastenrad-Verleihsystem soll zusammen mit den bewährten Partnerorganisationen, den Hochschulen und dem Allmende Lastenrad Projekt "das ALLrad" erhalten und ausgebaut werden.

Die Fahrradnutzung kann in der Innenstadt durch Microdepots zur sicheren Zwischenlagerung von Einkäufen attraktiver gemacht werden. So lassen sich der Einkauf sicher verwahren und unbeschwert andere Aktivitäten anschließen. Bedarf und Umsetzungsmöglichkeiten sind gemeinsam mit dem Handel zu prüfen.

Damit der Umbau zu einer fahrradfreundlichen Stadt tatsächlich gelingen kann, ist eine ausreichende Ausstattung der zuständigen Behörden erforderlich. Hierbei fordern wir für die Stadt Gießen, sich an die Empfehlungen des "Nationalen Radverkehrsplan 2020" zu halten, der vorschlägt, 18 bis 19 € pro Haushalt in Gießen jährlich einzusetzen. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel sollen eine adäquate Personalausstattung für die Planung und Umsetzung von Vorhaben gewährleisten, aber auch für Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratungen zur Verfügung stehen.

Öffentlicher Nah- und Fernverkehr

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist essenziell für die Sicherstellung der Mobilität in Stadt und Umland, für die Erreichung der Klimaziele und die Lebensfähigkeit der Stadt - ihrer Einwohnerschaft, ihrer Wirtschaft und ihrer Institutionen. Gießen bringt hierfür aufgrund seiner zentralen Lage in Hessen und als Hochschulstandort beste Voraussetzungen mit. Als Bahnknotenpunkt verfügt Gießen auch über eine grundsätzlich gute Anbindung an den Fernverkehr.

Wir wollen dieses Potenzial deutlich besser nutzen!

Grundsätze und Ziele:

- **Systemisch denken:** ÖPNV, Rad- und Fußverkehr als System verstehen und betreiben, Fernverkehr einbeziehen („Umweltverbund“).
- **Emissionen senken:** Die Stadtbusflotte muss lokal emissionsfrei und mit möglichst geringen Lärm- und Luftbelastungen betrieben werden.
- **Lücken schließen:** Das ÖPNV-Netz muss zeitlich und räumlich engmaschig sein und kurze Umsteigezeiten gewährleisten.
- **Zugang für alle sicherstellen:** Der ÖPNV muss barrierefrei, sicher und komfortabel sei.
- **Stadt und Kreis gemeinsam:** Verkehrspolitik für die Stadt Gießen muss das Umland einbeziehen
- **zentrale Lage zur Geltung bringen:** Die Stadt Gießen muss sich ihrer Funktion als Bahnknotenpunkt bewusstwerden und auf deren Ausbau hinwirken.

Der Nahverkehrsplan (NVP) der Stadt Gießen stellt – zusammen mit dem NVP des Landkreises Gießen - eine gute Grundlage dar. Er muss jedoch punktuell nachgebessert, zügig umgesetzt und zeitnah evaluiert werden.

Planung muss verlässlich sein! Die zeitliche Umsetzung des NVP wurde vom Stadtparlament beschlossen und ist nicht ins Belieben des Magistrats gestellt. Kann der Zeitplan wie in den Vorjahren nicht eingehalten werden, muss dies transparent gemacht und die Planung muss mit

nachvollziehbarer Begründung angepasst werden. Zu einer verantwortungsbewussten Planung gehört auch die Bereitstellung der für seine Umsetzung benötigten Ressourcen.

Systemisch denken

Sollen öffentlicher Personenverkehr, Rad- und Fußverkehr als Alternative zum Auto bestehen können und für potenzielle UmsteigerInnen attraktiv sein, müssen sie als System gedacht und geplant werden („Umweltverbund“).

Haltestellen sind zu **Mobilitätsstationen** weiterzuentwickeln. Zur Sollausrüstung an Haltestellen gehören neben den notwendigen Informationen auch Wartehallen mit Beleuchtung und sichere Fahrradabstellanlagen, je nach Lage und Bedarf auch eine Fahrradleihstation und ein Carsharing-Angebot.

Emissionen senken

Wir setzen uns dafür ein, dass die überfällige Umstellung der Stadtbusflotte auf E-Mobilität nun endlich zügig vollzogen wird. Neben der Entlastung des Stadtgebiets von gesundheitsschädlichen Immissionen, ist dies ein wichtiger Baustein bei der Erreichung der beschlossenen Klimaneutralität. Zudem schreibt das „Saubere Fahrzeuge Beschaffungsgesetz“ vor, dass Kommunen bei Neuanschaffungen mindestens einen Teil emissionsfreie Fahrzeuge einkaufen müssen. Gießen hat diese Quoten bisher missachtet und keinen einzigen emissionsfreien Stadtbus, während im Bundesdurchschnitt bereits die Hälfte aller neuen Stadtbusse emissionsfrei unterwegs sind.

Lücken schließen

Das ÖPNV-Netz muss zeitlich und räumlich engmaschig sein und kurze Umsteigezeiten gewährleisten. Notwendige Elemente sind: eine enge zeitliche Taktung, kurze Wege zu den Haltestellen, ausreichende Fahrtangebote in Stoßzeiten ebenso wie in Zeiten geringer Nachfrage. Durch enge zeitliche Taktung der Busse von und zum Bahnhof und den Bahnhaltepunkten werden zugleich kurze Umsteigezeiten auf die Bahn realisiert. Für **Pendler und Pendlerinnen** ist insbesondere die Erreichbarkeit der Züge frühmorgens und abends für eine möglichst kurze Gesamtfahrdauer entscheidend für die Verkehrsmittelwahl.

Für die Taktung und die Haltestellenabstände sind **Standards** zu definieren und zügig zu realisieren (s. auch Nahverkehrsplan). Auch die innerstädtischen Bahnhaltepunkte sollten auf kürzestem Weg zugänglich sein.

Zugang zum ÖPNV für alle sicherstellen – Barrierefreiheit, Sicherheit und Komfort

Vor allem stark frequentierte Haltestellen wie Südanlage, Sandkauter Weg, Klinikstraße, Wolfstraße und Zahnklinik benötigen einen **Wetterschutz**. Die im NVP vorgesehenen Wartehallen wurden jedoch bis heute nicht realisiert.

Haltestellen und Fahrzeuge müssen im Sinne der Barrierefreiheit leicht zugänglich sein. Sie müssen **objektiv sicher** sein und durch ihre Gestaltung und **gute Beleuchtung** auch ein **Sicherheitsgefühl** vermitteln.

Zu Sicherheit und Komfort gehören auch **transparente Information und Kommunikation** über Verkehrsverbindungen und -anschlüsse. Nicht nur die Apps der Verkehrsbetriebe (DB Navigator, RMVgo) müssen verlässlich sein, auch elektronische Anzeigen an Haltestellen und in den Fahrzeugen müssen aktuelle Verspätungen und Anschlussmöglichkeiten anzeigen.

Wir wollen **die Scheiben der Busse von Werbung freihalten**. Sie trägt im Bus zur Unübersichtlichkeit bei und behindert den Blick in beide Richtungen. Sie geht so zu Lasten des Sicherheitsgefühls und des Komforts der Fahrgäste.

Wir setzen uns dafür ein, überlastete Linien so zu verstärken, dass alle Fahrgäste ausreichend Platz in den Bussen finden.

Stadt und Kreis gemeinsam: Verkehrspolitik für Stadt und Umland

Die Stadt Gießen zeichnet sich durch einen hohen Zentralitätsgrad aus. Die Mobilitätsbedürfnisse von Pendlerinnen und Pendlern aus dem Umland - zu Arbeit, Studium und Schule, zu Einkauf, Behörden und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung - unterscheiden sich von denen der Stadtbevölkerung. Städtische Verkehrspolitik kann daher nicht an den Stadtgrenzen enden. Dabei gilt es, die Bedürfnisse von Stadt- und Landbevölkerung, von Handel und Betrieben, in Einklang zu bringen.

Schienegebundenen ÖPNV ausbauen; Bahn und RegioTram vernetzen

Der schienegebundene öffentliche Personennahverkehr stellt das Rückgrat des ÖPNV da. Die Stadt Gießen muss sich ihrer **Funktion als Bahnknotenpunkt** bewusstwerden und auf den Ausbau der Schiene in der Region hinwirken. Aufgrund seiner hohen Zentralität, in Verbindung mit seinen Hochschulen und dem Mobilitätsbedarf und -verhalten vor allem junger Menschen, ist Gießen mit größeren Ballungsräumen vergleichbar und einer der wichtigsten Bahnknotenpunkte in Hessen. Mit seinem bestehenden sternförmigen Schienennetz hat Gießen dabei sehr gute Voraussetzungen für einen leistungsfähigen ÖPNV in Stadt und Region. Dieses Netz bedarf einer gezielten weiteren Verdichtung mit zusätzlichen Haltestellen und Begegnungsmöglichkeiten im Stadtgebiet und im Umland. Dabei ist beim städtischen Busverkehr in Rechnung zu stellen, dass dieser auch bei einem weiteren Ausbau zumindest an den Hauptachsen absehbar an seine Kapazitätsgrenzen stoßen wird. Notwendig wird demnach in den nächsten Jahren eine Entscheidung für ein höherwertiges ÖPNV-System, welches den Busverkehr entlastet. Dabei sollte auch eine stärkere Verknüpfung des Umlands zur Abfederung des Pendelverkehrs mitbedacht werden.

Als konkrete Maßnahmen möchten wir daher insbesondere

- die Planungen zu einer Straßenbahn im Stadtgebiet mit umstiegsfreiem Übergang auf das Netz der Bahn im Umland (RegioTram) voranbringen,
- den Ausbau der Vogelsbergbahn für eine Taktverdichtung und den Wechsel zwischen schnelleren (RE - Regionalexpress) und langsameren Zügen (RB - Regionalbahn oder RegioTram) von städtischer Seite unterstützen,
- die Inbetriebnahme weiterer Bahnhaltepunkte, wie etwa „Alten Flughafen“, „Aulweg“, „Philosophikum“, „Gießen Nord“ und „Gießen Süd“ forcieren
- sowie den viergleisigen Ausbau der Main-Weser-Bahn zwischen Gießen und Friedberg planerisch absichern und beschleunigen.

Rolle im RMV-Aufsichtsrat, interkommunale Zusammenarbeit

Um diese Ziele zu erreichen, muss die Stadt Gießen ihr Aufsichtsratsmandat im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) aktiv wahrnehmen und sich für ein verbessertes Verkehrsangebot einsetzen.

Der RMV ist Dienstleister für das Land Hessen und die kommunalen Aufgabenträger. Diese sind damit Auftraggeber und für den ÖPNV politisch verantwortlich. Dieser Rolle muss sich gemäß ihrer Bedeutung in Mittelhessen vor allem auch die Stadt Gießen annehmen. Sie muss sich in ihrem eigenen Interesse für das Umland mitverantwortlich fühlen und engagieren (s. auch unter Punkt 1) und sich regional ergebnisorientiert vernetzen, um möglichst geschlossen im Aufsichtsrat des RMV auftreten zu können.

Das gilt für die Zusammenarbeit im Landkreis Gießen, mit den angrenzenden Kreisen und innerhalb des „Städtedreiecks“ mit Wetzlar und Marburg. Hochschulen, Wirtschaftsverbände und andere Institutionen sind einzubeziehen: als Bedarfsträger, Ideengeber und strategische Partner. Als Hochschulstandorte haben insbesondere Marburg und Gießen große Schnittmengen auf der Bedarfsseite.

Autoverkehr, motorisierter Individualverkehr

Autoverkehr wollen wir im notwendigen Umfang bei zügiger Umstellung auf **Elektromobilität** ermöglichen. Autofahren muss in Gießen funktionieren, ohne sich und andere zu gefährden oder unnötig durch Lärm und Abgase zu belasten.

Alternativen zum eigenen Auto bieten

Vorrang gebührt den Verkehrsarten, die das Klima, die innerstädtischen Flächen und andere Ressourcen schonen: ÖPNV, Fahrrad, zu Fuß gehen. Wer nur gelegentlich ein Auto braucht, soll durch ein **flächendeckendes Carsharing-Angebot** passend versorgt werden, zu dem auch ein Carsharing-Angebot als wohnungswirtschaftliche Dienstleistung beitragen kann (sprich Wohnungsunternehmen integrieren dieses Mobilitätsangebot in ihr Dienstleistungsportfolio). Das Wohnungsunternehmen GSW in Gießen war vor 25 Jahren ein Vorreiter bei der Entwicklung des Angebots. In der kommenden Legislatur werden wir prüfen, ob und mit welchen Ansätzen ein solches Angebot zukünftig von anderen lokalen Wohnungsunternehmen aufgegriffen werden kann.

Zudem werden wir prüfen, ob der **Verzicht auf das eigene Auto durch eine Prämie belohnt** werden kann (z. B. durch Finanzierung des Deutschlandtickets für 6 Monate), wie es in einer Reihe anderer Kommunen (Marburg, Frankfurt etc.) bereits praktiziert wird.

Stellplätze und Parken, Verkehrsberuhigung

Unnötiger Autoverkehr, vor allem **Parksuchverkehr**, muss in allen Stadtteilen und Quartieren vermieden werden. **Lieferverkehr** und **Anwohnerparken** sind bedarfsgerecht zu ermöglichen. Absoluten Vorrang haben **Parkplätze für Gehbehinderte**.

Stellplätze und Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum sollen vor allem in der Innenstadt kontinuierlich verringert werden. Hierdurch freiwerdende Flächen bieten dann Platz für bessere Aufenthaltsmöglichkeiten und mehr Raum für Rad- und Fußwege. Die **Innenstadt innerhalb des Anlagenrings** ist von Autos weitgehend freizuhalten. Insbesondere die **Parkhäuser** am Anlagenring

erlauben es auswärtigen Besucherinnen und Besuchern in der Regel, alle Ziele im Stadtzentrum nach kurzem Fußweg zu erreichen. Kommerzielle Parkplätze innerhalb des Anlagenrings dürfen keinen Parksuchverkehr in die Innenstadt ziehen.

Tempo 30 ist innerstädtisch überall einzuführen, wo es rechtlich möglich ist. Die durch die jüngste Novelle der Straßenverkehrsordnung zusätzlich geschaffenen Möglichkeiten wollen wir konsequent ausschöpfen.

Wir wollen auf allen Hauptschulwegen, vor allen schutzwürdigen Einrichtungen und an lärmgeplagten Hauptstraßen Tempo 30 prüfen und bei positivem Ergebnis einführen.

Schulstraßen – Sicherheit vor der Schule

Zu den Bring- und Abholzeiten geht es rund um (Grund-)Schulen zumeist sehr hektisch und chaotisch zu. Autos halten in zweiter Reihe, auf Gehwegen, Sperrflächen und in Kurven. Kinder finden sich in unübersichtlichen Situationen zwischen parkenden und haltenden Fahrzeugen wieder, die sie kaum überblicken können. Häufig entstehen so gefährliche Situationen für Kinder, die gerade noch lernen, sich im Straßenverkehr zurechtzufinden.

Eine Verbesserung könnte durch die Einrichtung einer Schulstraße erreicht werden. Gemeint ist damit eine Einschränkung der Betriebszeiten nach §6 des Hessischen Straßengesetzes, z. B. für 30 Minuten vor Schulbeginn und nach Schulende. In dieser Zeit dürfen KFZ nicht in die Straße einfahren, um die Situation rund um die Schule zu beruhigen. Anwohner:innen können in dieser Zeit dennoch ihr Grundstück verlassen und Einsatz- und Rettungsfahrzeuge sind von den Beschränkungen selbstverständlich ausgenommen. Ist der größte Ansturm vorbei, ist die Straße wieder wie gewohnt befahrbar.

Neben dem Aspekt der Sicherheit, würde ein wenigstens kurzer morgendlicher Spaziergang zur Schule auch die Gesundheit und Aufnahmefähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern.

Wir wollen, dass die Einrichtung von Schulstraßen vor allen Schulen, mit Priorität vor Grundschulen, geprüft wird. Dabei sollen die Schulgemeinschaft sowie Anwohner und weitere mögliche Anspruchsgruppen möglichst frühzeitig in die Überlegungen und Planungen eingebunden werden. In Zusammenarbeit mit den Schulen soll darüber hinaus ein Konzept zur Förderung der eigenständigen Mobilität der Schülerinnen und Schüler entwickelt werden, um das Verkehrsaufkommen durch sogenannte Elterntaxis zu reduzieren.

Einen entsprechenden Prüfantrag hatte unsere Fraktion bereits 2024 ins Stadtparlament eingebracht. Obwohl in der gleichen Sitzung der Verkehrsentwicklungsplan, der ebenfalls eine solche Prüfung vorschlägt, beschlossen wurde, wurde der Antrag unserer Fraktion abgelehnt.

Verkehrsüberwachung

Verkehrsregeln, ob Tempolimits oder Parkregelungen, werden allzu oft, teils auch ganz bewusst, missachtet. Die Einhaltung dieser Regeln ist daher **konsequent zu überwachen und zu ahnden**.

Wir wollen, dass die aus Parkgebühren und Bußgeldern erzielten Einnahmen **zweckgebunden** z. B. für die Verkehrsüberwachung oder zur Subventionierung des ÖPNV genutzt werden können (*Beispiel: Die Stadt Tübingen nutzt Parkeinnahmen zur Subventionierung des Deutschlandtickets*).

Umstellung auf E-Mobilität

Batterieelektrische Autos sind deutlich klimaschonender als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor oder "Hybride". Wir wollen in Gießen den Umstieg durch ein enges Netz von E-Ladesäulen forcieren und E-Autos deutlich bevorzugen z.B. bei Parkregelungen und -kosten. Die Verpflichtung zur Anlage von **E-Ladepunkten nach dem Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG)** an und in privaten Gebäuden, die auch für bereits bestehende Nicht-Wohngebäude mit mehr als 20 Stellplätzen besteht, werden wir einfordern und nachhalten.

Wir wollen ein Konzept zur Förderung der E-Mobilität erstellen lassen und dessen Umsetzung überwachen.

Verkehrsflächen begrenzen, umwidmen und entsiegeln

Kein Neubau von Straßen: Der im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) enthaltene Durchstich durch den Park der Vitos-Klinik („Vitos-Spange“) läuft dem Ziel der Klimaneutralität zuwider und stellt für uns ein „No Go“ dar. Zusätzliche Straßen ziehen weiteren Autoverkehr nach sich. Auch gewünschte Entlastungseffekte für andere Straßen werden so nach kurzer Zeit zunichte gemacht.

Wir wollen grundsätzlich auf den Neubau von Straßen verzichten und Möglichkeiten zur Entsiegelung von Flächen aktiv prüfen.

Stellplatzsatzung

Eine angepasste Stellplatzsatzung kann dazu beitragen effektiv Bau- und Wohnkosten, Flächenverbrauch und CO₂-Ausstoß zu senken, sowie einen Wandel im Verkehrsverhalten hin zum Umweltverbund auf vielfältige Weise zu unterstützen. Der Bau eines Tiefgeragenstellplatz kostet etwa zwischen 25.000 € und 70.000 € und verteuert Wohnraum, auch wenn überhaupt kein privater PKW genutzt wird. Zudem beansprucht jeder Stellplatz inklusive der Zuwegung eine Fläche von 20 m² bis 30 m², was sowohl den Anforderungen an eine nachhaltige Flächennutzung als auch der städtebaulich begründeten Forderung nach Verdichtung von Siedlungsflächen entgegensteht. Zudem fördert das Angebot von KFZ-Stellplätzen überhaupt KFZ-Verkehr, welcher zur Erreichung der Klimaziele insgesamt abnehmen muss.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) vorgesehene Anpassung der Stellplatzsatzung zügig umgesetzt wird. Auf die Neuanlage von Pkw-Stellplätzen soll je nach stadträumlicher Lage eines Bauvorhabens und der umgebenden und noch zu schaffenden Infrastruktur so weit wie möglich verzichtet werden. Maßgebliche Einflussfaktoren und Begleitmaßnahmen sind die Anbindung an den Umweltverbund, d.h. ÖPNV-Haltestellen, Mobilstationen, Carsharing-Angebote und andere quartiers- oder projektbezogene Mobilitätskonzepte. Hierdurch werden unnötige Baukosten ebenso vermieden wie die „Zementierung“ des Kfz-Vorrangs im Verkehr.

Dafür haben wir bereits in der vergangenen Legislatur einen umfangreichen Entwurf für eine Satzungsänderung eingebracht. Seitens der Koalition wurde dies sogar begrüßt, der Vorschlag jedoch zunächst zur Prüfung an die Verwaltung übergeben. In diesem Prozess ist die Satzungsänderung stecken geblieben und, anders als vereinbart, wurde auch bis zum Ende der Legislatur kein auf den Prüfungsergebnissen basierender Magistratsentwurf eingebracht. In der kommenden Legislatur wollen wir an der geleisteten Vorarbeit anknüpfen und die Änderung der Satzung zum Erfolg bringen.

Stadtentwicklung

Neue Ideen für bezahlbares Wohnen und ein lebenswertes Gießen

Wir engagieren uns für ein lebenswertes Gießen mit bezahlbarem Wohnraum durch die Aktivierung von ungenutztem Wohnraum sowie einer verträglichen Nachverdichtung, mit vielen Grünflächen und Begegnungsorten und mit einem Fokus auf Klimaschutz und Klimaanpassung.

Einleitung

Eine wirksame Klimapolitik und eine soziale Wohnungspolitik werden oft als Gegensätze dargestellt. Unserer Fraktion wurde in der auslaufenden Legislaturperiode im Parlament vorgeworfen, dass wir die vom Magistrat vorgelegten Bebauungspläne nicht unterstützen (sprich ihnen zustimmen) würden. Aus welchen Gründen wir dies in vielen Fällen tun, interessiert dabei die anderen Fraktionen wenig. Letztlich sollen die Angriffe insbesondere der Koalition gegen uns in diesem Themenfeld nur davon ablenken, dass die vorgelegten Bebauungspläne den Ansprüchen einer selbsternannten ökologisch-sozialen Fortschrittskoalition nicht genügen sollten und unsere Kritik daran berechtigt ist.

So trägt z. B. die Versiegelung jeder noch so kleinen Grünfläche zum Bau von Einfamilienhäusern, wie z. B. am Klingelbach, neben der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden oder auf einer Streuobstwiese in Rödgen, nichts dazu bei, das Wohnen in Gießen bezahlbarer zu machen. Anstatt durch solche Bebauungspläne Aktivität zu simulieren, sollte sich das Stadtplanungsamt unserer Überzeugung nach darauf konzentrieren, wie günstiger Wohnraum durch neue Nachverdichtungskonzepte im Bestand geschaffen werden kann. Seit 2021 gibt es auf unseren Antrag hin einen entsprechenden Beschluss, der bis heute nicht umgesetzt wurde. Dabei gibt es diese Konzepte längst sehr erfolgreich in anderen Kommunen, wie Wohnwendeökonom Dr. Daniel Fuhrhop in seinem Vortrag auf Einladung unserer Fraktion im Dezember 2025 gezeigt hat ([Link](#)).

Die Priorität lag in den letzten 15 Jahren stattdessen gezielt auf einer investorengesteuerten Stadtentwicklung, um „Betongold“ nach Gießen zu holen. Diese Politik hat zwar zum Wachstum Gießens beigetragen, aber auch eine ganze Reihe Probleme mit sich gebracht:

- Bevor die Warteliste für eine preisgünstige Wohnung vor Kurzem abgeschafft wurde, standen bei der kommunalen Wohnbau Gießen GmbH über 5.500 Tausend Menschen darauf.
- Die Mietpreise sind weiter gestiegen.
- Die Stadt ist anfällig für Hitze und Starkregen.
- Der nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum stark angestiegene PKW-Verkehr verstopft die Straßen.
- Das Stadtreinigungsamt kommt den Müllbergen nicht mehr hinterher.
- Es fehlen hunderte Kita-Plätze.

Auf Anfrage unserer Fraktion im Jahr 2025 kann der Magistrat nicht einmal beantworten, wie viele preisgebundene Wohnungen in den letzten Jahren geschaffen wurden. Und das obwohl sich die Koalition für die Einführung einer Sozialquote selbst lobt. Wenn Investoren diese Sozialquote jedoch umgehen, indem sie genau eine Wohnung unterhalb der ohnehin zu hohen Grenze von 50 Wohneinheiten planen, gibt es Lob statt Kritik.

Im Koalitionsvertrag versprochen Grüne, SPD und Gießener Linke / BSW, Wohnungen zu kaufen, um die „Mietpreise günstig zu halten“. Fünf Jahre später ist klar, dass die Stadt nicht eine einzige

Wohnung gekauft hat und von den 150 Sozialwohnungen, die die Koalition laut Koalitionsvertrag pro Jahr schaffen wollte, sind lediglich ein Bruchteil überhaupt geplant, geschweige denn gebaut. Das überrascht wenig, haben wir doch schlichtweg keine größeren Flächen mehr für die Wohnbebauung in unserer Stadt. Es bedarf daher neuer Konzepte, die über das stumpfe „bauen, bauen, bauen“ hinausgehen.

Unsere wichtigsten Forderungen im Bereich der Stadtentwicklung im Überblick

- Erarbeitung eines Masterplans zur Stadtentwicklung unter intensiver Einwohnerbeteiligung
- Ungenutzten Wohnraum aktivieren
- Leerstandsmanagement; Umwandlung
- Sanieren statt abreißen
- Verträgliche Nachverdichtung statt neuer Baugebiete im Außenbereich
- Versiegelungsstopp Begrünung Entsiegeln gegen Hitze und Starkregen
- Bauvorgaben für Klimaschutz und sozialen Wohnungsbau nutzen
- Wohnbau, Genossenschaften und alternative Wohnformen
- Stärkung der Dorfgemeinschaften in den Stadtteilen

Erarbeitung eines Masterplans zur Stadtentwicklung unter intensiver Einwohnerbeteiligung

Schon vor der letzten Wahl 2021 hatten wir konstatiert, dass Gießen eine Neuerstellung des Masterplans für die Stadtentwicklung benötigt. Die alte Version stammt aus dem Jahr **2004**, wurde ohne Bürgerbeteiligung auf Basis von inzwischen 25 Jahre alten Zahlen und Annahmen entwickelt und ging damals davon aus, dass Gießens Einwohnerzahl entweder stagnieren oder schrumpfen würde.

Aus unserer Sicht wird ein Masterplan als strategisches, langfristiges Konzept zwingend benötigt. Er führt mehrere Bereiche wie Wohnen, Mobilität, Wirtschaftsentwicklung, Klima- und Umweltschutz und soziale Infrastruktur zu einem Gesamtbild für die Stadt zusammen. Er bildet einen Rahmen und definiert ein Leitbild für die Stadtentwicklung in Gießen und verschafft damit für Politik und Verwaltung, aber auch für Bürgerinnen und Bürger und Investoren Klarheit über die langfristigen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung Gießens.

Dies ist auch deswegen besonders wichtig für Gießen, weil unsere Stadt deutlich dichter besiedelt ist als z. B. Marburg oder Wetzlar. Dementsprechend stehen auch nur noch wenige Flächen für die Entwicklung der Stadt zur Verfügung.

Natürlich haben wir in der ablaufenden Legislaturperiode den Antrag gestellt, einen neuen Masterplan zu erstellen. Und obwohl bereits die vorherige SPD-CDU-Grünen-Koalition dies in ihrem Koalitionsvertrag 2016 selbst vorgesehen, dies aber nicht umgesetzt hatte, sah auch die neue Koalition mit für uns eher fadenscheinigen Gründen keinerlei Veranlassung, hier tätig zu werden. Die zuständige Dezernentin verstieg sich zu verschiedenen Gelegenheiten tatsächlich zu der Aussage, dass Gießen doch einen gültigen Masterplan habe!

Und aus diesem veralteten Masterplan wurde in den letzten 20 Jahren immer und immer wieder dasselbe Argument für die Bebauungspläne herangezogen, nämlich dass Gießen Innenverdichtung bzw. Innenentwicklung wolle, statt in den Außenbereich zu gehen. Grundsätzlich ist dieser Ausrichtung durchaus zuzustimmen, wenn nicht dabei in den letzten Jahren vergessen worden wäre,

dass die Prämisse der modernen Stadtplanung die sog. **doppelte Innenentwicklung** ist. Und die doppelte Innenentwicklung berücksichtigt neben der baulichen Entwicklung eben zwingend auch die grünräumliche Entwicklung der Stadt, sprich die Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Nur ist diese Komponente in Gießen leider vielfach hinten runtergefallen. So hat die Versiegelung zugenommen, Freiflächen sind verschwunden – aus Sicht von Gigg ist ein massives planerisches Ungleichgewicht entstanden.

Daher ist für Gigg vollkommen klar – so schnell wie möglich muss in Gießen der Prozess angestoßen werden, einen auf aktuellen Daten und Rahmenbedingungen basierenden und den Anforderungen einer jungen Hochschulstadt mit einem Klimaneutralitätsbeschluss 2035Null genügenden Masterplan zu entwickeln. Und in diesen Prozess sollen alle relevanten Akteure involviert werden (Hochschulen, Wohnungsbaugesellschaften, Wirtschaft und Handel, Sozialträger, zivilgesellschaftliche Organisationen, Religionsgemeinschaften, Vereine etc.) – aber v. a. auch die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt. Als Beispiele hierfür können z. B. die Städte Pforzheim und Eschborn dienen, in denen neue Wege für die Integration der Bürger:innen in den Prozess der Masterplanentwicklung gegangen wurden.

Gigg schlägt weiterhin vor, sich am Beispiel von Ulm zu orientieren, das schon seit Längerem auch und gerade in der Stadtplanung auf die Digitalisierung setzt (sog. atmender Masterplan, der über Urban Digital Twins den Plan bzw. die Pläne mit Echtzeitdaten anpasst.)

Ungenutzten Wohnraum aktivieren

Existierenden aktuell aber ungenutzten Wohnraum wieder zu aktivieren, bietet in Gießen ein großes Potential, Menschen mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen. Gegenüber dem Neubau von Gebäuden bieten die im Folgenden genannten Konzepte zahlreiche Vorteile. Sie sind deutlich günstiger und schneller umzusetzen, sparen enorme Mengen an Treibhausgasemissionen ein, reduzieren weitere Flächenversiegelungen und können nebenbei auch einen Beitrag gegen Einsamkeit und das Auseinanderdriften der Gesellschaft leisten.

„Wohnen für Hilfe“ (Homeshare)

„Wohnen für Hilfe“ kann zur Lösung von zwei Problemstellungen beitragen. Einerseits leben immer mehr ältere Menschen in für sie eigentlich zu großen Wohnungen und spüren vielfach Einsamkeit. Andererseits suchen gerade in Gießen viele junge Menschen günstigen Wohnraum und könnten praktischen Unterstützung im Alltag, z.B. durch Einkaufen, Gartenarbeit oder Haushaltsaufgaben, beisteuern. Das Konzept, diese unterschiedlichen Lebenssituationen zum Vorteil beider zusammenzubringen, ist in vielen deutschen Kommunen, aber auch international erfolgreich erprobt. In Brüssel werden so beispielsweise jedes Jahr 400 Wohnpaare vermittelt. Auch eine Stadt wie Gießen kann dieses Modell gezielt fördern: durch Informationskampagnen, niedrigschwellige Vermittlungsplattformen und Beratung für interessierte Haushalte. So entstehen kostenfrei neue Wohnplätze, Menschen überwinden Isolation, und die Stadt nutzt ihre bestehenden Ressourcen effizienter.

Sicheres Vermieten

Zum Teil steht Wohnraum leer, weil sich die Vermieter aus verschiedensten Gründen nicht (mehr) trauen, die Wohnungen zu vermieten – zum Beispiel aus Angst, die Mieter könnten die Miete

irgendwann nicht mehr bezahlen und einen Auszug verweigern. Hier kann die Stadt als Vermittler einspringen und z. B. Mietgarantien aussprechen, das Mietverhältnis begleiten und eine etwaige zunächst notwendige Renovierung bezuschussen. In Karlsruhe werden so über 100 leerstehende Wohnungen pro Jahr wieder an den Markt gebracht.

Wohnungstausch / Wohnungsvermittlung

Weiteres Potential bietet auch die Unterstützung eines Wohnungstauschs. Viele ältere Menschen würden gerne in einer kleineren und ihren Bedürfnissen besser entsprechenden Wohnung leben, scheuen aber den Aufwand und die Kosten eines Umzugs, aber auch den Verlust ihrer häufig eher niedrigen Miete durch Einstieg in einen neuen Vertrag mit schlechteren Konditionen. Auch hier könnte ein niederschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot helfen, Wohnraum effizienter zu nutzen. Dies gilt insbesondere auch bei der Wohnbau Gießen.

Umbau und Wohnungsteilung

Eine Alternative zum Umzug kann auch ein Umbau und Wohnungsteilung sein. So können beispielsweise Obergeschosse von Einfamilienhäusern abgetrennt und mit einem neuen Zugang versehen werden.

Wohnraumagentur / Soziale Wohnraumvermittlung

All diese Modelle könnte Gießen zusammen mit weiteren Konzepten, wie der Unterstützung von gemeinschaftlichem und flächensparenden Wohnen, in einer neuen „Wohnraumagentur“ bündeln und mit einem Förderprogramm für die Reaktivierung von ungenutztem Wohnraum kombinieren.

Leerstandsmanagement

Laut den Ergebnissen des letzten Zensus in Hessen, stehen in Gießen über 1.800 Wohnungen dauerhaft leer. Und das in einer Stadt, in der bezahlbarer Wohnraum knapp ist. Sobald das Land Hessen anerkennt, dass der Wohnungsmarkt in Gießen angespannt ist, muss die Stadt eine Leerstandssatzung in Kraft setzen und spekulativen Leerstand konsequent sanktionieren. Bis dahin darf die Stadt jedoch nicht untätig bleiben und sollte zeitnah ein digitales Leerstandskataster aufbauen, um einen systematischen Überblick über leerstehende Immobilien zu erlangen. Ein niedrigschwelliger Leerstandsmelder sollte es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, leerstehende Immobilien zu melden, damit die Stadt proaktiv mit Eigentümern in Dialog treten und diese beraten und unterstützen kann. Dies gilt ebenso für gewerblichen Leerstand, bei dem die Umwandlung in Wohnraum zu prüfen ist. Auch ein Zweckentfremdungsverbot, das eine Umwandlung in Ferienwohnungen oder eine gewerbliche Nutzung ohne sozialen Nutzen ausschließt, muss auf den Weg gebracht werden.

Sanieren statt abreißen

Auch wenn ein großer Teil der durch ein Gebäude verursachten Treibhausgasemissionen im Betrieb verursacht werden, ist der Abriss alter und der anschließende Bau neuer Gebäude, keinesfalls klimafreundlich. Bei Neubauten können bis zu 60% der Emissionen über den gesamten Lebenszyklus

bereits beim Bau entstehen. Sinnvoller sind daher oft Sanierungen. Die Stadt soll daher mit gutem Beispiel vorangehen und Sanierungen wo immer möglich dem Neubau vorziehen. Darüber hinaus sollen Eigentümer, die einen geplanten Abriss bei der Stadt melden, dahingehend beraten und unterstützt werden, einen Abriss zu vermeiden. Zudem soll die Stadt künftig bilanzieren, wie viele Wohnungen pro Jahr gebaut und wie viele abgerissen werden, um ein holistisches Bild des Wohnungsmarktes zu erhalten.

Verträgliche Nachverdichtung statt neuer Baugebiete im Außenbereich

In Gießen stehen kaum noch größere Flächen für eine Wohnbebauung zur Verfügung. Eine Bebauung der landwirtschaftlichen Flächen rund um die Hardthöfe lehnen wir entschieden ab. Diese wurden jedoch vom Magistrat in den Entwurf des neuen Regionalplans für Mittelhessen aufgenommen, ohne dass die Stadtverordnetenversammlung vorab darüber informiert gewesen wäre.

Priorität zur Wohnraumschaffung muss daher die oben bereits beschriebene Aktivierung von bisher ungenutztem Wohnraum haben. Darüber hinaus kann insbesondere sozialer Wohnraum weiterhin durch eine verträgliche Nachverdichtung geschaffen werden. Ein gutes Beispiel hierfür sind insbesondere die Pläne der Wohnbau, bestehende Gebäude aufzustocken. Durch den sogenannten „Bau-Turbo“ (§ 246e BauGB) kann die Stadt nun auch leichter Dachausbauten, Umbauten und die Nutzung bereits versiegelter Hinterhöfe genehmigen.

Mehr Grünflächen, weniger Versiegelung

Gerade wenn die Stadt durch den Bau von Mehrfamilienhäusern weiter verdichtet wird, bedarf es eines Ausgleichs an anderen Stellen, um den Versiegelungsgrad der Stadt nicht weiter ansteigen zu lassen. Wir halten es daher für falsch, dass beispielsweise am Klingelbach wichtige Grün-/Retentionsflächen für einige wenige Einfamilienhäuser zerstört werden. Grünflächen sind zusammen mit Dach- und Fassadenbegrünungen essenziell, um den zu erwartenden zunehmenden Hitze- und Starkregenereignissen etwas entgegenzusetzen zu können. Diese müssen in Bebauungsplänen entsprechend festgesetzt und später kontrolliert werden.

Auch im öffentlichen Raum bedarf es weiterer Entsiegelung, der Anlage von Grünflächen und der Anpflanzungen von Stadtbäumen. Letztere benötigen einen ausreichend großen Wurzelraum, um das trockener werdende Klima bewältigen zu können. Regenwasser soll zunehmend in „Grüne Gullis“ zur Versickerung geleitet werden, um das Wasser zur Bewässerung und Kühlung in der Stadt zu halten. Dies ist insbesondere in den von Hitze besonders betroffenen Hot Spots zu priorisieren.

Wir möchten Gießen zudem (wie in Andernach) zu einer „essbaren Stadt“ entwickeln - z. B. durch Unterstützung bei der Errichtung von Hochbeeten auf Brachflächen, Parkplätzen und ungenutzten Baugrundstücken, sowie der Förderung von Gemeinschaftsgärten.

Bauvorgaben für Klimaschutz und sozialen Wohnungsbau nutzen

Über Bebauungspläne und städtebauliche Verträge kann die Stadt Einfluss darauf nehmen, was und wie auf dem Stadtgebiet gebaut wird. In der ablaufenden Legislatur wurde davon jedoch nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Fortschritte gab es zwar im Bereich der Photovoltaik-Nutzung, die jedoch nicht immer zum erwünschten Ergebnis geführt haben. So wurden auf der Philosophenhöhe PV-Anlagen errichtet, die im Schatten liegen, nur um die vorgeschriebene Quote zu erreichen. Hier

hätte es konkretere Vorgaben gebraucht, damit das gewünschte Ziel von möglichst viel Sonnenstrom auch erreicht wird. Weitere Themen, die stärker in Bebauungsplänen/Verträgen Berücksichtigung finden müssen, sind Mobilitätskonzepte, klimafreundliche Baumaterialien wie Holz und Naturdämmstoffe, Recyclingquoten und Rückbaumöglichkeiten, Regenwassernutzung für Toiletten und Grünflächen und Energiestandards.

Die Stellplatzsatzung ist ebenfalls ein wichtiger Hebel für mehr Klimaschutz, aber auch für geringere Baukosten und damit bezahlbareres Wohnen. Mehr dazu haben wir in unserem Verkehrsprogramm geschrieben.

Auch die Sozialquote ist ein wichtiges Instrument, das jedoch von Bauträgern umgangen wurde, indem Bauprojekte genau eine Wohnung unter der Grenze von 50 Wohneinheiten geplant wurden. Hier halten wir eine deutliche Absenkung der Grenze für notwendig, da ohnehin nur noch kleinere Flächen für eine Bebauung zur Verfügung stehen.

Wohnbau, Genossenschaften und alternative Wohnformen

Gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie Genossenschaften und die kommunale Wohnbau spielen eine wichtige Rolle bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Noch vorhandene städtische Flächen sollen vorrangig für soziale, ökologische und nachhaltige Wohnprojekte genutzt werden. Um dieses umzusetzen, fordern wir ein besonderes Vorkaufsrecht, damit die Stadt einfacher an Wohnungen und Grundstücke gelangen kann. Diese sollen primär über Erbpachtverträge an Wohnprojekte vergeben werden, die Individualflächen zugunsten von Gemeinschaftsflächen minimieren.

Einen Fokus möchten wir auch auf die Schaffung von altersgerechten Wohnungen in Quartieren mit einem hohen Anteil von Einfamilienhäusern legen. Viele Senioren wären zwar bereit, aus ihrem für sie inzwischen zu groß gewordenen Haus auszuziehen, möchte jedoch nicht ihre Nachbarschaft aufgeben. Seniorengerechte Angebote in diesen Quartieren haben das Potential, Einfamilienhäuser für Familien freizumachen.

Stärkung der Dorfgemeinschaften in den Stadtteilen

Auch wenn Gigg nicht in den Ortsbeiräten Gießens vertreten ist, sind die Bedürfnisse der Mitbewohner:innen aus Lützellinden, Klein-Linden, Allendorf, Rödgen, Wieseck und Petersweiher und deren Berücksichtigung auch in der politischen Arbeit wichtig für uns. Die vielfältige Vereinslandschaft in den Ortsteilen hat eine große Bedeutung für Gießen und prägt unsere bunte Stadt wesentlich mit.

Daher unterstützen wir alle Initiativen in und für die Ortsteile, deren Ziel es ist,

- die Nahversorgung sicherzustellen,
- die Ortskerne zu revitalisieren,
- die Dorfgemeinschaften und deren soziale Strukturen zu stärken,
- das Zusammenleben vor Ort zu fördern
- und die lokale Identität zu bewahren bzw. weiterzuentwickeln.

Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren aus den Reihen der Ortsbeiräte artikuliert, dass sie sich nicht ernstgenommen und wertgeschätzt fühlen. Anfragen aus ihren Reihen wurden gar nicht oder nur extrem spät beantwortet, Beschlüsse nicht umgesetzt. Dies deckt sich mit unseren Erfahrungen im Parlament, so dass es ein wichtiger Ansatz von Gigg sein wird, hier einen neuen Stil des Umgangs miteinander zu etablieren.

Eine wichtige Rolle soll dabei spielen, dass sich Gigg wie schon in der vergangenen Legislatur für eine transparentere Dokumentation von Anfragen und Beschlüssen einsetzen wird – sowohl im Stadtparlament als auch in den Ortsbeiräten. D. h. sowohl die Gießener:innen als auch die Ortsbeiratsmitglieder und Stadtverordneten sollen möglichst leicht nachvollziehen können, welche Anträge und Anfragen gestellt und welche Beschlüsse gefasst wurden und wie der aktuelle Status ist (Wann wurden Anträge und Anfragen gestellt? Wurden die Anfragen beantwortet? Wurden Beschlüsse umgesetzt? etc.). Hierzu hatte unsere Fraktion einen Antrag gestellt, der von der Koalition abgelehnt wurde – mit der vorgeschobenen Begründung, wir wollten ein „Bürokratiemonster“ schaffen.

Mit Beginn der neuen Legislatur wird es für die Stadtverordneten und Ortsbeiräte auch ein neues Mandatsinfosystem geben. Gigg wird sehr genau prüfen, inwieweit dieses einen wesentlichen Beitrag zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der politischen Arbeit leistet und somit auch die begründeten Anliegen der Ortsbeiräte in ausreichendem Maß unterstützt.

Abfall und Sauberkeit

Auf dem Weg zur sauberen Zero Waste-Stadt

Status Quo

Wer die Gießener Stadtpolitik in den vergangenen fünf Jahren verfolgt hat, weiß, dass es **in Bezug auf eine zukunftsgerichtete Abfallwirtschaft fünf verlorene Jahre für die Stadt Gießen** waren. Eine strategische Auseinandersetzung mit dem Thema Abfall fand in den letzten Jahren überhaupt nicht statt, passend dazu gibt es für Gießen weder konkrete Abfallvermeidungsziele noch eine Abfallstrategie. Selbst ein aufgrund eines Antrags unserer Fraktion erfolgter Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, dass der Magistrat über die Abfallwirtschaft in Gießen (Entwicklung der Abfallzahlen, Aufgabenteilung mit dem Landkreis, Verträge mit Dienstleistern etc.) berichten möge, wurde von der zuständigen Dezernentin ignoriert.

Zahlen zu Abfallmengen in Gießen und deren Entwicklung wurden seit Jahren nicht veröffentlicht, erst eine Anfrage unserer Fraktion hat dazu geführt, dass die Mengen überhaupt vom Magistrat benannt wurden – und siehe da, die Restabfallmengen in unserer Stadt sind von 2019 bis 2024 um über 30 % gestiegen. Wenn man dann gegenüberstellt, dass im selben Zeitraum die Anzahl der besetzten Stellen in der Müllentsorgung gesunken ist, versteht man, woher die Probleme bei der Abfallbeseitigung/Sauberkeit in Gießen kommen und wieso dies auch in der Verantwortung des Magistrats liegt.

Während die Stadt immer stärker vermüllte und der Magistrat zu wenig dagegen unternahm, durften sich ehrenamtlichen Aktivistinnen und Aktivisten des Clean up walks, die dankenswerterweise regelmäßig Müllsammelaktionen organisieren, über den städtischen Umweltpreis freuen. .

Dass auch die Kommunikation der Stadt in Richtung Bürger:innen und Unternehmen zu dem Thema deutlich verbesserungswürdig ist, braucht an dieser Stelle fast schon nicht mehr erwähnt werden.

Daher wollen (und müssen) wir in den kommenden fünf Jahren der Abfallwirtschaft eine deutlich höhere Priorität in der Stadtpolitik einräumen.

Unsere Vision

Gießen soll eine lebenswerte Vorbildkommune werden, die deutlich sauberer und nachhaltiger wird und sich danach ausrichtet, Ressourcen zu schonen, Abfälle zu vermeiden und die Kreislaufwirtschaft konsequent umzusetzen. Und sie soll auch in der Abfallwirtschaft viel stärker auf Digitalisierung setzen.

Wir wollen uns dabei an den Konzepten und Erfahrungen derjenigen Kommunen orientieren, die europaweit Vorreiter sind. **Daher soll Gießen Mitglied bei Zero Waste Europe werden.** Über 400 Städte allein in Europa haben sich bereits auf den Zero-Waste-Weg begeben. Diese Kommunen verfolgen einen systemischen Ansatz, der weit über klassische Abfallwirtschaft hinausgeht – hin zu **Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung, digitaler Vernetzung** und **neuen Konsummustern**. Viele skandinavische Kommunen sind hier deutlich weiter als Gießen, aber auch in Deutschland sind Städte wie Kiel, München, Leipzig Vorreiterkommunen (<https://zerowastegermany.de/zero-waste-cities>), von deren Erfahrungen und Vorarbeiten unsere Stadt profitieren könnte und sollte.

Folgende Maßnahmen und Ansätze wollen wir daher in der kommenden Legislaturperiode verfolgen:

Sauberkeit in der Stadt muss Priorität haben

- Die Personalstärke im Stadtreinigungs- und Fuhramt muss zeitnah dem Bedarf einer stark gewachsenen Stadt angepasst werden.
- Es sollten schrittweise mehr **öffentliche Recyclingstationen** und **intelligente Müllbehälter** (zur digitalen Erfassung des jeweiligen Füllstands, wodurch die Koordination der Abholung erleichtert wird) aufgestellt werden – mit dem Schwerpunkt auf der Gießener Innenstadt und den dortigen Grünflächen (Theaterpark, aber auch Lahnufer etc.).
- Die entsprechenden Maßnahmen sollen durch **Anti-Littering-Kampagnen** und Bußgeldkontrollen unterstützt werden.

Abfallvermeidung als strategisches Ziel

- Im Zusammenhang mit der oben bereits beschriebenen Mitgliedschaft bei Zero Waste Europe sollte die Entwicklung eines kommunalen **Zero-Waste-Aktionsplans** mit klaren Etappenzielen ganz oben auf der Prioritätenliste stehen.
- Wichtig sind zudem die Etablierung und regelmäßige Veröffentlichung von **abfallspezifischen Kennzahlen**, die die Erreichung der Ziele messen.
- Wir setzen auf die konsequente **Vermeidung von Einwegplastik** bei städtischen Veranstaltungen sowie auf die Förderung von **Mehrweg-Systemen** in Gastronomie, Handel und öffentlichen Einrichtungen durch die Umsetzung des von unserer Fraktion initiierten Beschlusses zur Verpackungssteuer (analog zu Tübingen).
- Die Einrichtung von **Repair-Cafés** (z. B. auch in möglichen Leerständen in der Innenstadt) , Tauschbörsen und Second-Hand-Initiativen soll unterstützt werden. Zudem soll die Förderung von **Upcycling-Projekten** und Start-ups im Bereich nachhaltiger Materialien geprüft werden, ebenso wie die Aufnahme **verpflichtender Recyclingquoten** in kommunalen Bauprojekten.
- In den Schulen und Kitas kann das Ziel durch die Durchführung von Bildungsprogrammen zum müllarmen Leben unterstützt werden.
- Zu Unterstützung der möglichst effizienten Abfallvermeidung soll zudem die Kommunikation mit den größten Arbeitgebern und Abfallproduzenten (Hochschulen, UKGM etc.) intensiviert werden, um mögliche gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren.
- Wir wollen zudem zeitnah prüfen, wie auch im Bereich der Abfallwirtschaft die Erreichung der Reduktionsziele durch Digitalisierung effizient unterstützt werden kann.
- Viele Photovoltaikanlagen in Gießen erreichen nach über 20 Betriebsjahren das Ende ihrer EEG-Förderung – technisch sind die Module jedoch oft noch voll funktionsfähig. Statt sie zu entsorgen, werden diese Ü20-Module geprüft, aufbereitet und als Balkonkraftwerke weitergenutzt. Das spart Ressourcen, senkt Kosten und macht die Energiewende lokal erlebbar. Eine lokale, von der Stadt geförderte Initiative, unterstützt durch freiwillige Experten (z.B.: Makerspace Elektroniker, SolarLostenGießen...) und interessierten Mitbürgern

kann somit eine smarte, nachhaltige und bezahlbare Lösung für Gießen generieren– und bringt die Energiewende kostengünstig und bürgernah voran.

Machbarkeitsstudie für die Einführung des Verursacherprinzips

Eine wesentliche Initiative wollen wir in der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf die Einführung des Verursacherprinzips (PAYT – „pay as you throw“) starten. Hierfür wollen wir eine Machbarkeitsstudie beantragen.

Hierbei geht es darum, dass die sich die Kosten für die Abfallentsorgung an den tatsächlich produzierten Mengen bzw. Volumina der zu entsorgenden Abfälle orientieren. Diese z. B. im Landkreis Aschaffenburg bereits seit 20 Jahren praktizierte Modell bringt neben einem wichtigen Beitrag zu Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz verschiedene weitere Vorteile mit sich:

- PAYT setzt einen finanziellen Anreiz für die Getrennterfassung von Wertstoffen. So steigen im Landkreis Aschaffenburg seit rund 20 Jahren die entsprechenden Erfassungsquoten im Vergleich zu Kommunen ohne PAYT. Gleichzeitig sinken die Restabfallmengen, was dementsprechend auch zu geringeren Kosten für deren Entsorgung führt.
- Die Einführung von PAYT setzt einen starken Anreiz für Verhaltensänderungen bei Bürger:innen, da jede zusätzliche Abfalleinheit Kosten verursacht (z. B. mehr Kompostierung, weniger Einwegprodukte etc.). Diese Verhaltensänderung könnte auch dadurch unterstützt werden, indem ein **Prämienmodell** für Haushalte eingeführt wird, die besonders wenig Restmüll produzieren.

Modernisierung der Gießener Abfallwirtschaft

Die Digitalisierung wird auch die kommunale Abfallwirtschaft in den kommenden Jahren tiefgreifend verändern – sowohl bei der Sammlung als auch bei der Sortierung und Verwertung von Abfällen bzw. Wertstoffen.

Moderne **Smart-City-Konzepte** integrieren Daten, Sensorik, KI und automatisierte Prozesse, um Ressourcen effizienter einzusetzen, Kosten zu senken und ökologische Ziele zu erreichen. Klar ist daher, dass die Verknüpfung von Abfallwirtschaft und Smart City-Strategien in nicht allzu ferner Zukunft Standard sein wird. Gigg wird sich daher auf Basis der konkreten Rahmenbedingungen in der Abfallwirtschaft der Stadt und des Landkreises Gießen dafür einsetzen, hier deutlich innovativer aufzutreten.

Die folgenden wenigen Beispiele sollen die Zielrichtung für Gigg veranschaulichen:

- **Der Einsatz von Internet-of-things-Sensorik in der Abfallwirtschaft ermöglicht die intelligente Überwachung von Abfallströmen und -mengen ebenso wie die Datenerhebung und -verarbeitung**
Die Schlüsseltechnologie hierzu sind dabei Abfallbehälter mit Füllstandsensoren (sog. **smart bins**). Dabei melden Sensoren in Echtzeit, wann ein Behälter einen Füllstand erreicht hat, der eine Abholung erforderlich macht.
- **Die intensivierte Nutzung von Datenanalyse & KI führt zu smarterer Logistik und verbesserten Prognosen**

Die Informationen aus den o. g. smart bins können mit Hilfe von KI mit historischen Abholdaten verknüpft und analysiert werden, um so die Routenplanung und den Ressourceneinsatz (Fahrzeuge, Energie und Personal) zu optimieren.

- **Smart City-Ansätze ermöglichen auch die Verbesserung der Kommunikation**

So kann z. B. die Einführung digitaler Bürgerplattformen entscheidend dazu beitragen, die Informationen über Abholtermine und zulässige Entsorgungswege zu verbessern, Abfallstatistiken zu dokumentieren und Awareness-Kampagnen zu unterstützen.

Verbesserung der Transparenz und Kommunikation / Bürgerbeteiligung

- Die aus Sicht von Gigg zwingend bevorstehenden Veränderungen bedürfen einer guten und ausgeprägten Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Unternehmen und Institutionen. Wie oben bereits geschildert sehen wir hierbei deutliches Verbesserungspotenzial. Die Veröffentlichung regelmäßiger **Abfallberichte** mit wichtigen Kennzahlen, aber auch die Vermittlung der Abfallziele sind hier essentiell.
- Bekanntermaßen ist das Thema Bürgerbeteiligung eines der Kernthemen für Gigg. Dementsprechend sehen wir auch im Bereich Abfall eine gute Gelegenheit, das Thema durch die Einrichtung eines **Zero-Waste-Beirats** mit Bürger:innen, Unternehmen und Umweltverbänden voranzubringen.

Sport

Bewegung, Gesundheit und klimafreundliche Infrastruktur zusammen denken

Einleitung

Bewegung ist eine zentrale Säule kommunaler Gesundheitsvorsorge. Wir wollen Bewegung im Alltag stärken – als Beitrag zu Gesundheit, Lebensqualität und Klimaschutz. Sport- und Bewegungsangebote sollen für alle Generationen niedrigschwellig erreichbar sein: wohnortnah, barrierearm und bezahlbar. Wir setzen uns für einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Sportstätten und das Schaffen attraktiver Bewegungsorte im Freien ein. Sportpolitik denken wir dabei auch als Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung: Wer sicher zu Fuß oder mit dem Rad Wege zur Arbeit, zur Schule, zu Freizeitaktivitäten zurücklegt, bewegt sich mehr, spart Emissionen und stärkt zugleich die eigene Gesundheit.

Sportentwicklungsplan zügig umsetzen

Mit dem neuen Sportentwicklungsplan liegt eine fachlich fundierte und breit angelegte Grundlage für die Weiterentwicklung von Sport- und Bewegungsräumen im Freien vor. Positiv bewerten wir den Prozess mit Bestandsaufnahmen, Workshops, Befragungen und öffentlichen Dialogformaten, an dem viele Akteure im Bereich Sport (Sportamt, Sportvereine, Schulen, Hochschulen) beteiligt wurden. Der Plan zeigt klar, wo Stärken liegen – und wo Engpässe bestehen (z. B. ungleiche Versorgung in Stadtteilen, fehlende Öffnung bzw. Mehrfachnutzung von Sportstätten, schlechte Rad- und Fußweganbindung, geringe Kooperation Stadt–Universität). Entscheidend ist nun, dass aus der Analyse konkrete Politik wird: Der Sportentwicklungsplan muss Schritt für Schritt umgesetzt, finanziert und regelmäßig überprüft werden. Das lange Warten auf ein Flutlicht im Waldstadion oder auf einen adäquaten Platz mit Sportheim für Türkiyemspor führt dazu, dass von Akteuren im Sport eine zu große Diskrepanz zwischen Reden und aktivem Handeln wahrgenommen wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zügig und verbindlich angegangen werden – mit besonderem Fokus auf folgende Punkte:

Wohnortnahe Bewegungsorte ausbauen – besonders in unterversorgten Quartieren

Mehr attraktive, gepflegte und vielfältige Outdoor-Angebote in allen Stadtteilen (z. B. Calisthenics, Skateparks, Tischtennis, Parcours), damit Bewegung nicht vom Auto oder Vereinszugang abhängt.

Vereine gezielt stärken

Verlässliche Rahmenbedingungen für den organisierten Sport durch eine moderne und bedarfsgerechte Sportstätteninfrastruktur sowie durch Unterstützung bei Kooperationen mit Schulen, Kitas und Hochschulen.

Öffentliche Sportstätten besser zugänglich machen (Mehrfachnutzung)

Kommunale Anlagen sollen – wo möglich – außerhalb belegter Zeiten auch für selbstorganisierten Sport nutzbar werden. Das erhöht Auslastung, Teilhabe und Gesundheitswirkung.

Schulhöfe und Schulsportflächen gezielt öffnen

Wenn möglich sollen Schulhöfe und Freiflächen außerhalb der Schulzeiten nutzbar sein. Das stärkt die wohnortnahe Bewegung für Kinder und Jugendliche.

Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität stärken

Wir wollen gemeinsam mit der Universität Lösungen erarbeiten, um den Zugang zu universitären Sportstätten (am Campus Kugelberg) für Vereine, Schulen und öffentliche Angebote stärker zu öffnen und wissenschaftsorientierte Unterstützung von Trainingsbedingungen und Betreuungsstrukturen in den Vereinen zu fördern.

Bewegungsförderung und Verkehr zusammen planen

Wir setzen uns für ein zusammenhängendes Netz sicherer Geh- und Radwege ein – als zentrale Maßnahme der Bewegungsförderung in Gießen.

Weitere wichtige Ansätze

Wichtig ist uns außerdem, dass wir auch im Sportbereich Vorhaben mit anderen uns wichtigen Aspekten verbinden.

- So ist es für uns klar, dass jede größere Investition in Sportstätten künftig nach Nachhaltigkeitskriterien geplant werden soll – mit Flächensparen, klimaangepasster Gestaltung und ressourcenschonenden Materialien.
- Und wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommunikation der Ämter (in erster Linie Sport-, Garten- und Hochbauamt) mit den Vereinen verbessert wird. Wir erhalten hier Rückmeldung aus der lokalen Sportszene, dass sie sich und ihr wichtiges Engagement nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen

So verbinden wir Sportförderung, Gesundheitsvorsorge und Klimaschutz zu einer modernen Sportpolitik für Gießen.

Digitalisierung

Einleitung

Durch die rasante Entwicklung in der Informations- und Kommunikationstechnologie und die stetig steigende Komplexität in diesem Bereich sind auch die Anforderungen für die Kommunalverwaltungen massiv gestiegen und werden dies weiter tun. Die städtische IT wird daher in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen und einen entscheidenden Beitrag für die Entwicklung unserer Stadt leisten.

Die übergeordneten Ziele von Gigg im Zusammenhang mit der Digitalisierung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung konsequent vorantreiben und eine moderne, sichere und effektive Verwaltung schaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen und Institutionen in unserer Stadt hervorragende Dienstleistungen bietet.
- Wir wollen möglichst umfassend medienbruchfreie digitale Prozesse umsetzen und damit auch das Potenzial der IT nutzen, Personalmangel zu puffern und Personalkosten nachhaltig zu reduzieren.
- Wir setzen auf kommunale IT-Kompetenz statt Abhängigkeit von globalen Konzernen.

Wichtig ist uns dabei, eine koordinierte Zusammenarbeit der städtischen IT mit den IT-Dienstleistern, wie beispielsweise der ekom21, an der die Stadt beteiligt ist. Dabei geht es darum, auf allen Ebenen des kommunalen Handelns gut abzustimmen, in welchen Bereichen besser auf vorhandene Strukturen und die umfassenden Erfahrungen von ekom21 (oder weiterer IT-Dienstleister) zurückgegriffen werden soll, um interne Ressourcen zu schonen, und in welchen Bereichen diese Strukturen bzw. Leistungen besser intern aufgebaut bzw. aufrechterhalten werden sollten.

Digitale Souveränität

Spätestens seit dem zweiten Amtsantritt Trumps im Jahr 2025 ist klar, dass die amerikanische Regierung alle Optionen in Erwägung zieht, um ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen gegenüber ausländischen Mächten (d. h. auch der EU) durchzusetzen. Hierzu zählt auch das Thema IT.

Leider gibt es Anfang 2026 auch auf der Ebene der Kommunalverwaltungen immer noch eine sehr hohe Abhängigkeit von nordamerikanischen IT-Unternehmen – sei es bezogen auf die Hardware, auf die Bereitstellung von Software oder auf mannigfaltige IT-Dienstleistungen.

Es ist daher unsere Überzeugung, dass auch die Stadtverwaltung Gießen schnellstmöglich Schritte in die Wege leiten muss, diese Abhängigkeit zu minimieren und so die digitale Souveränität voranzubringen.

Bundesdeutscher Vorreiter in puncto digitale Souveränität ist u. a. das Land Schleswig-Holstein, das 2024 eine umfangreiche **Open Innovation und Open-Source-Strategie** veröffentlicht hat und dessen Umsetzung vorantreibt (flächendeckende Einführung von Linux und damit Ablösung von Windows bis Ende 2026, grundsätzliche Offenlegung der Quellcodes von mit öffentlichen Mitteln entwickelten IT-Anwendungen etc.).

Auch auf der kommunalen Ebene wird diese Strategie mit Nachdruck umgesetzt.

- So unterstützt das Land über Plattformen wie DigitalHub.SH aktiv Kommunen, Unternehmen, Vereine, um Open-Source-Lösungen zu implementieren und die digitale Souveränität auf lokaler Ebene zu stärken.
- Zusätzlich hat der IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) 2025 die „Strategie für eine digitale kommunale Verwaltung bis 2030“ verabschiedet, deren Ziel es ist, eine standardisierte, vernetzte und souveräne digitale Infrastruktur in kommunalen Verwaltungen zu erreichen.

Auch für Gigg steht dieses Thema sehr weit oben auf der Agenda. Leider wurde ein entsprechender Antrag unserer Fraktion im November 2025 abgelehnt – ohne ein Wort der Begründung durch die Koalition. Dennoch wollen und werden wir das Thema zeitnah wieder aufgreifen. Es geht uns dabei darum

- eine Bestandsaufnahme der bestehenden IT-Landschaft der Stadtverwaltung Gießen sowie (falls aufgrund der Vernetzung sinnvoll und erforderlich) der kommunalen Eigenbetriebe v. a. im Hinblick auf vorhandene Abhängigkeiten, Cloudaktivitäten, proprietäre Systeme, die Vertragssituation etc. durchführen zu lassen,
- eine Prioritätenliste für die Migration zentraler Dienste (Dokumentenmanagementsystem, E-Mail etc.) auf Open-Source-Lösungen bzw. für die Abschaffung kritischer proprietärer Systeme zu erstellen,
- den erforderlichen verwaltungsinternen Kompetenz-Aufbau zu forcieren und
- weitere technische, organisatorische und personelle Maßnahmen auf dem Weg zur Erreichung der digitalen Souveränität ausarbeiten lassen.

IT-Sicherheit

Mit dem Thema digitale Souveränität eng verknüpft ist auch das Thema IT-Sicherheit. Die Risiken durch Cyberangriffe sind enorm und gehen bis hin zu einer vollständigen Lähmung kommunalen Handelns. Täglich finden Angriffe auf Kommunen und deren IT-Infrastrukturen statt, kommunale IT-Dienstleister gelten als Hochrisikoziele, weil sie viele Kommunen gleichzeitig betreuen und so bei einem erfolgreichen Angriff deutlich mehr Schaden angerichtet werden kann als bei einem Angriff auf einzelne Kommunalverwaltungen.

Der leider erfolgreiche Angriff auf einen kommunalen IT-Dienstleister in Siegen im Oktober 2023 hat vor Augen geführt, welche dramatischen Folgen eine Attacke für die Kommunalverwaltungen, aber auch für die Bürger:innen und Unternehmen haben kann. Die Systeme von mehr als 70 Kommunen im Siegerland mussten damals komplett abgeschaltet werden, mit Auswirkungen auf alle von diesen erbrachten Leistungen (Steuererhebung, Auszahlungen von Sozialleistungen etc.). Die so verursachten Schäden waren immens.

Die Etablierung der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) in den vergangenen Jahren, hat auch einen erheblichen Einfluss auf die IT-Sicherheit.

Auf der einen Seite ermöglicht es der Einsatz von KI, z. B. Bedrohungen bzw. Angriffe schneller zu erkennen und abzuwehren, Reaktionszeiten massiv zu verkürzen und kompromittierte Geräte zu isolieren.

Auf der anderen Seite nutzen auch die Angreifer KI, um ihre Angriffe zu beschleunigen, Schwachstellen besser zu erkennen und Malware zu produzieren, die ihre Signaturen ändern.

Dementsprechend wird für Gigg das Thema Cybersicherheit in der nächsten Legislaturperiode höchste Priorität besitzen. Dies betrifft alle Ebenen der Kommunalverwaltung sowie der kommunalen Eigenbetriebe:

- die technische Ausstattung (siehe Unterkapitel „digitale Souveränität“)
- die personelle Ausstattung der IT-Abteilung
- die Erarbeitung bzw. Aktualisierung von Richtlinien für die Mitarbeitenden und
- die erforderliche Weiterbildung der Verwaltungsmitarbeitenden

IT-Dienstleistungen für alle und Beibehaltung von (analogen) Alternativen

Für Menschen ohne einschlägige IT-Erfahrung sollten niederschwellige Angebote offeriert werden, um sie im Umgang mit neuen Medien zu schulen. Ehrenamtliche Unterstützungsangebote sollten ausgebaut und stärker beworben werden - mit dem Ziel, Hemmschwellen und Ängste vor moderner Informationstechnologie abzubauen.

Menschen, die sich mit der modernen Informationstechnologie gar nicht auseinandersetzen möchten (insbesondere die ältere Generation), müssen weiterhin analoge Wege geboten bekommen, kommunale Dienstleistungen uneingeschränkt in Anspruch zu nehmen.

Künstliche Intelligenz

Der Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ (KI) in der kommunalen Verwaltung ist keine verrückte Zukunfts-Utopie, sondern eine Notwendigkeit, um mit den wachsenden Anforderungen, bei gleichzeitigem finanziellem Druck und fehlenden bzw. wegfallenden Fachkräften überhaupt noch ausreichend handlungsfähig zu sein.

KI wird daher in den kommenden Jahren zu einem unerlässlichen Werkzeug, das sinnvoll und kontrolliert eingesetzt dazu beitragen wird, die Effizienz, Qualität und Transparenz kommunaler Leistungen zu stärken, ohne die Verantwortung des Menschen zu ersetzen. Sie kann ihr Potential vor allen Dingen dort entfalten, wo Prozesse Kontextwissen, Interpretation (z. B. bei der Analyse unstrukturierter Daten und bei der Dokumentenerkennung) oder Prognosen erfordern. Dresden nutzt beispielsweise Datenmodelle für die Prognose von Schul- und Kitaplätzen.

Durch die (Teil-)Automatisierung von Routineaufgaben befreit KI die Mitarbeitenden von repetitiven Aufgaben und schafft Freiräume für wichtigere Aufgaben. Auch intelligente Steuerungssysteme, wie z. B. im Bereich des Energieverbrauchs oder der Verkehrssteuerung, sind ein wichtiges Einsatzfeld.

In der Kommunikation der Verwaltung nach außen kann KI zu einer Erhöhung der Transparenz durch eine unterstützte Berichtserstellung genutzt werden. Chatbots, die zu jeder Tages- und Nachtzeit in mehreren Sprachen verständliche Auskünfte erteilen, machen die Stadtverwaltung für alle zugänglicher und effizienter. Einige Städte wie Berlin und Krefeld bieten bereits KI-gestützte Gebärdensprach-Avatare an. KI erleichtert so den Zugang zur Verwaltung für alle, unabhängig von Uhrzeit, Sprache oder Handicap.

Unser Ziel ist ein gemeinwohlorientierter Einsatz von KI, der Innovation ermöglicht, ohne rechtliche oder ethische Standards zu unterlaufen. Daher fordern wir die frühzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, um einerseits Anforderungen an den Nutzen neuer Tools gemeinsam zu definieren, andererseits aber auch Grenzen und ethische Fragestellungen zu reflektieren. Einige Vorreiterstädte haben bereits Ethikbeiräte für den KI-Einsatz auf kommunaler Ebene eingerichtet. Diese prüfen Anwendungen beispielsweise schon vor der Einführung und helfen, Vertrauen in einen verantwortungsvollen Umgang mit KI aufzubauen.

Für dieses Vertrauen ist es ebenso wichtig, den Einsatz von KI-Systemen offen zu kommunizieren. Etwa über ein kommunales KI-Register, in dem verständlich dargestellt wird, welche Aufgaben ein System übernimmt und auf Grundlage welcher Daten diese arbeiten.

Klar ist für uns zudem, dass es durch den Einsatz von KI nicht zu neuen Abhängigkeiten von großen (außereuropäischen) Konzernen kommen darf. Die Stadt muss daher auf selbst gehostete Systeme, offene Standards, kommunale Kooperationen und datenschutzkonforme Infrastrukturen setzen. KI-Kompetenz muss intern durch gezielte Schulungen für Mitarbeitende aufgebaut werden, um einerseits das Potenzial von KI auszunutzen und andererseits Risiken zu minimieren.

Klima- und Umweltverträglichkeit

Digitale Technologien sind heute schon für 3,6 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs verantwortlich - wäre das Internet ein Land, stünde es auf Platz 6 der Liste der Staaten mit dem größten Stromverbrauch. Aspekte des Klima- und Umweltschutzes sind daher auch für die Beschaffung, die Nutzung und die Entsorgung von Informationstechnologie von hoher Relevanz und sind somit Teil unserer Agenda.

Dabei geht es um

- möglichst geringen Energie-/Stromverbrauch
- Langlebigkeit
- Recycling- und Reparaturfähigkeit
- nachhaltige Produkte, Softwarelösungen und IT-Infrastruktur

Auch auf der fachlichen Ebene ist die Arbeit ohne Digitalisierung in vielen Fällen längst nicht mehr denkbar. Es würde jedoch den Rahmen sprengen, den potenziellen Nutzen der Digitalisierung sowie die jeweiligen Strategien für die wesentlichen Anwendungsbereiche (Verkehr, Stadtplanung, Abfallwirtschaft, Energie, Smart City etc.) zu skizzieren.

Diese finden sich daher zum Teil in einzelnen Themenbereichen unseres Wahlprogramms.

Weitere Gigg-Forderungen

- Wir setzen uns für die Stärkung von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten ein, um die Bürgerbeteiligung zu stärken. Beispiele hierfür finden sich in vielen anderen Kommunen – wie z. B.
 - onlinegestützte Bürgerhaushalte, in denen Bürger die Haushaltspläne einsehen, einzelne Posten bewerten, aber auch eigene Vorschläge einbringen können (z. B. in Bonn oder Jena)
 - oder themenspezifische Online-Diskussionen zu Planungs- und Infrastrukturprojekten wie in Hamburg.
- Wir wollen die Umsetzung des Once-Only-Prinzips für Bürger:innen und Unternehmen (Daten müssen nur einmal angegeben werden und werden von der Verwaltung intelligent weitergenutzt - das spart Zeit, reduziert Bürokratie und verhindert doppelte Wege), wobei es sich dabei um eine Möglichkeit handelt, der die Gießenerinnen und Gießener aktiv zustimmen müssten (per sog. Opt-in).
- Die Homepage der Stadt Gießen bedarf einer grundlegenden Überarbeitung - sowohl in Bezug auf die Inhalte, aber vor allem in Bezug auf die Benutzerfreundlichkeit und die Möglichkeiten der Bürgerinformation und der Bürgerbeteiligung.

Bildung

Einleitung

Bildung und lebenslanges Lernen sind essentiell für eine nachhaltig positive soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft. Unser Leitbild im Bereich Bildung ist es daher, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, ihrem Alter und ihren finanziellen Möglichkeiten die Chance bekommen, eine umfassende Bildung zu erhalten, um so ihre Potenziale entfalten zu können.

Hierzu ist eine vielfältige Bildungs- und Weiterbildungslandschaft in Gießen erforderlich:

- Kitas von verschiedenen kommunalen, freien und gemeinnützigen Trägern mit modernen pädagogischen Konzepten, einem möglichst niedrigen Betreuungsschlüssel und sozial gestaffelten Gebühren,
- modern eingerichtete und ausgestattete Schulen, die möglichst vielen Kindern eine Ganztagesbetreuung anbieten können, die sowohl Inklusion als auch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ermöglichen und den Kindern über den reinen Unterricht hinaus Räume und Flächen für Spiel und Kommunikation zur Verfügung zu stellen,
- Volkshochschulen und Familienbildungsstätten mit einem breiten Spektrum an Weiterbildungsangeboten (mit weiter ausgebautem E-Learning), auch für Menschen mit Migrationshintergrund,
- Bibliotheken mit langen Öffnungszeiten,
- aber auch moderne Lernorte wie Lerncafés, Makerspaces, digitale Lernzentren
- etc.

Insbesondere die vorschulische und schulische Bildung spielt dabei eine wesentliche Rolle, um der sozialen Spaltung frühzeitig entgegenzuwirken. Ebenso wichtig ist die Barrierefreiheit der Angebote, um alle Bevölkerungsgruppen in die Bildungsangebote einbeziehen zu können.

Wichtig sind für uns auch verschiedene Rahmenbedingungen v. a. in den Schulen und Kitas:

- das Angebot einer gesunden, regionalen, ökologisch nachhaltigen und gut schmeckenden Verpflegung, die auch Rücksicht auf besondere Anforderungen wie beispielsweise bei Zöliakie nimmt
- eine nachhaltige, klimagerechte Bauweise bei Sanierungen und Neubauten
- barrierefreie Zugänge zu den Klassen, aber auch zu Toiletten und Bädern
- eine gute und sichere Erreichbarkeit der Einrichtungen mit Rad und ÖPNV
- eine gut ausgestattete Sozialarbeit zur Unterstützung der Schüler:innen v. a. in den weiterführenden Schulen, aber bei Bedarf auch zur Unterstützung der Eltern in den Kitas
- die strukturierte Berücksichtigung der Interessen der Kinder und deren Eltern bei der Entwicklung pädagogischer Konzepte
- eine gute Vernetzung der Schulen mit Sportvereinen und Kulturangeboten

Status quo

Durch das starke Wachstums Gießens in den letzten 15 Jahren und den Sanierungsstau in vielen Schulen war es in den letzten Jahren wichtig und richtig, dass die Bürger:innen der Stadt Gießen sehr viel Geld in den Bau und die Sanierung der Schulen sowie in den Ausbau der Kita-Plätze investiert haben. Sie werden dies auch noch in den kommenden Jahren tun (dürfen und müssen) – sei es in die Gesamtschule Gießen-Ost, die Sporthalle der Liebig-Schule, die Käthe-Kollwitz-Schule, das Landgraf-Ludwig-Gymnasium etc., aber auch in die Kita im Seltersweg etc.

Wir haben dabei die allermeisten Anträge von Koalition und Magistrat im Bereich Bildung unterstützt – Gießen hat hier in den vergangenen Jahren vielfach gute Arbeit geleistet.

Allerdings gibt es einen wichtigen Bereich, in dem wir Handlungsbedarf erkannt haben und weiterhin erkennen – im Bereich Verkehr bzw. bei der Sicherheit für die Kinder im Straßenverkehr.

Verkehrssicherheit rund um Schulen

Einrichtung von Schulstraßen

Kinder müssen möglichst sicher zur Schule bzw. in die Einrichtungen und wieder nach Hause kommen. Wir haben daher im Februar 2024 den Antrag gestellt, zunächst vor einer Gießener Grundschule eine sog. Schulstraße einzurichten. Dabei geht es darum, dass es zu den Zeiten, zu denen Kinder in die Einrichtungen kommen bzw. diese wieder verlassen, in den Straßen vor den Schulen eine zeitlich begrenzte Sperrung für den motorisierten Verkehr gibt. Ziel dieses Ansatzes ist es in erster Linie, die Zahl der sogenannten Elterntaxis zu reduzieren, die dazu beitragen, dass das Unfallrisiko für Kinder besonders hoch ist.

Aber obwohl diese Forderung im Verkehrsentwicklungsplan, der am selben Tag verabschiedet wurde, explizit genannt wird, lehnte die Koalition unseren Antrag ab. Auch die positiven Erfahrungen aus Städten wie Frankfurt, Köln oder Dortmund konnten Magistrat und Koalition nicht davon überzeugen, ihre ablehnende Haltung zu überdenken.

Wir werden das Thema in der kommenden Legislatur wieder aufgreifen, mit dem Ziel, dass die Einrichtung von Schulstraßen vor allen Schulen, mit Priorität vor Grundschulen, geprüft wird.

Konsequente Geschwindigkeitsreduzierung vor Schulen und Einrichtungen

Die Stadt Gießen hat die StVO-Novelle zu Tempo 30 auf Schulwegen noch immer nicht konsequent genug umgesetzt, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet ist. Dabei wäre dies eine schnell wirkende Maßnahme, um die Sicherheit für Schülerinnen und Schüler auf den Schulwegen zu erhöhen und dazu beizutragen, dass sie sicherer zu Fuß und per Rad zur Schule kommen und weniger Kinder per Elterntaxi gebracht werden.

Ausbau von überdachten Fahrradabstellanlagen

Ein einstimmiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 2009, demzufolge bis zum 31. Juli 2012 an allen städtischen Schulen hochwertige Fahrradabstellanlagen nach Stellplatzsatzung geschaffen werden sollen, die zu 25 % überdacht sein müssten, wurde bisher immer noch nicht umgesetzt. Selbst bei Neubauten wie der Weißen Schule wurde kein einziger Stellplatz

überdacht. Wir sehen die Bereitstellung hochwertiger Fahrradabstellanlagen als wichtiges Angebot, die radgestützte Mobilität bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu unterstützen.

Digitalisierung

Zu einer modernen Bildungspolitik gehört im zweiten Quartal des 21. Jahrhunderts selbstverständlich auch, dass die Kinder Zugang zu moderner digitaler Bildung erhalten. Dabei steht neben einer guten technischen Ausstattung in erster Linie die Erziehung zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Technologie im Vordergrund, wie z. B. die Vermittlung von Kenntnissen und Regeln bei der Nutzung sozialer Medien ebenso wie von Künstlicher Intelligenz, Entwicklung eines Verständnisses zum Thema Datenschutz und Datensicherheit etc.

In Gießen stellt der aktuelle Medienentwicklungsplan 2024 bis 2028 die Basis zum Thema Digitalisierung in den Schulen dar, dessen Umsetzung in den nächsten Jahren wesentlich für die Qualität der Entwicklung in diesem Bereich sein wird.

Hochschulen

Einleitung

Gießen ist mehr als „nur“ eine Universitätsstadt. Dank weiterer Wissenseinrichtungen wie der THM, den Museen, dem Mathematikum, etc. ist unsere Stadt eine „Wissensstadt“. Und aufgrund der zweithöchsten Studentendichte Deutschlands (nach dem kleinen „Sonderstandort“ Mittweida) ist sie auch die Stadt mit dem niedrigsten Durchschnittsalter Hessens. Das Potential, das sich daraus ergibt, wird jedoch noch nicht annähernd ausreichend genutzt. Das gilt nicht nur, aber auch in Bezug auf die Herausforderung, der sich die Stadt mit dem Beschluss zur Klimaneutralität 2035 gestellt hat. Diese kann nur erreicht werden, wenn alle städtischen und regionalen Potentiale ausgenutzt werden.

Dafür braucht es eine engere Vernetzung der Akteure Gießens – hier konkret mit den Hochschulen. Aber auch in weiteren Bereichen, wie der Stärkung der Wirtschaft, der Verkehrsoptimierung, der Belebung der Innenstadt oder dem Wohnungsmarkt, können Stadt wie Institutionen von einer engeren Zusammenarbeit profitieren. Diese wollen wir daher aktiv fördern.

Kooperationsvereinbarung und Einrichtung eines Koordinationsbüro

Stadt und Hochschulen haben in der Vergangenheit bereits mehrfach in verschiedenen Prozessen wie Consilium I und II eng zusammengearbeitet. Wir möchten diese Zusammenarbeit als dauerhaften Prozess neudefinieren und dazu eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung erarbeiten, die von der Stadtverordnetenversammlung, Senat, Studentenparlament, etc. ratifiziert werden soll.

Am Anfang einer engeren Kooperation muss aus unserer Sicht eine verbesserte Kommunikation stehen. Nur wenn städtische wie institutionelle Stellen wissen, was bei den jeweils anderen aktuell passiert oder geplant ist, können Rädchen ineinandergreifen. Wir schlagen daher ein Koordinationsbüro vor, in dem Mitarbeiter von Stadt, Universität und Hochschule tageweise gemeinsam an einem besseren Austausch zu arbeiten. Alle Akteure der Stadtgesellschaft können sich ebenfalls an diese Stelle wenden, um dort Themen für wissenschaftlich zu untersuchende Fragestellungen zu platzieren oder Informationen über Bachelor- oder Doktorarbeiten oder Forschungsprojekte zu Gießener Themen einzuholen.

Gemeinsame Wohn-Initiativen

Wie im Kapitel „Stadtentwicklung“ beschrieben, fehlt in Gießen bezahlbarer Wohnraum. Stadt und Hochschulen inkl. Studentenwerk haben gleichermaßen ein Interesse daran, diese Situation zu verbessern, und kämpfen mit denselben Problemen von Flächenknappheit und steigenden Baukosten. Einen Teil der Lösung sehen wir im Konzept des „Wohnen für Hilfe“ bzw. „Homeshare“, bei dem Wohnraum gegen Unterstützung im Alltag, z. B. durch Einkaufen, Gartenarbeit oder Haushaltsaufgaben, getauscht wird. Vor dem Hintergrund der Kosten für einen Wohnheimplatz in Höhe von bis zu 100.000 Euro, wird schnell deutlich, welche Einsparungen hier zu erzielen sind. Damit das Konzept jedoch erfolgreich umgesetzt werden kann, bedarf es ausreichender personeller Kapazitäten, die zum Start gemeinsam von Stadt und Hochschulen gestellt werden sollen. Langfristig hat das Konzept international bewiesen, dass es sich über angemessene Gebühren selbst tragen kann (wie z. B. in Brüssel).

Gemeinsame Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität

Die Hochschulen sind bereits über die Ziele einer CO₂-neutralen Landesverwaltung bis 2030 unmittelbar in die Thematik eingebunden und werden damit wichtige Protagonisten der Klimaneutralität auch in Gießen sein. Viele Gebäude und Strukturen werden vor Ort bereits 2030 ihren Beitrag zur Gießener Klimaneutralität bis 2035 leisten. Zudem stellen die Hochschulen, besonders die JLU als größter Arbeitgeber der Stadt und als Ausbildungsbetrieb von rund 35.000 Studierenden, eine wichtige Verstärkerfunktion für die Klimaziele in die Stadtgesellschaft hinein dar. Mit der Intensivierung der inhaltlichen Verknüpfung der Klimaneutralitätsziele bzw. Verpflichtungen von Stadt und Hochschulen, kann eine einheitliche Strategie für Gießen erstellt werden, was Planungssicherheit für Investoren, Unternehmen und Einwohner:innen Gießens bedeutet.

Um für eine größtmögliche Akzeptanz der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität zu erreichen, sollte ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Menschen mit geringeren Einkommen dürfen durch die Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich finanziell belastet werden. Bei der Erarbeitung entsprechender sozialverträglicher Lösungsansätze könnten entsprechende Fachbereiche (Sozialwissenschaften) von Universität und Fachhochschule ihre Expertise einbringen.

Gigg wird sich daher für folgende Forderungen bzw. Aspekte stark machen.

Für einen konstanten und vollständigen Informationsfluss zwischen Stadt und Hochschulen schlagen wir vor, eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Klimaneutralität“ von Hochschulen und Stadt zu etablieren. Diese Kooperation geht weit über die bisherige Einbindung von JLU und THM im inzwischen still und heimlich aufgelösten Klimabeirat der Stadt hinaus. Die zentrale Aufgabe dieser Arbeitsgruppe sollte darin bestehen,

- die Leitbilder und -linien der jeweiligen Entwicklungsperspektiven zu harmonisieren,
- die planerischen Aktivitäten in Richtung Klimaneutralität viel stärker als bisher zu koordinieren, von Smart Home bis zur Fassadenbegrünung,
- eine einheitliche Flächen- und Gebäudeplanung für eine effiziente und sozial gerechte Nutzung der Lebensräume zu etablieren,
- konkrete wissenschaftliche Arbeiten und Konzepte im Zusammenhang mit der Klimaneutralität Gießens zu entwickeln bzw. voranzutreiben
- und darüber hinaus auch eine viel größere Schlagkraft bei der öffentlichkeitswirksamen Vermittlung des gemeinsamen Ziels Klimaneutralität zu erstellen.

Stärkere Verzahnung bei der Umsetzung einer nachhaltigen Stadtplanung

Dabei geht es sowohl um die infrastrukturellen Aspekte (Gebäudestruktur, Verkehrsinfrastruktur, Wohnbedarf etc.) als auch um die Einbeziehung der konkreten kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Studierenden (wie Freizeitgestaltung, Hobby, Sport, Vereine etc.). Gießen ist als Hochschulstadt in ihrer Entwicklung sehr stark von den Strömungen der Hochschulen bzw. von deren Studierendenzahlen abhängig. Auch wenn viele Studierende nur temporäre Einwohner:innen unserer Stadt sind, bietet gerade die Stärkung einer Gießener Identität ein enormes Potenzial, auch bei ihnen Identifikation mit ihrer Hochschulstadt hervorzurufen und sie stärker als bisher in das städtische Geschehen einzubinden. Das so entstehende Gemeinschaftsgefühl und die Selbstwirksamkeit schafft Motivation und lässt neue Möglichkeiten für Gießen entstehen.

Verknüpfung von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Rahmen von Reallaboren

Es ist nachgewiesenermaßen ein konstruktiver und zielführender Ansatz, gerade im Bereich der Stadtentwicklung sog. **Reallabore** einzusetzen. Reallabore verknüpfen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, um die Transformation der Innenstädte voranzubringen. Diese Gruppen arbeiten dabei an einem realen Ort gemeinsam und unter echten Bedingungen an der Entwicklung neuer Lösungen.

Der Erfahrungsbericht Reallabore des Bundesinnenministeriums (ZIZ, März 2025) hebt die guten Erfahrungen hervor, die verschiedene Kommunen gemacht haben und betont, dass „Reallabore erfolgreich als Testumgebung für nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklungskonzepte eingesetzt werden können.“

Wir werden uns daher in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, ein Reallabor „Innenstadt“ einzurichten, um den Wandel im Herzen Gießens mit seiner komplexen Gemengelage durch diese innovative Methodik zu begleiten und dem Prozess neue Impulse zu verleihen.

Stärkere Einbindung von Forschungsergebnissen für die lokalen Klimaschutzziele

Gerade die Klimafolgen-Forschungsstation Linden (Betrieben von JLU und HLNUG (Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie)) bietet hier großes lokales und regionales Potential – sowohl für die Gewinnung von wissenschaftlichen Konzepten als auch für deren Vermittlung und Umsetzung außerhalb von Lehre und Forschung.

Klimafreundliches Verkehrskonzept für die Angehörigen der Hochschulen

Durch die dezentralen Campi der JLU und THM ist ein solches Konzept schon seit langem dringend erforderlich. Die Nachhaltigkeitsstrategien der Hochschulen sehen jeweils mehrere Maßnahmen vor, von der auch die Stadt betroffen sein wird. Beispielhaft ist hier die Parkraumbewirtschaftung zu nennen, die bei einer fehlenden Abstimmung mit der Stadt zu einem noch höheren Parkdruck im öffentlichen Bereich führen kann. Andersherum sind die Hochschulen durch die städtische Stellplatzsatzung aktuell dazu gezwungen, pro drei Studierenden einen Parkplatz einzurichten. Unser Vorschlag für eine Überarbeitung der Satzung sieht hingegen einen Schlüssel von 9 zu 1 vor. Bestehende Hochschul-Parkplätze sollen für Anwohnenden in den Randzeiten geöffnet werden. Bei der Unterstützung der Alternativen zum Auto ist ebenfalls eine enge Abstimmung nötig. Mit dem Leihradsystem haben die Hochschulen einen Wandel in die richtige Richtung vorangetrieben, dem nun weitere Schritte bei der Verbesserung der städtischen Infrastruktur für einen sicheren Radverkehr folgen müssen.

Sicherheit

Einleitung

Es ist für jede Kommune elementar wichtig, dass sich alle Bewohner:innen und Gäste sicher fühlen und sich angstfrei in der Stadt bewegen können. Daher ist es auch für Gigg ein ganz zentrales Ziel, dem Gießen so nah wie möglich kommen muss. Auf der anderen Seite ist für uns auch klar, dass es keine 100%ige Sicherheit geben kann und wird. Interessant ist zudem, dass eine in Kassel von der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführte Studie 2024 nachgewiesen hat, dass eine erhöhte Polizeipräsenz zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl geführt hat. Die Bürgerinnen und Bürger erklärten sich die stärkere Polizeipräsenz damit, dass eine gestiegene Kriminalität wohl zu dieser Notwendigkeit geführt hätte, obwohl dies gar nicht der Fall war.

Darüber hinaus ist in einer Stadt mit einem hohen Ausländeranteil wie Gießen zu berücksichtigen, dass gerade ausländische Mitbürger:innen sehr sensibel auf polizeiliche Ansätze wie z. B. verdachtsunabhängige Kontrollen in Waffenverbotszonen reagieren, da die Grenze zum „racial profiling“ in ihrer Wahrnehmung als sehr dünn wahrgenommen wird.

Jede Strategie und jedes Konzept zum Thema Sicherheit bewegt sich daher zwangsläufig in dem oben beschriebenen Spannungsfeld und muss daher gut abwägen, welche Maßnahmen angemessen und für eine liberale Gesellschaft tragbar sind. Dabei ist zudem zu berücksichtigen, dass die Verantwortung für die Sicherheit auch in den Städten natürlich bei der Landespolizei und somit außerhalb der Entscheidungsbefugnis der Kommunen liegt.

Leider gibt es auch in Gießen z. T. sehr zentrale und wichtige Bereiche, in denen sich Menschen – v. a. in den Abend- und Nachtstunden – nicht sicher fühlen. Genannt seien hier in erster Linie der Kirchenplatz und Teile des Walltorviertels, aber auch die innerstädtischen Parkflächen und in Teilen das Lahnufer. Dort haben oder hatten sich in den letzten Jahren Strukturen verfestigt, die problematisch sind – sei es durch öffentlichen Drogenkonsum, durch steigende Kriminalität, durch öffentliches Urinieren und Defäkieren oder dadurch, dass sich die breitere Öffentlichkeit zumindest zu bestimmten Tages- bzw. Nachtzeiten aus diesen Arealen weitgehend zurückgezogen hat, so dass die soziale Kontrolle entfällt und sich die Situation weiter verschlechtert. Über diese o. g. Gebiete hinaus gab und gibt es gerade für Frauen, queere Personen und ältere Menschen auch weitere problematische Bereiche –sog. Angsträume, in denen sie sich aufgrund fehlender Beleuchtung oder fehlender öffentlicher Einsichtnahme unwohl fühlen.

Die damit verbundenen Probleme bringen viele negative Folgen mit sich – für die Anwohnenden und die Gewerbebetriebe ganz persönlich und für das Image der Stadt Gießen, da solche Situationen, zumal wenn sie über einen längeren Zeitraum andauern, auch einen gewissen Kontrollverlust symbolisieren.

Unser Ansatz

Grundsätzlich setzen wir bei der Bekämpfung der o. g. Probleme in diesen Gebieten auf einen Maßnahmenmix, der Präventionsarbeit mit modernen städtebaulichen Konzepten zur Wiederbelebung von Plätzen, aber auch mit ordnungspolitischen Maßnahmen verbindet, wobei wir vor allen Dingen auf die „weichen“ Maßnahmen setzen. D. h. wir wollen auf der einen Seite Ressourcen in die Prävention und die aufsuchende Sozialarbeit investieren, und auf der anderen Seite auch gemeinsam mit allen relevanten Akteuren inklusive den Anwohner:innen Lösungen für

konkrete Stadtgebiete (wie z. B. das Walltorviertel) entwickeln. Selbstverständlich gilt es, in die Entwicklung nachhaltiger Konzepte zur Wiederherstellung bzw. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch die vorhandenen polizeilichen Kenntnisse und Kompetenzen einfließen zu lassen.

Unabhängig von diesen auf konkrete Situationen bezogenen Maßnahmen sehen wir es als wichtigen Ansatz zur Steigerung öffentlicher Sicherheit an, funktionierende soziale Strukturen aufzubauen bzw. zu stärken. Nachgewiesen ist, dass die Wahrscheinlichkeit von Kriminalität sinkt, wenn Menschen guten Zugang zu Bildung, angemessenem und bezahlbarem Wohnraum, aber auch zu städtischen Hilfsangeboten haben. Ebenso gibt es einen inhaltlichen Zusammenhang von Sicherheit und sozialer Teilhabe, worin wir einen sehr wichtigen Ansatz sehen. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass ihre Anliegen ernstgenommen werden, dass sie an Entscheidungen, die ihr Umfeld betreffen, partizipieren können, dass mit ihnen auf Augenhöhe kommuniziert wird. All dies sind Aspekte, die für unser Verständnis und unsere politischen Ansätze (nicht nur) in diesem Themenfeld wichtig sind und auf die wir in den kommenden Jahren unser Augenmerk lenken wollen und werden.

Wir halten auch die Ausweisung einer Waffenverbotszone in der Gießener Stadtmitte – wie Ende 2025 geschehen – grundsätzlich für einen legitimen Ansatz, um waffenbasierte Kriminalität einzudämmen. Allerdings gibt es inzwischen auch Berichte von Kommunen, die nach deren Einführung von einem hohen Kontrollaufwand berichten, ohne dass die Gewalt signifikant abgenommen hätte. Ebenso gibt es Rückmeldungen, dass die Zonen in erster Linie zur Verdrängung gewaltbereiter Personen in angrenzende Gebiete führen, die nicht Teil der Waffenverbotszone sind, so dass der primäre Effekt in einer Verdrängung besteht, nicht in einer (Teil)-Lösung des Problems. Auch die Polizeigewerkschaft verweist auf den hohen Personalaufwand bei der Umsetzung dieses Ansatzes.

Wir erwarten daher eine zeitnahe Evaluation der gemachten Erfahrungen in Gießen und der konkreten Auswirkungen auf die Anzahl an Gewaltdelikte in diesem Bereich, um entscheiden zu können, ob es sich bei Waffenverbotszonen in Gießen um einen tatsächlich erfolgreichen Ansatz handelt.

Im Übrigen unterstützen wir auch die seit Langem bestehende Forderung der Gewerkschaft der Polizei, das Abrennen von Feuerwerk zum Jahreswechsel auf einzelne, öffentlich überwachte Bereiche in der Stadt zu beschränken. Ein entsprechender Antrag im Parlament wurde jedoch zweimal von der Mehrheit abgelehnt.

Soziales

Einleitung

Das soziale Miteinander ist der „Kitt“ unserer Gesellschaft. Allen Menschen unabhängig von Herkunft, Stand, politischer oder religiöser Überzeugung, Alter und persönlicher Lebensführung aus städtischer Sicht gerecht zu werden und für einen Ausgleich der damit verbundenen verschiedenen Interessen zu sorgen, ist die Grundmaxime sozialen Handelns.

Hierzu zählt insbesondere,

- Menschen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern,
- Kinder, Jugendliche und Familien nachhaltig zu stärken,
- frühzeitige Aufklärung in Gesundheitsfragen, Sucht- und Gewaltprävention und Unterstützung in Erziehungsfragen anzubieten,
- die soziale Teilhabe zu sichern,
- die enge Vernetzung und gute Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften zu stärken,
- Maßnahmen zur Verbesserung einer barrierefreien und inklusiven Stadt zu fördern,
- der Diskriminierung, dem Antisemitismus und der Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Die Mitarbeitenden der Stadt Gießen und der Sozialträger, sowie viele ehrenamtlich in diesem Bereich tätige Menschen leisten seit Langem viel in diesem Bereich und tragen enorm zur Stabilität in unserer Stadt bei. Dennoch gibt es aus unserer Sicht einige Themenfelder, in denen wir Handlungsbedarf sehen bzw. zu denen wir in den nächsten Jahren inhaltlich arbeiten wollen.

Unsere wichtigsten Ansatzpunkte im Überblick

- Einsamkeit bekämpfen
- Drogenkonsumraum schaffen
- Schließung der Verbraucherzentrale verhindern
- Wärmebus für Wohnungslose
- Abbau von Bürokratie in sozialen Berufen
- Keine Kürzungen beim Gießen-Pass
- Rettung des Jugendzentrums Holzwurm in der Gießener Nordstadt
- Unterstützung sozialer Vereine und Institutionen
- (Wieder-)Einrichtung eines Wohnungsamts
- Besseres Controlling der Aufwendungen

Einsamkeitsbekämpfung

Insbesondere seit der Corona-Pandemie ist es zu einem starken Anstieg der Einsamkeit in Deutschland in allen Altersklassen gekommen. Auch wenn sich die Situation nach Ende der Pandemie

wieder gebessert hat, wurde das über viele Jahre sehr stabile Vor-Corona-Niveau bisher nicht wieder erreicht.

Die Konsequenzen dieser zunehmenden Einsamkeit sind auch für eine Stadt wie Gießen erheblich - sie reichen auf der individuellen Ebene von einem höheren Risiko für psychische Störungen, über gesundheitliche Folgen, geringerer sozialer Teilhabe, gesteigerter Suchtanfälligkeit, höheren Ausfall- bzw. Fehlzeiten im Beruf bis hin zur Vereinsamung im Alter.

Gigg möchte daher das Thema Einsamkeitsbekämpfung zu einem Schwerpunktthema machen. Auch wenn es in unserer Stadt bereits viele Maßnahmen und Strukturen gibt, die sich direkt oder indirekt dieses Themas annehmen, sind wir der Überzeugung, dass eine stärkere Bündelung verschiedener Maßnahmen und die klare Benennung des Ziels der Bekämpfung dieses Phänomens zu weiteren Verbesserungen führen kann und sollte.

Zudem würde ein Fokus auf diesem Thema auch dazu beitragen, die Gießenerinnen und Gießener noch stärker für diese Problematik zu sensibilisieren und die Aufmerksamkeit zu erhöhen (z. B. für mögliche Fälle in der eigenen Nachbarschaft).

Darüber hinaus gibt es aktuell noch ein Interessensbekundungsverfahren für ein Bundesprogramm „Zusammenhalt stärken – Menschen verbinden“. Wir würden gerne initiieren, dass sich auch Gießen an diesem Programm beteiligt.

Drogenkonsumraum

Die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten für den Drogenkonsum, die Bereitstellung steriler Spritzen, und die unmittelbare Hilfe bei gesundheitlichen Problemen würde dazu beitragen,

- die Situation für Drogenabhängige zu verbessern,
- die Belästigungen von Bürger:innen und Gewerbetreibenden im öffentlichen Raum durch „Szeneaktivitäten“ (Schlägereien, Messerstechereien, herumliegende Spritzen etc.) zu reduzieren sowie
- Rettungskräfte und Polizei zu entlasten.

Daher unterstützen wir die Schaffung eines Drogenkonsumraums.

Verbraucherzentrale

Die CDU/SPD-Landesregierung hat die während der Corona-Zeit zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 600.000 € an Zuschüssen für die Verbraucherzentrale Hessen gestrichen. Als Konsequenz dieser Kürzung würde der Standort Gießen mit seinen fünf Mitarbeitenden geschlossen. Und dies, obwohl die Zahl der Beratungen 2025 gestiegen ist und in dem Jahr bei ca. 3.000 lag. Wir halten diese Pläne der Landesregierung für ein sozialpolitisch fatales Zeichen.

Wir setzen uns für den Erhalt des Standortes Gießen ein. In einem Dringlichkeitsantrag in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2026, haben wir den Magistrat gebeten, mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen, um ein Konzept zur Verhinderung der Schließung zu erarbeiten. Der Antrag wurde vom Haus einstimmig angenommen.

Wärmebus

Der kalte Winter 2025/26 hat vor Augen geführt, dass die Situation für Wohnungslose auch in Gießen bei solch niedrigen Temperaturen problematisch ist. Wir setzen uns daher für die Bereitstellung eines Wärmobusses in den kalten Monaten ein. Dieser Bus stellt eine unbürokratische Hilfe für Menschen dar, die sonst keinen sicheren und warmen Aufenthaltsort haben. Zudem ist sie eine wichtige Brücke in das klassische Hilfesystem hinein und ermöglicht so weitere Sozialarbeit mit den Betroffenen, aber auch medizinische Unterstützung.

Zur Finanzierung dieses Vorhabens sollte geklärt werden, inwieweit eine Mischfinanzierung erfolgen kann, indem auch Mittel von Kirchen und/oder Wohlfahrtsverbänden sowie private Spenden integriert werden. In verschiedenen deutschen Städten wie z.B. Esslingen hat sich gezeigt, dass auch ehrenamtliche Arbeit ein Teil eines Konzepts rund um die Bereitstellung eines Wärmobusses sein kann.

Abbau von Bürokratie in sozialen Berufen

Wir machen uns dafür stark, Potenziale zur Entlastung der Beschäftigten im Sozialbereich (vor allem im Jugendamt, im Allgemeinen Sozialen Dienst ASD, in Kitas und Kindergärten etc.) von reinen Verwaltungsarbeiten zu nutzen und so Freiräume für die Kernarbeit mit den Betroffenen zu schaffen. Digitalisierung bzw. Künstliche Intelligenz bieten hier vielfältige Ansätze, Prozesse zu beschleunigen, indem

- z. B. Anträge automatisch auf Vollständigkeit und Zuständigkeit geprüft werden,
- Chatbots Zusammenfassungen von Dokumenten erstellen oder
- Leistungsempfängern Dokumente schneller und in der richtigen Sprache zur Verfügung gestellt werden.

Gießen-Pass

Der Gießen-Pass ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, indem er die Kosten für Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote sowie Mobilität reduziert. Er entlastet gezielt Familien, Alleinerziehende, Studierende in schwierigen Lebenslagen, Senior:innen sowie Menschen mit Behinderungen.

Er leistet dadurch einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in Gießen. Daher muss der Gießen-Pass beibehalten werden, zumal er auch die lokale Wirtschaft und Kultur unterstützt und präventiv gegen soziale Armutsfolgen und gesellschaftliche Spaltung wirkt.

Jugendzentrum Holzwurm in der Gießener Nordstadt

Der Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM) hat die Verträge des 1984 eröffneten Jugendzentrums Holzwurm (JUZ) in der Gießener Nordstadt gekündigt. Dem etablierten und für die Jugendarbeit im Nordviertel enorm wichtigen Jugendzentrum droht daher aktuell das Aus. Die Stadt Gießen selbst hat 2025 das JUZ mit 177 500 € gefördert. Es fehlt jedoch derzeit ein mittlerer fünfstelliger Eurobetrag zur vollständigen Finanzierung.

Wir setzen uns dafür ein, dass neben der Fortsetzung der Förderung durch die Stadt ein neuer Kostenträger gefunden wird, um die Finanzierung auch zukünftig sicherzustellen und das Jugendzentrum zu erhalten.

Unterstützung sozialer Vereine und Institutionen

Die vielen verschiedenen ehrenamtlichen Vereine und Institutionen leisten zum Teil schon seit Jahrzehnten enorm wichtige Arbeit für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt und fördern die Teilhabe und Integration sozial benachteiligter Gruppen in der Bildung, der Kultur, beim Einstieg oder Wiedereinstieg in Beruf und Arbeit etc. Wir setzen uns daher dafür ein, die Unterstützung dieser Organisationen aufrechtzuerhalten und – falls erforderlich – zu intensivieren.

(Wieder-)Einrichtung eines Wohnungsamts

Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter und zur sozialen Steuerung des Wohnungsmarktes unterstützen wir die Etablierung eines hauptamtlichen Wohnungsamtes in der Stadt Gießen als zentrale Anlaufstelle für Beratungen rund um das Mietrecht.

Besseres Controlling der Aufwendungen im Sozialbereich

Von 2014 bis 2026 (Plan) haben sich die Aufwendungen des Teilhaushalts Soziales von 54,5 auf 109,2 Millionen € verdoppelt. Im selben Zeitraum stiegen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen der Stadt Gießen von 145,3 auf 275,6 Millionen €, d.h. um „lediglich“ 89,7 %.

Wie sehr dieser Teilhaushalt die sonstige finanzielle Handlungsfähigkeit Gießens einschränkt, verdeutlicht der Haushaltsplan für 2026, gemäß dem in diesem Bereich über 79 Millionen € mehr ausgegeben als eingenommen werden.

Daraus folgern wir, dass ein stringenteres Controlling der Aufwendungen im Sozialbereich durch die Stadtverordneten unerlässlich ist; u. a. auch weil wir verschiedentlich von Akteuren aus dem Bereich Hinweise erhalten haben, dass es bei der Erbringung der Leistungen zumindest in Teilbereichen Doppelstrukturen gibt.

Darüber hinaus spricht nicht nur die dreifache Versagung des Testats für den Magistrat durch das Revisionsamt für die Jahre 2018 bis 2020, die u. a. mit einer vollkommen unzureichenden Buchführung im Jugendamt begründet wurde, dafür, dass es hier Defizite gibt, die dringend aufgearbeitet werden müssen. Auch die an anderer Stelle bereits beschriebenen fehlenden Kennziffern erschweren die Möglichkeit des Controllings. Dementsprechend werden wir uns (wie bereits im Haushaltsteil näher beschrieben) dafür einsetzen, die Kennzahlen auch und gerade in diesem Feld massiv zu verbessern.

Wirtschaft und Innenstadthandel

Einleitung

Kommunen geht es u. a. dann gut, wenn es der lokalen Wirtschaft gut geht. Die Unternehmen vor Ort sind wichtige Arbeitgeber, sie gestalten die Stadt durch ihre Gebäude und ihre Infrastruktur mit, sie laden mit ihren Angeboten zum Einkaufen ein und – nicht zuletzt – sie tragen durch ihre Gewerbesteuern wesentlich dazu bei, diejenigen kommunalen Leistungen zu finanzieren, die sich nicht selbst tragen, und stützen so die Stadtgesellschaft auf vielen Ebenen.

Diese „klassische“ Betrachtungsweise bedarf aus unserer Sicht jedoch zwingend der Ergänzung, da in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher geworden ist, dass die seit Langem vorherrschende Art zu wirtschaften und wirtschaftlichen Erfolg zu messen, nicht nachhaltig ist, sondern u. a. mit massiven negativen Folgen für das Klima und für die Artenvielfalt einhergeht. Nicht zuletzt deshalb hat das Gießener Stadtparlament 2019 die Entscheidung für den Klimabeschluss 2035Null getroffen. In diesem Zusammenhang sehen wir es daher auch als Aufgabe der Gießener Unternehmen an, ihren Beitrag zur Erreichung dieses Beschlusses beizutragen.

Viele der Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung von Unternehmen liegen außerhalb der kommunalen Zuständigkeiten. Über die folgenden Bereiche können Kommunen, neben der Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes, jedoch Einfluss nehmen:

- die lokale Infrastruktur (z. B. verkehrliche Anbindung, Breitbandausbau, Energieversorgung),
- die Ausweisung von Gewerbeflächen für die Ansiedlung neuer bzw. die Expansion bestehender Unternehmen,
- die Attraktivität der Stadt als Arbeitsort und Lebensmittelpunkt,
- die Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen (z. B. auf Basis gemeinschaftlich entwickelter Leitbilder),
- die Dienstleistungsqualität der Verwaltung (z. B. die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Bauanträgen),
- aber auch direkte Förderungen (z. B. von Start-ups in Gründerzentren etc.).

Im Gegenzug darf Gießen von den heimischen Unternehmen jedoch auch erwarten, dass sie sich der Konsequenzen ihres Handelns für die Stadtgesellschaft bewusst sind und negative Auswirkungen vermeiden, auch wenn dies zulasten der eigenen kurzfristigen Profite geht. Die „Messe Gießen GmbH“ mit ihren offenen Toren für eine dem Rechtsextremismus mindestens nahestehende Organisation und für Waffenmessen sei hier als ein Negativ-Beispiel genannt.

Klimaschutz als Wirtschaftsmotor

Wirtschaft und Klimaschutz werden oftmals als Gegensätze dargestellt, die sie jedoch nicht sind bzw. nicht sein müssen. Im Gegenteil, nur wenn sie ineinandergreifen, kann unsere Gesellschaft florieren. Eine Wirtschaft, die aufgrund von Fehlanreizen und der Externalisierung von wesentlichen Kosten unsere Lebensgrundlagen zerstört, hat keine Zukunft. Die Veröffentlichungen der großen (Rück)Versicherungsunternehmen wie Münchner Rück oder Allianz führen für diese These auf der globalen Ebene schon seit Langem den Beweis. Es ist daher unser Grundverständnis, dass der Fokus des Wirtschaftens künftig weg von einem primär kurzfristigen ökonomischen Wachstum hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohl entwickelt werden muss. Gerade für Kommunen liegen große wirtschaftliche Chancen in der Umsetzung von konsequentem Klimaschutz und der Energiewende, ziehen sie doch große Investitionen in lokale Infrastruktur nach sich. Der Aufbau erneuerbarer

Energieanlagen bedeutet neue, zukunftssichere Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region, während bei deren Betrieb gleichzeitig Geld eingespart wird, das nicht mehr für Gas und Öl in autoritäre Staaten überwiesen werden muss. Wird Strom in Anlagen vor Ort produziert, profitieren die Kommunen über die Gewerbesteuern auch monetär. Auch energetische Sanierungen bringen neue Arbeitsplätze und sparen unseren Bürgerinnen und Bürgern Geld. Das Märchen des „teuren Klimaschutzes“ ist das Narrativ der sterbenden fossilen Industrie.

Um den hohen Bedarf an Fachkräften in den Bereichen Gebäudesanierung, Heizungs- und Energietechnik erfüllen zu können, muss die Stadt die Handwerksunternehmen z. B. bei einer Ausbildungs- und Rekrutierungskampagne unterstützen und Menschen unter die Arme greifen, die den Weg in die Selbständigkeit oder zu einer Umschulung wagen. Vorbilder könnten hier z. B. die Wärmewende Akademie der Stadt Mannheim sein, die sie in Zusammenarbeit mit zahlreichen Innungen und dem lokalen Energieversorger gegründet hat oder die Ausbildungsoffensive „Handwerker – Klimaschützer von Beruf“ der Stadt Soest.

Auch wenn, wie oben bereits beschrieben, die meisten für die Wirtschaft zentralen Rahmenbedingungen nicht auf der lokalen Ebene definiert werden, ist es für Gigg elementar, die beiden Themen Wirtschaft und Klimaschutz / Nachhaltigkeit auch in und für Gießen zusammenzudenken. Wir wollen daher unseren Fokus in diesem Themenfeld darauf legen, die direkt oder indirekt positiven Auswirkungen einer stärker an den Vorgaben des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit orientierten lokalen Wirtschaft zu stimulieren und in den Vordergrund zu stellen und gezielt solche Unternehmen zu fördern, die positiv auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit einzahlen.

Belebung der Innenstadt

Auch der Innenstadthandel und die Gastronomie können von zahlreichen Klimaschutzmaßnahmen profitieren. Die AGFK Bayern fasst in ihrem Bericht „WirtschaftsRad: Mit Radverkehr dreht sich was im Handel“ die Ergebnisse zahlreicher Studien zusammen und stellt fest, dass Einzelhändler die Umsätze mit Autofahrern massiv überschätzen und die von Menschen, die zu Fuß, per Rad, oder ÖPNV einkaufen unterschätzen, da deren Warenkörbe in der Regel kleiner sind, dafür aber häufiger eingekauft wird. So entfallen in vielen Städten nur 20% der Umsätze auf „Autokunden“. Studien zum Einkaufsverhalten zeigen, dass nur ein Drittel der Passanten gezielt einkauft. „Shoppern gehen“ beinhaltet oft auch Freunde zu treffen, Kaffee zu trinken oder Essen zu gehen. Je mehr Raum für soziale Interaktion vorhanden ist, desto lieber halten sich Menschen in Innenstädten auf und desto mehr profitieren auch Einzelhändler und Gastronomen. Die Plockstraße ist dafür sicherlich ein sehr gutes Beispiel. Wir möchten die Gießener Innenstadt daher durch folgende, bereits in den anderen Kapiteln genannten Maßnahmen, auf vielfältige Weise attraktiver machen:

- Reduzierung des Straßenparkens und Umwandlung in Grünfläche mit Sitzgelegenheiten, sowie komfortable Fahrradabstellplätze und Außengastronomie. Die geringe Auslastung der zahlreichen Parkhäuser am Anlagenring zeigt, dass auch dann noch ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.
- Bessere ÖPNV-Anbindung, sowie fußgänger- und radfahrerfreundlichere Gestaltung des Verkehrsraums. Steigen mehr Menschen auf diesen „Umweltverbund“ um, profitieren auch Autofahrende davon.
- Verbesserte Luftqualität und reduzierte Lärmbelastung durch Reduzierung und Verlangsamung des Autoverkehrs. Der ausbleibende Erfolg der verschiedenen Maßnahmen zur Belebung des Platzes zwischen Südanlage und Karstadt belegt, dass die Aufenthaltsqualität dort aufgrund der Nähe des Autoverkehrs zu schlecht ist.

- Verstärkte Verschattung, Entsiegelung und Aufstellung von Wasserspendern, um auch in den immer heißer werdenden Sommern ein angenehmes Klima in der Innenstadt zu gewährleisten. Kreative Lösungen können dabei das Stadtbild wesentlich aufwerten, wie z. B. der Sonnenschutz durch bunte Sonnenschirme in Avignon, Frankreich, oder „Green Shades“ genannte begrünte Segel in Valladolid, Spanien.
- Ausweitung des kulturellen Angebots durch dauerhaft mehr Raum, sowie Unterstützung bei Aktionen
- Microdepots zur sicheren Zwischenlagerung von Einkäufen
- Verstärkte Investitionen in Sauberkeit und Sicherheit

Die Zusammenarbeit der kommunalen Wirtschaftsförderung mit den BIDs (Business Improvement Districts) sehen wir als echte Stärke Gießens, die es fortzusetzen gilt. Potentiale sehen wir noch bei der Aktivierung von leerstehenden Räumen in der Innenstadt. Hier sehen wir Stadt und Eigentümer:innen gleichermaßen in der Pflicht, gemeinsame Lösungen zu finden.

Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen unterstützen

Gießen bietet als Hochschulstandort auch und gerade innovativen Unternehmen hervorragende Rahmenbedingungen.

Wir wollen diesen Standortvorteil nutzen, um insbesondere hochschul-nahe Start-ups aus dem Bereich Nachhaltigkeit in Gießen zu etablieren. Dies könnten beispielsweise Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien, der nachhaltigen Mobilität oder dem Bereich Abfall sein, ebenso aus experimentelleren Bereichen. Dazu bedarf es vor allem einer engen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Hochschulen. Gemeinsam mit dem Technologie- und Innovationszentrum ist eine starke Förderung von Startups möglich.

Da Flächen in Gießen sehr knapp geworden sind, wird es auch bei Gewerbeflächen darauf ankommen, Leerstand zu reduzieren und brachliegende Flächen wieder in die Nutzung zu bekommen. Als prominentestes Beispiel ist hier sicherlich das Gail'sche Gelände zu nennen. Einer Entwicklung des Geländes stehen wir offen gegenüber, solange sie nicht rein nach Investoreninteressen und unter strenger Beachtung des Umweltschutzes erfolgt. Die Stadt kann und sollte selbstbewusst gegenüber den Projektentwickelnden auftreten und die Entwicklung nur unter strengen Nachhaltigkeitskriterien zulassen.

Auch für die Entwicklung eines IT-Gewerbegebiets „Katzenfeld“ und der Ansiedlung eines Rechenzentrums in unmittelbarer Nähe des Umspannwerkes sind wir offen. Hier soll nach den aktuellen Planungen jedoch lediglich ein Bruchteil der anfallenden Abwärme zur Nutzung im Fernwärmenetz der Stadtwerke genutzt werden. Der Rest entweicht in die Umgebung und wärmt diese auf. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Rechenzentrum nur so groß dimensioniert wird, dass die Abwärme an normalen Wintertagen vollständig genutzt werden kann.

Bürokratieabbau durch Digitalisierung vorantreiben

Die fortschreitende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kann und muss einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung auch für Unternehmen leisten. Wie im Kapitel Digitalisierung ausführlicher beschrieben, sehen wir in einer beschleunigten Digitalisierung einen wesentlichen Hebel auch zur Verbesserung der Dienstleistungen für die lokalen Betriebe. Wir wollen daher hier neue Impulse setzen.

Stärkung der Klimaresilienz als Standortvorteil

Spätestens die Flutkatastrophe vom Ahrtal hat gezeigt, wie existenzbedrohend klimabedingte Ereignisse auch für die lokalen Unternehmen sein können bzw. sind. Damals waren viele Tausend Unternehmen von den Auswirkungen betroffen – vom Totalverlust ihrer Firmengebäude und ihrer Maschinen und sonstigen Ausstattungen, über langfristig eingeschränkte Erreichbarkeit bis hin zu Vernichtung von Lagerbeständen, unterbrochenen Lieferketten, sich verschärfendem Personalmangel etc. Viele Betriebe waren nicht ausreichend versichert und konnten nicht wiedereröffnen.

Daher sind Investitionen in die lokale Klimaresilienz immer auch Investitionen in die Existenzsicherung der Unternehmen vor Ort. Je besser die Folgen klimabedingter Ereignisse wie Überschwemmungen (v. a. Lahn und Wieseck), Waldbränden, Trockenheit, Hitzeperioden, aber auch starkem Schneefall abgefedert werden, desto besser ist es auch für die Unternehmen.

Wir müssen daher dieses Thema noch stärker in den nächsten Jahren berücksichtigen – auch um die Arbeitsfähigkeit und damit den Erfolg der Gießener Unternehmen und Institutionen langfristig sicherzustellen.

Heimatschatz Gießen

Wir unterstützen die Idee hinter der Plattform „Heimatschatz Gießen“, die Gießener Händler, Dienstleister und Gastronomen dabei hilft, digital wettbewerbsfähiger zu werden und so den lokalen Anteil am Handel in Gießen stärken kann. Die bestehende Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung der Stadt, sowie durch die SWG, könnte unter gewissen Voraussetzungen ausgebaut werden. Ein für uns denkbarer Ansatz wäre die Entwicklung eines „KlimaBonus“-Systems, bei dem die Stadt klimapositives Verhalten der Gießener:innen, wie z.B. die Nutzung von ÖPNV, Rad- und Car-Sharing, das Abmelden eines KFZ, die Entsiegelung privater Flächen oder den Abschluss eines echten Ökostrom-Tarifs bei den Stadtwerken, belohnt. Dadurch wird dies sichtbar, erstrebenswert und zum Gesprächsthema und gleichzeitig die lokale Wirtschaft unterstützt.

Gießen Marketing Beirat wiederbeleben

Laut Satzung der Gießen Marketing GmbH tagt deren Beirat aus Vertretern der Politik und der lokalen Wirtschaft auf Einladung des Oberbürgermeisters mindestens 1x jährlich. Der Beirat soll dabei bei der Jahresplanung mitwirken und ist bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans anzuhören. In der nun auslaufenden Legislaturperiode von 2021 bis 2026 tagte er trotz mehrfacher Nachfragen unserer Fraktion jedoch nicht ein einziges Mal. Wir möchten dieses Gremium in der neuen Legislatur schnellstmöglich wiederbeleben, um den Austausch zwischen der lokalen Wirtschaft und dem Parlament zu stärken und neue Impulse für Gießen zu entwickeln.

Haushalt

Ausgangssituation

Bei einem Haushalt von fast 400 Millionen € wie in Gießen handelt es sich um ein hochkomplexes Konstrukt, das für uns als ehrenamtliche Stadtverordnete nur schwer zu durchdringen ist. Wie viel schwieriger ist es dann erst für alle anderen Gießenerinnen und Gießener nachzuvollziehen, was mit unserem Geld passiert oder nicht passiert. Wir verstehen es aber gerade deswegen als eine der vordringlichen Aufgaben des Magistrats bzw. der Kämmerei, den Umgang mit dem Geld möglichst transparent und verständlich zu dokumentieren und zu erklären – ein Verständnis, das bisher von den anderen Fraktionen im Parlament nicht wirklich geteilt wird.

Es ist dabei wichtig zu verstehen, dass die Verantwortung für den Haushalt bei der Stadtverordnetenversammlung liegt und nicht bei Magistrat und Verwaltung – ein Umstand, der von den beiden letztgenannten Institutionen gerne vergessen bzw. beiseitegeschoben wird. Zudem sind die Ersteller des Haushalts zu **Haushaltswahrheit und -klarheit** verpflichtet, sprich, der jeweilige Haushalt soll die tatsächliche Situation abbilden und möglichst nichts im Unklaren lassen. Auch hier gibt es in Gießen erheblichen Verbesserungsbedarf, wie ein Beispiel veranschaulichen soll. Immer wieder wird bei über viele Jahre laufenden Investitionsprojekten, die aber noch nicht beendet sind, in den Haushalten trotz bekanntermaßen noch ausstehender Abschlussrechnungen nicht dokumentiert, dass z. B. von Bauunternehmen oder Planungsbüros noch entsprechende Rechnungen z. T. in Millionenhöhe gestellt werden. Der Magistrat lässt die Stadtverordnetenversammlung also einen Haushalt beschließen, obwohl er weiß, dass noch Ausgaben von mehreren 100.000, manchmal Millionen Euro im Haushalt überhaupt nicht abgebildet sind. Stattdessen werden den Stadtverordneten im Laufe des Jahres zu solchen Projekten immer wieder sog. ÜPL (überplanmäßige Ausgaben) vorgelegt, die dann vom Parlament beschlossen werden müssen, obwohl es im Haushaltsplan nirgendwo einen Hinweis dazu gab.

Unabhängig davon sind in Gießen aktuell die folgenden Aspekte im Zusammenhang mit der Haushaltsführung von Verwaltung und Magistrat besonders relevant:

1. Nachdem in den Jahren 2015 bis 2024 viel für die Sanierung des Haushalts getan wurde und aus Überschüssen hohe Rücklagen gebildet werden konnte, hat sich die Situation seit 2025 massiv verschlechtert. Statt weiter Rücklagen bilden zu können, **steigt nun die Verschuldung der Stadt wieder massiv an**. Die Ursachen hierfür sind zu einem relevanten Teil nicht von der Stadt Gießen zu verantworten – so wirken sich z. B. die neuen Bevölkerungszahlen (durch den neuen Zensus von 2021 hat Gießen mehrere tausend Einwohner:innen weniger als bisher angenommen) massiv negativ auf die Haushaltslage aus. Zudem steigen nicht zuletzt durch das starke Bevölkerungswachstum der vergangenen 15 Jahre, sowie gesetzliche Änderungen wie das „Gute-Kita-Gesetz“, die Zahlen der durch die Stadt Gießen zu betreuenden Kinder und Jugendlichen weiter stark an. Dies geht mit erheblichen Kosten für die Stadt Gießen einher, die nicht durch andere staatliche Institutionen wie Land oder Bund refinanziert werden können.

Allerdings gibt es natürlich auch interne Ursachen für die problematische Haushaltssituation – so hat der Magistrat mehrere 100.000 € allein für die über viele Monate leerstehende Kita im Seltersweg ausgegeben. Teure Projekte wie die Errichtung eines Nebengerinnes an der Wieseck oder die geplante **vierspürige** Sanierung der Konrad-Adenauer-Brücke (die noch mehr PKW-Verkehr in die 2035Null-Stadt Gießen leiten wird und damit die Klimaneutralitätsziele konterkariert), aber auch die bei Greensill versenkten Millionen (weil

die Kämmerei höhere Zinserträge erzielen wollte, sich aber trotz eindeutiger Warnsignale nicht ausreichend über die Firma informiert hatte und die Einlagen nicht gesichert waren) trugen und tragen nicht zur Stabilität des Haushalts bei.

2. Gießen befindet sich in Bezug auf eine korrekte Haushaltsführung durch den Magistrat in einer für Hessen wohl einmaligen Situation – für die Jahre 2018 bis 2020 hat das interne Revisionsamt (dessen wesentliche Aufgabe darin besteht, die Buchführung von Magistrat und Verwaltung in Gießen zu kontrollieren) eine Entlastung des Magistrats **nicht empfohlen!** Die dazu geschriebenen Revisionsberichte sind voller Vorwürfe über und Nachweise für eine schlechte Haushaltsführung von Magistrat und Verwaltung, die in der öffentlich getätigten Aussage des Revisionsamtsleiters gipfelte, dass die Buchführung der Kämmerei so chaotisch sei, dass er gar nicht anders könne, als eine Entlastung des Magistrats nicht zu empfehlen. Während die Koalitionsfraktionen von Grünen, SPD und Gießener Linken alles getan haben, um diese Vorwürfe zu ignorieren und sogar das Revisionsamt zu diskreditieren, hat es Gigg immer als seine Aufgabe angesehen, den Ursachen für die sehr deutlichen Urteile des Revisionsamts auf den Grund zu gehen. Hierzu haben wir nicht nur inhaltlich sehr intensiv in mehreren Akteneinsichtsausschüssen nachgearbeitet, sondern auch eine renommierte Wirtschaftsprüfungskanzlei beauftragt, wesentliche Aussagen und Urteile des Revisionsamts zu überprüfen. **Das Ergebnis war sehr eindeutig zugunsten des Revisionsamts** – sprich, deren Kritik wurde in den meisten überprüften Fällen als valide beurteilt, während die Antworten der Kämmerei sehr kritisch bzw. in Teilen als unhaltbar angesehen wurden.
3. Ein so komplexes Werk wie ein städtischer Haushalt ist für ehrenamtliche Stadtverordnete nur dann überhaupt zu steuern, wenn das Werk darauf ausgelegt ist, gesteuert werden zu können. Dies ist im Gießener Haushalt jedoch vielfach nicht der Fall. Wesentlich für die Steuerung sind dabei Kennzahlen. Diese sind im Gießener Haushalt jedoch vielfach derart fehlerhaft, dass ein Controlling nur schwer bis gar nicht möglich ist. Ein Antrag von Gigg+Volt, mit dem der Magistrat aufgefordert wurde, die Kennzahlen zu überarbeiten, wurde mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt.
4. Magistrat und Verwaltung haben das große Bestreben, möglichst unkontrolliert durchzuregieren. Fragen und Interventionen von Fraktionen oder Stadtverordneten stören da nur. Dies gilt auch für die Haushaltsführung. So wurden mit der aktuellen Haushaltssatzung 2026 die Schwellen für Investitionen der Stadt Gießen, die der Zustimmung des Parlaments bedürfen, von 250.000 auf 500.000 € verdoppelt, ohne dass außer Gigg auch nur eine Fraktion dazu Stellung bezogen hätte.

Diese ausführlicher geschilderten Sachverhalte machen es aus unserer Sicht zwingend, dem Thema Haushalt in der nächsten Legislaturperiode besondere Aufmerksamkeit zu widmen – auf allen Ebenen.

Gigg steht dabei beim Thema **Haushaltspolitik** für einen Ansatz, der die Werte **Transparenz bzw. Nachvollziehbarkeit, Einwohnerbeteiligung** und **solide Haushaltsführung** miteinander verbindet.

Unsere Grundsätze

1. Haushaltsklarheit und Transparenz

- Wir werden uns für eine grundlegende Überarbeitung des Haushalts einsetzen, da wir hier erheblichen Spielraum für Verbesserungen in den Bereichen Transparenz, Nachvollziehbarkeit etc. sehen. Ziel ist eine möglichst verständliche Darstellung des Haushaltsplans – mit
 - klaren und auch für Dritte nachvollziehbaren, von den jeweils fachlich Verantwortlichen geprüften Kennzahlen,
 - dem gleichzeitigen Verzicht auf unnötige Informationen, von denen es viele im Haushaltsplan gibt,
 - der klaren Benennung von Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile des Haushalts (wie es z. B. Marburg seit Langem praktiziert).
- Wesentliche Haushaltsdaten sollen verstärkt in digitaler Form auf der Website der Kommune veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert werden.
- Komplexe haushalterische Sachverhalte müssen besser erklärt werden, so dass sie auch von Stadtverordneten und v. a. von Bürgerinnen und Bürger nachvollzogen werden können (z. B. durch Infografiken, bessere Erläuterungen oder in öffentlichen Veranstaltungen).

2. Bürgerbeteiligung auch im Gießener Haushalt

- Wir setzen uns weiterhin für die schrittweise Einführung eines **Bürgerhaushalts** ein, bei dem Gießener:innen Vorschläge für Investitionen, Ausgaben, aber auch Einsparungen einbringen können.
- Um diese bisher in Gießen unbekannte Form der Beteiligung zu etablieren, können z. B. Haushaltswerkstätten und Dialogformate erprobt werden, deren Ergebnisse verbindlich in die Haushaltsberatungen einfließen.

3. Nachhaltige und solide Finanzpolitik

- Wir stehen für eine langfristig tragfähige Haushaltsführung, die Schulden vermeidet und Rücklagen bildet.
- Investitionen sollen vorrangig in Bildung, soziale Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung fließen.
- Fördermittel von Land, Bund und EU sollen gezielt und transparent genutzt werden.
- Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Potenziale (z. B. im Bereich der Bußgelder) auch genutzt werden können, indem ausreichend Personal im Ordnungsamt bereitgestellt wird.

4. Kontrolle und Rechenschaft

- Wir setzen uns für eine stärkere Anerkennung des Revisionsamts sowie bessere Kommunikationsmöglichkeiten mit diesem ein. Falls erforderlich soll auch eine externe Evaluierung der Haushaltsführung erfolgen.
- Viele Zusammenhänge lassen sich erst in der Tendenz über viele Jahre erkennen. Im Haushalt sind jedoch vielfach nur drei bis vier Jahre abgebildet. Wir werden uns dafür einsetzen, eine Übersicht über Haushaltspositionen zu erarbeiten, für die die Entwicklungen über eine 10- bis 15-jährigen Zeitraum dokumentiert werden.

Stärkere Berücksichtigung des Klimaschutzes im Haushalt

Wer sich die Ausgabenstruktur bei Investitionen der ablaufenden Legislaturperiode vor Augen führt, wird schnell feststellen, dass es im städtischen Haushalt viele Projekte in zweistelliger Millionenhöhe im Bereich der Schulen, für das Museum für Gießen, die Sanierung der Kongresshalle etc. gab und gibt. Auch wenn diese Projekte fast alle auch von uns unterstützt wurden, **fehlen aus unserer Sicht wegweisende Investitionen im Bereich des Klimaschutzes.**

Diese werden zwar zum Teil ausgelagert (wie z. B. der Bau einer großen Flusswärmepumpe durch die Stadtwerke), aber letztlich bleiben die investiven Maßnahmen im Bereich des Klimas weit hinter dem zurück, was für eine Stadt erforderlich wäre, die in 10 Jahren klimaneutral sein will.

Daher fordern wir weiterhin

- die Entwicklung und Umsetzung einer städtischen Strategie zur Einführung eines Gießener Bürger:innenfonds für Klimaschutzmaßnahmen, wie er bereits seit Jahren in Heidelberg oder Konstanz etabliert ist,
- Geldanlagen der Stadt nur unter Berücksichtigung der Klimaeffekte der Anlage durchzuführen,
- einen Klima-Bürgerhaushalt mit einem jährlich steigenden Betrag einzuführen, über dessen Verwendung nicht die Stadtverordnetenversammlung, sondern die Bürger:innen online oder persönlich beraten,

Für Gigg ist klar, dass deutlich mehr in den Klimaschutz und die Bekämpfung von Klimafolgen investiert werden muss. Um die erforderlichen Mittel bereitzustellen, muss es ein wesentliches Ziel der kommenden Legislatur sein, alternative Finanzierungskonzepte bzw. -ansätze zu entwickeln, um auch außerhalb des städtischen Haushalts Gelder zur Verfügung stellen zu können.

Kultur

Einführung

Kultur steigert die Attraktivität einer Stadt und verbessert die Lebensqualität, sie hilft dabei, Unternehmen und Fachkräfte zu binden, und sie gibt Denkanstöße. Indem Kunst und Kultur Begegnungen mit Unbekanntem und Unerwartetem schaffen, brechen sie alte Denkmuster auf und fördern die Lust, Neues zu entdecken. Sie können so auch dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, Differenzen auszuhalten und mit ihnen umzugehen und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Inklusion, aber auch zu Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gießener Stadtgesellschaft leisten.

Auch wenn Gießen als Stadt mit dem geringsten Durchschnittsalter Hessens (ca. 30 % der Gießener Stadtbevölkerung sind zwischen 18 und 30 Jahren alt) bereits über eine reiche Kulturszene verfügt, gibt es auch in Bezug auf die Kultur wesentliche Dinge, die in den nächsten Jahren stärker angepackt werden müssen und die wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden gerne vorantreiben wollen.

Mehr Räume/Platz für Kultur

Nicht zuletzt, weil Gießen in den vergangenen 15 Jahren stark gewachsen ist, braucht unsere Stadt mehr Räume für Kultur – gerade für die unter 30-Jährigen mit ihren ganz spezifischen kulturellen Bedürfnissen und Interessen, die bisher überwiegend von der freien Kulturszene bedient werden. Aber die Verfügbarkeit von Räumen für Kultur ist in einer sich verdichtenden Stadt zunehmend problematisch, da die Kultur gegenüber kommerziellen Interessen und anderen Grundbedürfnissen wie Wohnen oftmals den Kürzeren zieht.

Daher braucht es dringend energische und konkrete Maßnahmen, um Gießen als Standort für (junge) Kultur zu erhalten und zu stärken. Und es müssen verbindliche Mechanismen eingeführt werden, die das Mitwachsen der kulturellen Infrastruktur mit einer steigenden Bevölkerungszahl stadtplanerisch garantieren.

Innenstadt als kulturelles Zentrum

Es ist notwendig, die Innenstadt als kulturelles Zentrum zu begreifen. Kultur ist Zentrum des gesellschaftlichen Lebens, muss niederschwellig zugänglich sein und darf nicht in die Peripherie abgedrängt werden. Dies gilt in einer Studierendenstadt ausdrücklich auch für Ausgeh-, Musik- und Clubkultur. Deren schwindende innerstädtische Standorte (wie z. B. Anfang 2026 die Schließung des Scarabée) müssen geschützt, unterstützt und wieder ausgebaut werden. Die Idee der Innenstadt als kulturelles Zentrum ist gerade zu einer Zeit bedeutsam, in der deutlich geworden ist, dass die Phase der Fokussierung der Innenstadt auf das Thema Handel/Konsum unwiederbringlich vorbei ist. Die Chancen einer stärkeren Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse und Konzepte müssen daher aktiv genutzt werden. Dies könnte z. B. erfolgen, indem temporäre Leerstände im Innenstadtbereich übergangsweise für kulturelle Aktivitäten genutzt werden. Daher gilt es, das **Urbanautikprogramm** als Kooperation zwischen Stadt und Raumstation (als Interessenvertretung der freien Szene) abzusichern.

Natürlich unterstützen wir in diesem Sinne die Planungen zur Einrichtung eines **Kulturgewerbebehofs** in der ehemaligen Feuerwache in der Steinstraße. Dieses kulturelle Leuchtturmprojekt muss zügig umgesetzt werden, damit Raum für Werkstätten, Studio, Gastronomie, Freiflächen,

Veranstaltungsräume für Musik und Kunst inklusive Umnutzung der Fahrzeughalle als Veranstaltungsfläche entsteht. Der Arbeitskreis Interessensvertretung der Freien Kulturszene Gießen muss dabei auf Augenhöhe in die Planungen integriert werden.

Stadttheater Gießen

Das ursprünglich von Bürger:innen gestiftete Theater ist die größte Kulturinstitution und das Aushängeschild der Stadt mit Wirkung weit über Gießen hinaus. Dennoch gibt es auch hier noch viel Potenzial zur stärkeren Verknüpfung mit der Stadtgesellschaft. So gibt es z.B. immer noch zahlreiche Schüler:innen in Gießen, die noch nie im Stadttheater waren. Die Stadtpolitik muss daher verstärkt Anreize für den Besuch gerade in dieser Altersgruppe schaffen (z. B. eine Schultheaterwoche mit Veranstaltungen aller Theatersparten, Theaterführungen speziell für Schüler:innen mit kostenfreiem Bustransfer etc.). Ebenso ist eine stärkere Integration bzw. Berücksichtigung aller sozialen Milieus durch das Stadttheater zu begrüßen bzw. zu unterstützen.

Und – natürlich hat auch das Stadttheater mit seinen fast 300 Festangestellten eine ausreichende Größe, um selbst auch eigene Akzente im Zusammenhang mit der Klimaneutralität zu setzen, sei es im Bereich Verkehr (der eigenen Mitarbeitenden und der Besucher:innen), beim Energieverbrauch, bei der Beschaffung etc.

Bessere Vernetzung

Aus Rückmeldungen von Kulturschaffenden haben wir gelernt, dass es bei der Vernetzung verschiedenen Kulturinstitutionen der Stadt (Stadttheater, Interessenvertretung der freien Kulturszene, Universität mit den Studiengängen „angewandte Theaterwissenschaft“ und dem Musikinstitut, Musikschule...) weiterhin Verbesserungspotenzial gibt, um bestehende Ressourcen (Räume, Bühnen, Technik usw.) effektiver, kostengünstiger und somit auch umwelt- und klimaschonender zu nutzen. Demensprechend sehen wir auch hier einen Ansatz für die kommenden Legislaturperiode, gemeinsam mit den Akteuren aus dem Bereich Kultur Dinge zu verändern.

Weitere Ansätze und Ideen

- Die Stadt kann und sollte das Kultursponsoring von heimischen Banken, Firmen und Bürger:innen stärker initiieren und auf eine gerechtere Verteilung der Gelder hinwirken.
- Öffentliche Aufträge sollten möglichst an lokale Künstler und Künstlerinnen vergeben bzw. diese bevorzugt eingeladen werden.
- Bürokratische Hürden für kleinere, nichtkommerzielle Veranstaltungen, Straßentheater etc. müssen abgebaut werden, Regeln transparent und nachvollziehbar sein.